



Bericht des Regierungsrates
an den Grossen Rat

Wirtschaftsstrategie 2025

Impressum

Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern
beschlossen vom Regierungsrat am 22. Juni 2011

verfügbar unter
www.be.ch/wirtschaftsstrategie

Kontakt
beco Berner Wirtschaft
Münsterplatz 3
3011 Bern
031 633 45 34
info.beco@vol.be.ch

© Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
Abdruck mit Quellenangaben erlaubt

Fotonachweis

Titelbild: Meyer Burger Technology AG, Thun & Stade de Suisse, Bern
Seite 4: beco Berner Wirtschaft & Staatskanzlei des Kantons Bern
Seite 6: Juvent SA, Mont Croisin & fotolia.de
Seite 10: Staatskanzlei des Kantons Bern
Seite 14: fotolia.de & puracon Schweiz GmbH, Biel
Seite 20: fotolia.de
Seite 26: Neue Brünnen AG, Bern & beco Berner Wirtschaft
Seite 35: beco Berner Wirtschaft & fotolia.de
Seite 57: beco Berner Wirtschaft
Seite 61: Berner Fachhochschule & fotolia.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	5
2.	Zusammenfassung	7
2.1.	Allgemeines	7
2.2.	Strategisches Ziel, Grundsätze und Handlungsachsen	8
2.3.	Zusammenfassung Umfeld	8
2.4.	Zusammenfassung Analyse	9
3.	Zur Wirtschaftsstrategie 2025	11
3.1.	Erarbeitung	11
3.2.	Aufbau	11
3.3.	Zusammenhänge	12
3.4.	Nachhaltigkeitsbeurteilung	12
3.5.	Weiteres Vorgehen	13
4.	Strategisches Ziel und Grundsätze	15
4.1.	Strategisches Ziel	15
4.2.	Grundsätze	15
5.	Strategische Handlungsachsen	17
5.1.	Innovation und Schonung der Ressourcen	17
5.2.	Anreize richtig setzen	18
5.3.	Verständlich und bürgernah handeln	19
6.	Umfeld	21
6.1.	Längerfristige weltweite Entwicklung	21
6.2.	Wirtschaftspolitik des Bundes und der Kantone	24
7.	Analyse	27
7.1.	Volkswirtschaftliche Zusammenhänge	27
7.2.	Wirtschaftspolitische Einflussmöglichkeiten	30
7.3.	Volkswirtschaftliche Struktur des Kantons	32
7.4.	Analyse der Regionen	46
7.5.	Historische Zeitreihen	50
7.6.	Image	52
7.7.	Staatliche Leistungen und Strukturen	54
8.	Antrag	69
9.	Anhang	70
9.1.	Laufende wirtschaftspolitische Massnahmen	70
9.2.	Berichte und Strategien	72
9.3.	Verwendete Unterlagen	79



1. Vorwort

«Woher kommen wir – wohin wollen wir – wie kann der Kanton Bern in einer globalisierten Welt sein Wirtschaftswachstum beeinflussen?» – das waren die zentralen Fragen bei der Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie 2025.

Unsere heutige Kommunikationswelt verlangt nach schwarzweissen Rezepten – aber: Unser Kanton lebt von den differenzierten Grautönen, gerade in der Wirtschaftspolitik.

Der gesellschaftliche Trend geht zur Tagesaktualität – aber: wir können nicht in kurzer Zeit Strukturen verändern, die sich über viele Jahrzehnte gebildet haben. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik kann nicht kurzfristig orientiert sein.

Der öffentliche Diskurs lebt von den Klischees wie dem Vorurteil, dass der Kanton Bern rückständig und langsam sei – aber: Der Kanton Bern hat sich in den letzten Jahren modernisiert und ist wirtschaftlich besser als sein Ruf.

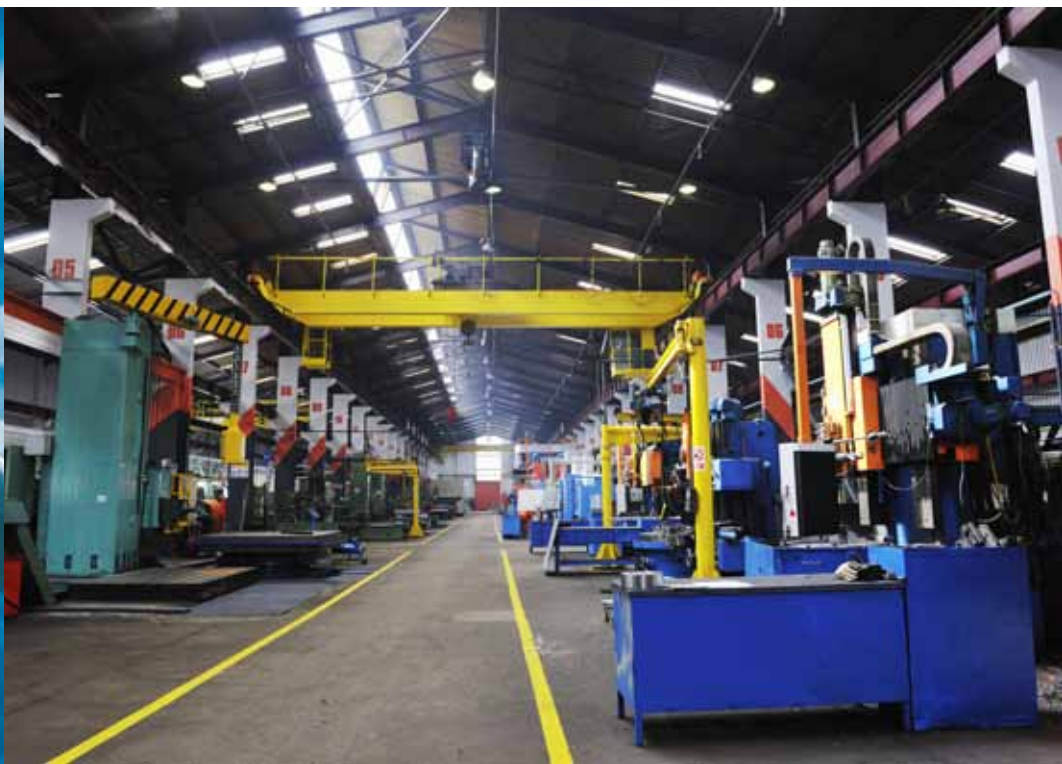
Mit der Wirtschaftsstrategie 2025 legt der Regierungsrat ein neues strategisches Führungsinstrument vor: Es schürft wesentlich tiefer als andere Wirtschaftsstrategien, die vor allem auf Massnahmen in einem über-

schaubaren Zeitraum fokussiert sind. Auf der Basis einer eingehenden strukturellen Analyse sowie der Beleuchtung des Umfeldes wird eine Strategie für die nächsten fünfzehn Jahre formuliert – dies vor dem Hintergrund eines klaren Wertesystems. Der Regierungsrat gibt mit dieser Strategie vor, wohin er den Kanton Bern in den nächsten fünfzehn Jahren wirtschaftspolitisch führen will: Er will die Stärken des Kantons Berns weiter entwickeln und die vorhandenen Schwächen bekämpfen. Er will, dass der Kanton auf die nächste grosse Herausforderung, nämlich die Frage des Umgangs mit den nicht unbeschränkt zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen vorbereitet ist. Er will, dass von dieser Strategie alle Regionen des Kantons, alle Bernerinnen und Berner profitieren – wie es zum gesellschaftlichen Grundkonsens dieses Flächenkantons gehört.

Bevor wir uns auf den Weg machen, müssen wir Einigkeit über das Ziel und den einzuschlagenden Weg erreichen. Mit der Vorlage dieser umfassenden Strategie macht der Regierungsrat den ersten Schritt. Nun sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert, in einem konstruktiven Dialog den Ball aufzunehmen. Aufgrund dieses Dialoges werden wir die notwendigen Massnahmen entwickeln und umsetzen.



*Regierungsrat
Andreas Rickenbacher,
Volkswirtschaftsdirektor*



2. Zusammenfassung

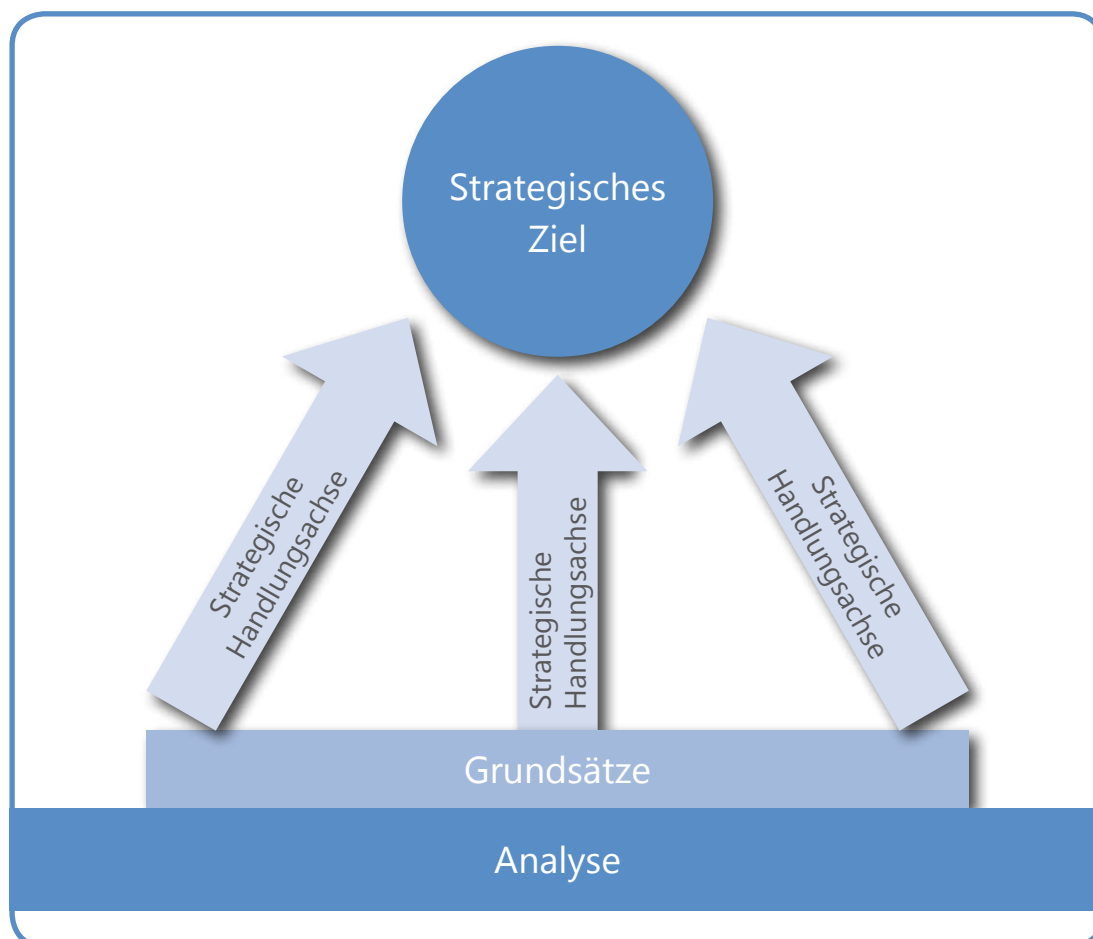
2.1. Allgemeines

Grundlage der Wirtschaftsstrategie 2025 bildet eine eingehende Analyse der Ausgangslage. Diese befasst sich mit den langfristigen Entwicklungen sowie dem internationalen und nationalen Umfeld (Kapitel 6), den volkswirtschaftlichen Eigenheiten des Kantons Bern sowie den staatlichen Leistungen und Strukturen (Kapitel 7). Zusammen mit der Analyse wurde bei den einzelnen Themen geprüft, wie weit der Kanton auf die Entwicklung Einfluss nehmen kann. Gestützt auf die Analyse werden ein stra-

tegisches Ziel mit Grundsätzen entwickelt (Abschnitt 3.5), und drei Strategische Handlungsachsen mit Bereichszielen bestimmt (Kapitel 5).

Für den eiligen Leser empfiehlt es sich, neben der Zusammenfassung die Kapitel 3 bis 5 zu lesen (Seiten 11 bis 20).

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, von der Wirtschaftsstrategie 2025 Kenntnis zu nehmen.



Die Wirtschaftsstrategie auf einen Blick

2.2. Strategisches Ziel, Grundsätze und Handlungsachsen

Die Wirtschaftsstrategie 2025 setzt sich folgendes strategisches Ziel:

Bis ins Jahr 2025 steht der Kanton Bern bei allen drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung (Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft) besser da als im Jahr 2011. Für die Dimension Wirtschaft bedeutet dies, dass der Wohlstand der Bernerinnen und Berner über den Schweizer Durchschnitt ansteigt und dass sich der Kanton Bern bei der Wirtschaftskraft in der Rangliste der Kantone verbessert.

Die Grundsätze beschreiben das grundlegende Wertesystem der Wirtschaftsstrategie 2025:

- Die Wirtschaftsstrategie 2025 stärkt die Nachhaltige Entwicklung.
- Die Wirtschaftsstrategie 2025 gibt Impulse für eine zukunftsfähige, dynamische Entwicklung der Berner Wirtschaft.
- Die Wirtschaftsstrategie 2025 setzt auf die vorhandenen Stärken. Sie ist eine Strategie für den ganzen Kanton und alle Bernerinnen und Berner.
- Die Wirtschaftsstrategie 2025 ist auf die Wirtschaftsstrategie des Bundes abgestimmt und bildet mit anderen kantonalen Strategien ein kohärentes System.

Entlang von drei **Strategischen Handlungsachsen** werden Bereichsziele definiert. Diese drei Handlungsachsen sind:

- Der Kanton setzt auf Innovation und Schonung der natürlichen Ressourcen.
- Der Kanton setzt Anreize richtig und baut bestehende Fehlanreize ab.
- Der Kanton handelt verständlich und bürgernah. Sein Handeln verursacht bei der Wirtschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern keine unnötigen Kosten.

2.3. Zusammenfassung Umfeld

Die Entwicklung im Kanton Bern wird stark von weltweiten Entwicklungen beeinflusst. Die Globalisierung und der technische Fortschritt sowie die Entwicklung zur Wissensgesellschaft prägen und prägen auch die Schweiz und den Kanton Bern. Im internationalen Vergleich gehören sowohl die Schweiz als auch der Kanton Bern zu den Globalisierungsgewinnern. Obwohl der Kanton Bern – wie später beschrieben – im schweizerischen Vergleich Schwächen aufweist, ist er im internationalen Vergleich ein sehr wettbewerbsfähiger Standort.

In den nächsten fünfzehn Jahren wird neben Globalisierung und technischem

Fortschritt auch der Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu einem Megatrend werden, der unsere Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend beeinflussen wird. Damit wir bei dieser Entwicklung zu den Gewinnern zählen, müssen wir die Weichen jetzt richtig stellen.

Der Kanton Bern führt mit der vorliegenden Wirtschaftsstrategie seine aktive Wirtschaftspolitik fort. Auch die Eidgenossenschaft verfolgt eine Wachstumspolitik. Die vorliegende kantonale Strategie ist deshalb auf die entsprechenden Arbeiten des Bundes abgestimmt.

2.4. Zusammenfassung Analyse

Der Kanton Bern hat sich in der Vergangenheit im Vergleich zu anderen Kantonen weniger dynamisch entwickelt und liegt bei wichtigen Kennzahlen zurück. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf der Bevölkerung wie auch pro Erwerbstätigem liegt unter dem Wert der Schweiz. Dies hängt mit der Heterogenität des Kantons zusammen: Nebst sehr dynamischen Regionen gibt es – vor allem geografisch bedingt – auch strukturschwache Gebiete (vgl. Abschnitt 7.4). Das Bevölkerungswachstum war deutlich unterdurchschnittlich. Auch die Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitsplätze nahm weniger stark zu als in der Schweiz insgesamt. Diese Entwicklung ist eine der zentralen Ursachen für die unterdurchschnittliche Dynamik. Das frei verfügbare Einkommen der Bernerinnen und Berner liegt dagegen im Schweizer Durchschnitt. Die Arbeitslosigkeit ist im Kanton unter dem schweizerischen Mittel und die Erwerbsquote ist hoch.

In der Branchenstruktur überdurchschnittlich vertreten sind Information und Kommunikation (vor allem Swisscom und Post). Aufgrund der Hauptstadtfunktion liegt die öffentliche Verwaltung ebenfalls deutlich über dem schweizerischen Mittel. Bemerkenswert ist: In keinem anderen Kanton arbeiten in absoluten Zahlen mehr Personen in der Industrie.

Zusammen mit Wallis und Graubünden ist Bern einer der drei grossen Tourismuskantone. Eine weitere wichtige Branche ist mit rund 70'000 Arbeitsplätzen das Gesundheitswesen. Dagegen sind grosse,

exportorientierte Produktions- und Dienstleistungsbetriebe im Kanton Bern eher untervertreten. Insgesamt ist die Wirtschaftskraft des Kantons Bern eher tief. Gemessen am Ressourcenindex 2011 (vgl. Abschnitt 7.7.1) belegt der Kanton Bern Rang 16 von 26 Kantonen.

Die Steuerbelastung für juristische Personen liegt im hinteren Mittelfeld, diejenige für natürliche Personen über dem schweizerischen Schnitt. In den vergangenen zehn Jahren schloss die Staatsrechnung des Kantons jeweils positiv ab. Dennoch bleibt die Verschuldung im nationalen Vergleich hoch.

Der Kanton Bern ist ein Flächenkanton mit entsprechend grossen Anforderungen an Infrastruktur und öffentliche Leistungen. Das Verkehrsangebot ist gut ausgebaut. Ebenso das Bildungsangebot und die Gesundheitsversorgung.

Bauland ist im Kanton Bern ausreichend vorhanden, aber oft an Standorten, die für die wirtschaftliche Entwicklung ungünstig sind. Einzonungen an attraktiven Standorten sind verschiedentlich gescheitert.

Mit der Schaffung von fünf Verwaltungsregionen und dem Aufbau der Regionalkonferenzen hat der Kanton Bern seine Strukturen in den letzten Jahren stark modernisiert. Bei den Gemeinden haben sich jedoch noch keine grossen Veränderungen ergeben. Die Zahl der erfolgreichen Gemeindefusionen entspricht nicht den Erwartungen.



3. Zur Wirtschaftsstrategie 2025

3.1. Erarbeitung

Der Kanton Bern hat mit einem Controllingbericht die Berichterstattung zur Umsetzung der «wachstumsstrategie version 2007», der «Wachstumsstrategie 2004» und der «Strategie für eine differenzierte Stärkung des ländlichen Raums» abgeschlossen¹. Das Formulieren von strategischen Leitlinien für die wirtschaftliche Entwicklung gehört zu den Daueraufgaben des Kantons. Aus diesem Grund wurde für das Jahr 2011 die Formulierung einer neuen Strategie in Aussicht gestellt. Mit der vorliegenden Wirtschaftsstrategie 2025 wird dieses Versprechen eingelöst.

Die Wirtschaftsstrategie 2025 wurde bewusst unter Verzicht auf neue Studien und ohne kostspielige Drittaufträge erarbeitet. Im Vergleich zu den vorangegangenen Wirtschaftsstrategien des Kantons Bern wurden neue Wege beschritten: Die Wirtschaftsstrategie 2025 befasst sich ausschliesslich mit den langfristigen und somit strategischen Elementen. Deshalb wurde

den klassischen Elementen der Strategieentwicklung ein grosses Gewicht beigemessen:

Die Wirtschaftsstrategie 2025 beruht auf einer eingehenden Analyse der Ausgangslage (vgl. Kapitel 6 und 7). Neben zahlreichen bestehenden Berichten und Studien wurden die Anliegen der verschiedenen Anspruchsgruppen ausgewertet (vgl. die Auflistung im Anhang, Abschnitt 9.3). An der Erarbeitung der Strategie haben mit Jean-Daniel Gerber (ab April 2011), Rudolf Strahm und Professor Dr. Thomas Straubhaar national und international ausgewiesene Experten mitgearbeitet². Zu einzelnen Fragen haben zudem Prof. Dr. Gunter Stephan, Bern, und Prof. Dr. Rolf Wüstenhagen, St. Gallen, Stellung genommen³ und es wurden weitere Fachpersonen in der Verwaltung konsultiert. Der Entwurf der Strategie wurde auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft diskutiert.

3.2. Aufbau

Grundlage der Wirtschaftsstrategie 2025 bildet die Analyse der langfristigen Entwicklungen sowie des internationalen und nationalen Umfelds (Kapitel 6), der volkswirtschaftlichen Eigenheiten des Kantons Bern sowie der staatlichen Leistungen und Strukturen (Kapitel 7). Gleichzeitig wurde

bei diesen Themen geprüft, wie weit der Kanton auf die Entwicklung Einfluss nehmen kann. Gestützt auf die Analyse werden ein strategisches Ziel mit Grundsätzen entwickelt (Kapitel 4), und drei Strategische Handlungsachsen mit Bereichszielen bestimmt (Kapitel 5).

1 RRB 0039 vom 13. Januar 2010

2 Jean-Daniel Gerber leitete bis Ende März 2011 das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. Seither ist er beratend tätig. Rudolf Strahm ist Autor zahlreicher Publikationen zu den Themen Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und Bildung. Er war von 2004 bis 2008 Eidgenössischer Preisüberwacher und vorher Nationalrat. Prof. Dr. Thomas Straubhaar studierte und promovierte an der Universität Bern. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitutes (HWWI) an der Universität Hamburg.

3 Prof. Dr. Gunter Stephan ist Professor für Mikroökonomie an der Universität Bern. Er ist Vizerektor Lehre der Universität Bern, Deputy Director des NCCR Climate Forschungszentrums und Mitglied des Board of Directors des Oeschger Center for Climate Change Research. Prof. Dr. Rolf Wüstenhagen ist Professor für Management Erneuerbarer Energien am Institut für Wirtschaft und Ökologie der Universität St. Gallen.

3.3. Zusammenhänge

Wirtschaftspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Zahlreiche Faktoren wie die Bildung oder die Infrastrukturen beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung. Die Wirtschaftsstrategie 2025 formuliert deshalb Anliegen aus der wirtschaftspolitischen

Optik an andere Politikfelder. Sie werden in den entsprechenden Strategien weiter zu entwickeln sein. Dabei kann vielfach auf Bestehendem aufgebaut werden, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Die Bildungsstrategie formuliert als bildungspolitische Herausforderung: «Die Bildungsinstitutionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Innovationskraft der Gesellschaft und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons⁴.»
- Der kantonale Richtplan legt eine Zentralitätsstruktur für die wirtschaftspolitische Steuerung fest⁵.
- Die Gesamtmobilitätstrategie bestimmt die Grundsätze für die langfristige Ausrichtung der Mobilitätspolitik im Kanton Bern⁶.

Im Anhang (Abschnitt 9.2) findet sich eine Übersicht über die wichtigsten Berichte und Strategien.

Die Wirtschaftsstrategie 2025 beginnt nicht bei null, der Kanton Bern ist seit langem wirtschaftspolitisch aktiv. Mit dem Controllingbericht zur wachstumsstrategie version 2007⁷ hat der Regierungsrat Bilanz über die bisherigen Massnahmen gezogen (vgl. Abschnitt 9.2.18). Unter den zahlrei-

chen laufenden Massnahmen sind neben der Arbeit der Wirtschaftsförderung besonders zu erwähnen das Projekt «Hauptstadtregion Schweiz», die Abklärungen für einen Innovationspark in Biel und die Weiterentwicklung der Marktbearbeitung im Tourismus in Richtung eines integrierten Destinations- und Innovationsmarketings (vgl. die Zusammenstellung im Anhang, Abschnitt 9.1).

3.4. Nachhaltigkeitsbeurteilung

Bei wichtigen strategischen Planungen und Projekten verlangt der Regierungsrat des Kantons Bern eine Nachhaltigkeitsbeurteilung⁸. Als Wirkungsbeurteilung einer Strategie zeigt sie die zu erwartenden

positiven und negativen Wirkungen auf die Nachhaltige Entwicklung auf. Sie dient damit als Informationsgrundlage für Entscheidungsträgerinnen und -träger.

4 Bildungsstrategie 2009, Bildungspolitische Herausforderungen S. 6

5 Richtplan des Kantons Bern, Massnahme C_01 Zentralitätsstruktur

6 RRB 1337 vom 13. August 2008

7 RRB 0039 vom 13. Januar 2010

8 RRB 1872 vom 22. Dezember 2010

Aus der Nachhaltigkeitsbeurteilung der Wirtschaftsstrategie 2025 kann folgendes Fazit gezogen werden:

- **Umwelt:** Die Wirtschaftsstrategie 2025 zielt auf ein Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung ab. Damit verbunden sind ein grösserer Ressourcenverbrauch (Energie, Boden, Natur, Landschaft) und höhere Emissionen. Diese in der Tendenz negativen Auswirkungen auf die Umwelt werden längerfristig vermindert durch die Fokussierung auf Cleantech-Unternehmen, eine gezielte Raumentwicklung und die Beseitigung von Fehlanreizen.
- **Wirtschaft:** Die Wirtschaftsstrategie 2025 will mehr Unternehmen und mehr Arbeitsplätze in wertschöpfungsstarken Branchen im Kanton Bern. Die Auswirkungen sind insbesondere in den Zielbereichen Einkommen, Arbeitsmarkt, Ressourceneffizienz, Innovation und Know-how positiv. Längerfristig werden ebenfalls positive Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt bzw. die Steuerbelastung erwartet.
- **Gesellschaft:** Die Wirtschaftsstrategie 2025 hat positive Auswirkungen auf den Zielbereich Bildung. Die übrigen Zielbereiche sind nicht massgeblich tangiert.

Gesamthaft gesehen hat die Wirtschaftsstrategie 2025 klar positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und tendenziell positive Auswirkungen auf die Gesellschaft. Bei den Auswirkungen auf die Umwelt sind die

Zielkonflikte der Wirtschaftsstrategie 2025 mit der Dimension Umwelt bei der späteren Umsetzung von konkreten Massnahmen zu berücksichtigen und so weit wie möglich abzubauen.

3.5. Weiteres Vorgehen

Als strategisches Führungsinstrument hat die Wirtschaftsstrategie 2025 langfristigen Charakter und greift über den überschaubaren Zeitraum einer Legislatur hinaus. Sie dient der Daueraufgabe des Staates, günstige Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Deshalb enthält die Strategie in der jetzigen Fassung vor dem Dialog mit dem Parlament noch keine operationellen, auf die nächsten Jahre ausgerichteten Massnahmen.

Der Regierungsrat hat die Wirtschaftsstrategie 2025 zuhanden der parlamentarischen Debatte verabschiedet. Der Grosse Rat wird nun die Strategie diskutieren und allenfalls mit Planungserklärungen auf diese einwirken. Damit wird die definitive Grundlage erarbeitet, worauf der Regierungsrat Massnahmen zur Umsetzung beschliessen kann. Diese ergänzen die bereits laufenden Projekte und die Daueraufgaben des Kantons wie zum Beispiel die Förderung der Wirtschaft. Vorgesehen ist eine Aktualisierung dieser Massnahmen alle vier Jahre in Abstimmung mit der Legislaturplanung.

Über die einzelnen Massnahmen wird der Grosse Rat im Rahmen seiner Kompetenzen befinden, beispielsweise bei der Beratung von Gesetzen oder der Behandlung von Kreditgeschäften. Zudem kann er mit parlamentarischen Vorstössen Entwicklungen anstossen.

Der Stand der Umsetzung der Wirtschaftsstrategie 2025 soll regelmässig mit der Oberaufsichtskommission des Grossen Rates diskutiert werden. So kann ein kontinuierliches Controlling sichergestellt werden.

Über die Entwicklung anhand der verschiedenen volkswirtschaftlichen Kennzahlen gibt der Bericht zur Wirtschaftslage Auskunft. Das beco Berner Wirtschaft gibt diesen Bericht alle zwei Jahre heraus⁹. Der Bericht bildet die Grundlage, den Stand der Umsetzung und die Wirkungen mit der Oberaufsichtskommission zu erörtern. Die Kennzahlen werden allerdings in einer offenen Volkswirtschaft nur zum Teil von den Massnahmen dieser Wirtschaftsstrategie beeinflusst.

⁹ Aktuell Bericht zur Wirtschaftslage 2011, verfügbar unter www.be.ch/wirtschaftsdaten



4. Strategisches Ziel und Grundsätze

4.1. Strategisches Ziel

Bis ins Jahr 2025 steht der Kanton Bern bei allen drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung (Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft) besser da als im Jahr 2011¹⁰. Für die Dimension Wirtschaft bedeutet dies, dass der Wohlstand der Bernerinnen und Berner über den Schweizer Durchschnitt¹¹ ansteigt und dass sich der Kanton Bern bei der Wirtschaftskraft¹² in der Rangliste der Kantone verbessert.

Das strategische Ziel stützt sich auf eine eingehende Analyse des Umfelds, der volkswirtschaftlichen Eigenheiten des Kantons sowie der staatlichen Leistungen und Strukturen. Das strategische Ziel wird in den einzelnen Feldern der Politik mit Be-

reichszielen konkretisiert. Diese wurden entlang von drei strategischen Handlungsachsen entwickelt. Für alle Handlungsachsen und Ziele bilden die folgenden Grundsätze ein gemeinsames Wertesystem.

4.2. Grundsätze

4.2.1. Nachhaltige Entwicklung

Die Wirtschaftsstrategie stärkt die Nachhaltige Entwicklung.

Die Wirtschaftsstrategie ist eingebettet in die langfristige Politik des Regierungsrates. Diese basiert auf der Grundmaxime der Stärkung der Nachhaltigen Entwicklung¹³. «Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche weltweit die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für künftige Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken¹⁴».

Dadurch bildet die Wirtschaftsstrategie eine Grundlage für die Wohlfahrt künftiger Generationen. Die Strategie will die Wirtschaftsentwicklung im ganzen Kanton und für die ganze Gesellschaft positiv beeinflus-

sen. Das Wirtschaftswachstum trägt zur Lebensqualität aller bei.

Die wirtschaftliche Entwicklung soll aus ökonomischen und ökologischen Gründen mit einem deutlich sinkenden Ressourcenverbrauch einhergehen. Deshalb muss sich die Wirtschaft in Richtung «Cleantech» weiter entwickeln. Damit nimmt der Kanton Bern den Megatrend der Frage des Umgangs mit natürlichen Ressourcen auf. Dabei können die Schweiz und der Kanton Bern davon profitieren, dass sie in diesem Bereich über eine jahrzehntelange Erfahrung verfügen.

10 Messen lässt sich die Nachhaltige Entwicklung anhand der vom Cercle Indicateurs entwickelten Indikatoren.

11 Der Wohlstand wird anhand des frei verfügbaren Einkommens gemessen, dem Betrag, der vom Bruttoeinkommen verbleibt, nachdem Steuern, Sozialabgaben, BVG, Krankenkasse und Wohnkosten abgezogen sind. Heute liegt der Kanton Bern im Schweizer Durchschnitt (vgl. Abschnitt 7.3.1).

12 Die Wirtschaftskraft bemisst sich aufgrund des Ressourcenzpotenzials. Dieses vergleicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit dem schweizerischen Durchschnitt und ist deshalb nicht konjunkturabhängig. Heute ist der Kanton Bern auf Rang 16 (vgl. Abschnitt 7.7.1).

13 Grundmaxime der Richtlinien der Regierungspolitik 2011–2014

14 Definition gemäss dem Bericht der UNO «Unsere gemeinsame Zukunft» aus dem Jahr 1987 (Brundtland-Kommission)

4.2.2. Impulse für mehr Dynamik

Die Wirtschaftsstrategie gibt Impulse für eine zukunftsfähige, dynamischere Entwicklung der Berner Wirtschaft.

Die Analyse zeigt: Stillstand bedeutet Rückschritt. Allein mit der Bewahrung des Bestehenden kann der Wohlstand für die Zukunft nicht gesichert werden. Der Kanton Bern muss für neue Unternehmen und neue Projekte bestehender Unternehmen attraktiver werden.

Die Wirtschaftsstrategie 2025 setzt einen Schwerpunkt bei dynamischen, zukunftsträchtigen Branchen mit einer hohen Wertschöpfung und möglichst geringem Ressourcenverbrauch. Sie will die Export-

orientierung der Berner Wirtschaft stärken. Exportiert werden können nicht nur Güter, sondern auch Dienstleistungen und Wissen.

Die eigenen Leistungen des Kantons sind ebenfalls den veränderten Ansprüchen anzupassen. Wie die Wirtschaft nutzt der Kanton künftig zeitgemässe Führungsinstrumente und den technologischen Fortschritt, um die von der Gesellschaft verlangten Leistungen kostengünstig zu erbringen.

4.2.3. Auf Stärken setzen

Die Wirtschaftsstrategie 2025 setzt auf die vorhandenen Stärken. Sie ist eine Strategie für den ganzen Kanton und alle Bernerinnen und Berner.

Die Wirtschaftsstrategie 2025 nutzt die vorhandenen Stärken des Kantons und entwickelt diese weiter. Je nach Stärken der einzelnen Regionen sind differenzierte Massnahmen nötig. Gemeinsamer Nenner ist die Stärkung der Wirtschaftskraft. Direkt oder indirekt profitieren daher alle Bernerinnen und Berner von den auf Basis der mit dem Parlament abgeschlossenen Strategie zu entwickelnden Massnahmen.

Wichtige Branchen im Fokus der Wirtschaftsstrategie 2025 sind die Informations- und Kommunikationstechnologie,

die Präzisionsindustrie, Medizinaltechnik und Umwelttechnologie sowie der Tourismus. Bei den Dienstleistungen sind Bundesverwaltung sowie Verbände und Nichtregierungsorganisationen (NGO) von grosser Bedeutung, wie auch die Firmen des Consulting Clusters.

Zu den Stärken des Kantons gehören die tiefe Arbeitslosigkeit und die hohe Erwerbsquote. Die Wirtschaftsstrategie 2025 trägt zur Schaffung und zum längerfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen bei.

4.2.4. Kohärentes System

Die Wirtschaftsstrategie des Kantons ist auf die Wirtschaftsstrategie des Bundes abgestimmt und bildet mit anderen kantonalen Strategien ein kohärentes System.

Der Kanton Bern hat in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen Strategien entwickelt oder erneuert (vgl. die Zusammenstellung in Abschnitt 9.2). Diese Strategien geben zusammen vor, wie sich der Kanton

entwickeln soll. Sie beeinflussen sich gegenseitig, weshalb in der Entwicklung und Umsetzung der verschiedenen Strategien immer wieder ein Abgleich erfolgen muss (Regelkreis).

5. Strategische Handlungsachsen

Die Wirtschaftsstrategie 2025 setzt bei denjenigen Faktoren an, die einen starken Einfluss auf die Wirtschaftskraft haben und die vom Kanton Bern effektiv beeinflusst werden können. Die drei Strategischen

Handlungsachsen beinhalten jeweils verschiedene Bereichsziele. Diese konkretisieren das strategische Ziel in den einzelnen Feldern der Politik.

5.1. Innovation und Schonung der Ressourcen

Der Kanton setzt auf Innovation und auf Schonung der natürlichen Ressourcen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Bern beruht darauf, dass die Unternehmen national und international konkurrenzfähig sind. Dazu benötigen sie gute Rahmenbedingungen, unter anderem einen ausgebauten und gut funktionierenden Wissenstransfer. Zusammen mit der Innovationsförderung ermöglicht er es, die Erkenntnisse der Forschung rasch in die Berner Wirtschaft umzusetzen.

Eine wichtige Rahmenbedingung sind gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb ist die Aus- und Weiterbildung mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts abzustimmen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist weiter zu fördern, damit das erworbene Wissen im Interesse der Gesellschaft dauerhaft genutzt werden kann. Dazu braucht es verstärkt die Möglichkeit von Teilzeitstellen (auch in Führungspositionen) und ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot.

Die Schweiz verbraucht doppelt so viele Ressourcen wie noch vor fünfzig Jahren. Die weltweite Entwicklung verschärft die Ressourcenknappheit zusätzlich. Nicht erneuerbare Ressourcen gehen aufgrund der ständig steigenden Nachfrage zu Ende und einige erneuerbare Ressourcen werden schneller verbraucht als sie sich erneuern. Deshalb muss die wirtschaftliche Entwicklung die vorhandenen Ressourcen schonend einsetzen. Der wichtigste Ansatz dazu wird unter dem Begriff «Cleantech¹⁵» zusammengefasst. Die Entwicklung in Richtung Cleantech erfordert die Verbreitung von Umweltwissen und eine entsprechende Ausbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Weniger Ressourcenverbrauch bedeutet – nicht nur im Kontext von Cleantech – auch sparsamer Energieverbrauch und haushälterischer Umgang mit dem Boden. Damit ist das Prinzip «Cleantech» für alle drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung (Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft) von grosser Bedeutung.

Bereichsziele

- Die Unternehmen im Kanton Bern nutzen die Chancen von Cleantech und setzen auf Energieeffizienz.
- Die Branchenstruktur entwickelt sich verstärkt in Richtung wertschöpfungsstarker Branchen, vor allem in den nach wirtschaftspolitischen Kriterien definierten Clustern.
- Im Kanton Bern werden die Erkenntnisse der Forschung rasch in die Praxis umgesetzt.
- Die Ausbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist aktuell und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts abgestimmt.

5.2. Anreize richtig setzen

Der Kanton setzt Anreize richtig und baut bestehende Fehlanreize ab.

Die wirtschaftliche Entwicklung lässt sich positiv beeinflussen, wenn die Anreize richtig gesetzt werden. Zu den zentralen Staatsaufgaben gehört es zudem, die nötigen Infrastrukturen bereit zu stellen. In der Informations- und Kommunikationsgesellschaft werden die entsprechenden Mittel gegenüber Bauwerken an Bedeutung gewinnen.

Bei den staatlichen Strukturen und Leistungen sowie bei der Raumentwicklung sind die kleinräumigen Strukturen des Kantons einerseits ein Kostenfaktor. Andererseits besteht die Gefahr, dass die gemeinsamen, übergeordneten Interessen gegenüber den Einzelinteressen zu kurz kommen. Die Rolle des Kantons ist deshalb von einer koordinierenden zu einer gestaltenden Rolle weiter zu entwickeln. Der Kanton wird darauf achten, dass die Vorteile von kleinräumigen Strukturen, wie die Bürgernähe, nicht verloren gehen.

Eine der folgenreichsten Schwächen des Kantons ist die stark unterdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung. Damit mehr Leute im Kanton Bern wohnen, müssen genügend Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sein. Zusätzliche Arbeitsplätze sind für die Stärkung der Wirtschaftskraft unverzichtbar. Mit Umnutzungen und verdichtetem Bauen an zentralen Lagen ist dabei sicherzustellen,

dass der Boden haushälterisch genutzt wird. Zusätzlich gilt es, für die ansässige Wohnbevölkerung gute Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, unter anderem durch die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Das schweizerische Steuersystem stellt auf den Wohnsitz ab. Dies wird der heutigen Wirklichkeit mit dem grossen Anteil an Pendlerinnen und Pendlern nicht mehr gerecht. Den zentralen Arbeitsorten fehlen dadurch Mittel, die sie für die Erfüllung ihrer Zentrumsaufgaben benötigen. Mit einer Anpassung des Steuersystems auf Bundesebene können komplizierte Ausgleichsmechanismen vereinfacht werden.

Der Kanton Bern befindet sich mit den anderen Kantonen der Schweiz in einem intensiven Steuerwettbewerb. Als grosser Flächenkanton mit einem umfassenden Angebot in der Gesundheitsversorgung, der Infrastruktur und der Bildung hat der Kanton Bern einen schweren Stand gegenüber kleinen Kantonen, die diese Leistungen nicht selber anbieten müssen. In den vergangenen Jahren hat der Kanton insbesondere seine gute Position im Bereich der Steuern für juristische Personen aufgrund von Steuersenkungen anderer Kantone verloren. In diesem Bereich soll in den kommenden Jahren ein Akzent gesetzt werden.

Langfristig will er sich den nötigen finanzpolitischen Handlungsspielraum erarbeiten, um auch die Steuerbelastung der natürlichen Personen zu senken. Diese ist

ein wichtiges Element für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts und beeinflusst die Zuwanderung.

Bereichsziele

- Der Kanton übernimmt bei der Raumplanung eine weiter reichende Verantwortung als heute.
- Der Kanton schafft die räumlichen Voraussetzungen für eine Arbeitsplatz- und Bevölkerungsentwicklung im Schweizer Durchschnitt.
- Die Gemeinden Bern, Biel und Thun umfassen ihr ganzes Kerngebiet.
- Das Steuersystem schafft einen Ausgleich zwischen Arbeits- und Wohngemeinden.
- Im interkantonalen Steuerwettbewerb verbessert sich der Kanton Bern in der Rangliste der Kantone, namentlich bei den Unternehmenssteuern.
- Der Kanton Bern verfügt über für die Wirtschaft attraktive Infrastrukturen und nutzt die Möglichkeiten der Informationstechnologie.
- Die Wirtschaft stellt Arbeitsplätze zur Verfügung, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Der Kanton schafft die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen.

5.3. Verständlich und bürgernah handeln

Der Kanton handelt lösungsorientiert, verständlich und bürgernah. Sein Handeln verursacht bei der Wirtschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern ein Minimum an Kosten.

Der Kanton vollzieht seine Vorschriften und das Bundesrecht mit Augenmass. Dafür ist zentral, dass in der täglichen Arbeit der Blick für die übergeordneten Zusammenhänge nicht verloren geht. Der Kanton führt und schult seine Mitarbeitenden, damit ihr Handeln als lösungsorientiert und partnerschaftlich wahrgenommen wird. Dazu gehört, die Anliegen der Unternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nach Lösungen und nicht nach Stolpersteinen zu suchen.

In einer Wissens- und Kommunikationsgesellschaft ist das Image eines Standorts von grosser Bedeutung. Dieses lässt sich nicht durch eine aufgesetzte Kommunikation verbessern, sondern nur durch Leistungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden und akzeptiert werden. Dazu gehören der Einsatz moderner Kommunikationsmittel und kurze Fristen. Der Art und Weise der Kommunikation kommt ebenfalls eine grosse Bedeutung zu. Es ist zentral, nicht zuletzt angesichts der knappen Kantonsfinanzen, dass der Kanton Bern seine Leistungen effizient erbringt, beispielsweise durch den Einsatz von e-Government.

Bereichsziele

- Der Kanton Bern wird als moderner und attraktiver Wirtschaftsstandort wahrgenommen.
- Der Kanton Bern strebt Lösungen für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger an. Vorschriften werden zielorientiert umgesetzt und sind kein Selbstzweck.
- Die Dienstleistungen des Kantons werden bürgernah, rasch und preisgünstig erbracht.



6. Umfeld

Die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Bern wird zu einem grossen Teil von längerfristigen, weltweiten Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft geprägt. Auf diese Entwicklungen kann eine kantonale Wirtschaftsstrategie keinen Einfluss nehmen. Innenpolitisch fallen viele wirtschaftspolitische Entscheide zudem auf Bundesebene.

Die kantonale Wirtschaftsstrategie hat deshalb den nationalen und globalen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Sie ist auf die Wirtschaftspolitik des Bundes abzustimmen (zu den Handlungsfeldern von Bund und Kantonen vgl. Abschnitt 7.2). Die Frage steht im Vordergrund: Was kann und soll mit der kantonalen Wirtschaftspolitik bewirkt werden?

Wir wollen aktiv das beeinflussen, was in unserem Einflussbereich liegt und die Wirtschaftskraft des Kantons effektiv stärkt.

Auf kantonomer Ebene ist die Wirtschaftsstrategie 2025 mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2011 bis 2014¹⁶ und anderen Strategien abzustimmen, beispielsweise in der Bildung oder der Raumplanung (eine Zusammenfassung befindet sich im Anhang 9.2).

Von der längerfristig angelegten Wirtschaftspolitik sind kurzfristige, operative Massnahmen zu unterscheiden, die aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nötig werden.

Im Folgenden werden zuerst die längerfristigen Entwicklungen dargestellt (Abschnitt 6.1), anschliessend die Wirtschaftspolitik des Bundes und der Kantone (Abschnitt 6.2).

6.1. Längerfristige weltweite Entwicklung

6.1.1. Globalisierung

Die Entwicklung der Transportmöglichkeiten und der Kommunikation führten in den letzten Jahrzehnten zu einer beschleunigten Globalisierung nicht nur der Wirtschaft, sondern in beschränkterem Ausmass auch der Politik. Seit dem zweiten Weltkrieg wurden weltweit Schranken des Waren- und Personenverkehrs abgebaut. Der technologische Fortschritt hat die Geschwindigkeit erhöht und die Kosten des Verkehrs gesenkt. Daraus entstanden neue Möglichkeiten, durch Verlagerungen von Produktion sowie durch Dienstleistungen von unterschiedlichen Lohnniveaus und Kosten zu profitieren.

Wissen und Kompetenzen werden weltweit verfügbar. Wertschöpfungsketten der Wirtschaft umspannen die ganze Welt, Unternehmen sind international präsent, Dienstleistungen werden international angeboten, nationale Arbeitsmärkte stehen in internationaler Konkurrenz und bieten

gleichzeitig Beschäftigungsmöglichkeiten über die Landesgrenzen hinweg. Neue, starke Wirtschaftsmächte wie China, Indien, Russland oder Brasilien sind Konkurrenten im Standortwettbewerb, gleichzeitig aber auch grosse Märkte für Güter und Dienstleistungen. Sie ergänzen die bedeutenden Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu den Nachbarländern in der Europäischen Union.

Nationale Regulierungen und damit die nationale Politik werden zunehmend durch internationale Entwicklungen beeinflusst (zur aussenwirtschaftspolitischen Agenda des Bundes vgl. Abschnitt 6.2.1). Die Schweiz und mit ihr der Kanton Bern ist eine kleine, offene Volkswirtschaft. Ihre wirtschaftliche Entwicklung ist eng mit dem Weltmarkt verflochten. Die Konjunktur in wichtigen Absatzmärkten beeinflusst deshalb unmittelbar die Wirtschaft im Kanton Bern.

¹⁶ Grundmaxime: Die Politik des Regierungsrates orientiert sich in allen Bereichen an den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung. Schwerpunkt Wirtschaft: Der Kanton Bern bietet der Wirtschaft attraktive Rahmenbedingungen und fördert Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

6.1.2. Ressourcenknappheit

Die steigende Belastung der Umwelt, die Verknappung der natürlichen Ressourcen und der Klimawandel fordern ein grundsätzliches Umdenken in der wirtschaftlichen Entwicklung. Raum, Luft, Wasser, Rohstoffe und Energie stehen nicht unbeschränkt zur Verfügung.

Die weltweite Entwicklung führt zu Ressourcenknappheit, weil nicht erneuerbare

Ressourcen aufgrund der ständig steigenden Nachfrage mittel- bis langfristig zu Ende gehen und ein Teil der erneuerbaren Ressourcen schneller verbraucht wird, als er sich erneuert. Ressourcenknappheit führt zu höheren Preisen, die kurzfristig die wirtschaftliche Entwicklung eher hemmen. Längerfristig eröffnen sich aber neue Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten.

6.1.3. Technologischer Fortschritt

Der technologische Fortschritt führt zu neuartigen Produkten und Dienstleistungen. Er ermöglicht es, bei gleich bleibendem oder tieferem Ressourceneinsatz die Quantität und Qualität von Produkten und

Produktionsprozessen zu steigern. Damit sich die Investitionen in Forschung und Entwicklung lohnen, muss der Erfolg des technologischen Vorsprungs durch geeignete Regulierungen geschützt werden.

6.1.4. Wissensgesellschaft

Erzeugung, Nutzung und Organisation von Wissen sind zentrale Quellen von Produktivität und Wachstum. Für zahlreiche Unternehmen bildet die Nutzung oder Generierung von Wissen die Grundlage für ihre Dienstleistung. Die Erarbeitung von Grundkompetenzen, die Weiterentwicklung von Fähigkeiten und die lebenslange Lernbereitschaft der Bevölkerung sind wesentliche Einflussfaktoren für eine erfolgreiche Ausrichtung auf die Wissensgesellschaft. Immer wichtiger wird dabei das Management von Wissen. Altes und neues Wissen muss bewahrt und den richtigen Stellen zur richtigen Zeit zur Verfügung stehen.

Standardisierte Güter können in Ländern mit einem tiefen Preisniveau kostengünstiger produziert werden. In entwickelten Volkswirtschaften sind deshalb Bildung sowie Forschung und Entwicklung zentral, weil diese Volkswirtschaften nur dank Innovationen konkurrenzfähig bleiben. Dies trifft für die Schweiz als rohstoffarmem Land in besonderem Masse zu.

Ein weiterer Faktor ist die rasche Weiterentwicklung des Wissens. Aufgrund des technologischen Fortschritts veraltet ein grosser Teil des Wissens in unserer heutigen Gesellschaft sehr rasch. Deshalb ist eine permanente Aus- und Weiterbildung ein zentraler Erfolgsfaktor.

6.1.5. Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung der Industrieländer zeigt seit 1960 einen Rückgang der Geburtenzahlen. Die industrialisierten Gesellschaften sind zunehmend überaltert, der Anteil der aktiven Bevölkerung geht daher zurück. Diese Entwicklung trifft auch auf die Schweiz und den Kanton Bern zu. Der demografische Wandel hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, aber auch auf das Bildungssystem, die Gesundheitsversorgung und die Sozialversicherungen.

Prognosen sind in diesem Bereich schwierig: Die Bevölkerungszahlen sind in den letzten Jahren sowohl in der Schweiz als auch im Kanton Bern stärker gestiegen als Anfang des Jahrtausends erwartet¹⁷. Die Zunahme basiert hauptsächlich auf der Zuwanderung von Arbeitskräften – nicht zuletzt aufgrund der Einführung des freien Personenverkehrs mit der Europäischen Union. Der freie Personenverkehr hat in dieser von Hochkonjunktur geprägten Phase vor allem zur Einwanderung gut qualifizierter Personen geführt.

6.1.6. Wertewandel

Nicht nur die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur ändern sich, sondern auch die grundlegenden Werte der Gesellschaft.

Die heutige Gesellschaft ist durch eine zunehmende Individualisierung geprägt. Familienstrukturen und Versorgungszusammenhänge haben an Bedeutung verloren. Traditionelle Sicherheiten im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen sind verloren gegangen. Heute stehen verschiedene Wertesysteme gleichwertig nebeneinander. Einen Konsens über nötige Massnahmen zu erreichen wird deshalb schwieriger. Gleichzeitig soll der Staat in vielen Bereichen die Verantwortung für die Lösung von Problemen

und Konflikten übernehmen. Erschwerend kommt dazu, dass die Finanzierung dieser neuen staatlichen Aufgaben politisch häufig in Frage gestellt wird.

Der Wertewandel wirkt sich auch auf die Wahl der Ausbildung und die beruflichen Karriere aus. Die unterschiedlichen Werte und Erwartungen erschweren es, die Nachfrage nach Ausbildungen und Karrieren in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Der Wertewandel führt weiterhin dazu, dass die Möglichkeiten und die Bereitschaft für gemeinnützige Arbeiten abnehmen. Unter anderem wird es dadurch in vielen Gemeinden schwierig, Ämter zu besetzen.

¹⁷ Bundesamt für Statistik (BFS): Aktualisierung der Bevölkerungsszenarien 2005 nach Kantonen. Neuenburg, April 2008. Statistikkonferenz des Kantons Bern: Regionalisierte Bevölkerungsprojektionen für den Kanton Bern bis zum Jahr 2030 (Ausgabe 2008). Bern, Dezember 2008.

6.2. Wirtschaftspolitik des Bundes und der Kantone

6.2.1. Wirtschaftspolitik des Bundes

Die Schweiz gilt mit ihrem international hervorragenden Leistungsausweis als eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften, sowohl bezüglich Produktivität als auch bezüglich Innovationsfähigkeit. Die Arbeitsproduktivität entwickelt sich aber unterdurchschnittlich. Andere Länder holen in Bereichen auf, die traditionelle Stärken der Schweiz ausmachen. Deshalb hat eine langfristig ausgerichtete Wachstumspolitik weiterhin eine hohe Bedeutung. Wenn es um die Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit geht, muss die staatliche Wirtschaftspolitik zudem die Strategien der

immer mehr ausserhalb des staatlichen Einflusses agierenden Unternehmen mit berücksichtigen.

Die **Wirtschafts- bzw. Wachstumspolitik für die Schweiz**¹⁸ umfasst Massnahmen, welche der Bundesrat in eigener Verantwortung dem Parlament vorlegen kann («Agenda des Bundes»), die internationalen Verhandlungen im Wirtschaftsbereich («Aussenwirtschaftspolitische Agenda»), sowie die kantonalen Massnahmen («Agenda der Kantone»).

Die «Agenda des Bundes» verfolgt drei Stossrichtungen:

- Hohes Kostenniveau senken: Massnahmen, die darauf abzielen, den Wettbewerb im Binnenmarkt zu stärken, u.a. durch vermehrte Importkonkurrenz.
- Unternehmensstandort aufwerten: Massnahmen zur Sicherung des Marktzugangs im Ausland, zu einem guten Preis-/Leistungsverhältnis bei den Infrastrukturen, zur Verbesserung des Fiskalklimas und zur Schaffung eines unternehmensfreundlichen Rechtsrahmens.
- Lohnende Erwerbsbeteiligung gewährleisten: Massnahmen, dank denen das nationale und internationale Arbeitskräftepotential genutzt werden kann und mit denen die individuellen beruflichen Fähigkeiten, das Humankapital, gefördert werden.

In den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation legt der Bundesrat die strategischen Ziele in der entsprechenden Botschaft an das Parlament fest. Sie ergänzen die drei Stossrichtungen der Agenda des Bundes.

Mit der aussenwirtschaftspolitischen Agenda will der Bund der Schweizer Wirtschaft den Marktzugang im Ausland garantieren. Dazu will er einerseits das Netz von Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU ausbauen. Andererseits beteiligt er sich im Rahmen der World Trade Organisation (WTO) an der Weiterentwicklung des Freihandels (Doha Runde).

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung hat der Bund den Bericht «Perspektiven 2025»¹⁹ erarbeitet, den der Bundesrat am 7. April 2011 zur Kenntnis genommen hat.

Der Bund erarbeitet zurzeit einen Masterplan Cleantech Schweiz²⁰. Cleantech ist ein Ansatz, der es der Schweiz ermöglicht, ihre Wirtschaft zu erneuern und den Verbrauch natürlicher Ressourcen deutlich zu vermindern. Cleantech ist der Oberbegriff für alle Technologien, Industrien und Dienstleistungen, die zu einem schonenderen und effizienteren Einsatz der natürlichen Ressourcen beitragen. Cleantech umfasst sämtliche Glieder der Wertschöpfungskette, von der Forschung und Entwicklung

18 Quelle: Der Bundesrat: Wachstumspolitik 2008–2011: Massnahmen zur weiteren Stärkung des Schweizer Wirtschaftswachstums. Bericht in Erfüllung der Motion 01.3089: «Wachstumspolitik. Sieben Massnahmen». Bern, 2008.

19 Perspektivstab der Bundesverwaltung: Perspektiven 2025: Lage- und Umfeldanalyse sowie Herausforderungen für die Bundespolitik. Bern, 2011.

20 Masterplan Cleantech Schweiz; Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD und Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation UVEK, Bern, Oktober 2010

über die Produktion bis zum Verkauf und Export von Gütern. Dabei steht nicht die Frage «was wird produziert?» sondern «wie wird produziert?» im Vordergrund. Ein schonender Umgang mit Ressourcen wird künftig nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch von grösster Bedeutung sein.

Das Raumkonzept Schweiz²¹ enthält Strategien zur zukünftigen räumlichen Entwicklung. Es zeigt auf, wie künftigen Generationen intakte und gut funktionierende Lebens- und Wirtschaftsräume hinterlas-

sen werden können und bildet die politische Grundlage für eine besser koordinierte, nachhaltige Raumentwicklungspolitik. Nach Abschluss der Konsultation Ende Juni 2011 wird das Raumkonzept aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen angepasst. Anschliessend soll es von den Partnern aller drei Staatsebenen politisch verabschiedet werden.

Aber auch die Kantone sind bei einer aktiven Wirtschaftspolitik gefordert.

6.2.2. Wirtschaftspolitik der Kantone

Die kantonale Wirtschaftspolitik («Agenda der Kantone») ergänzt die Massnahmen des Bundes. Im Zentrum steht die Verbesserung der Rahmenbedingungen, um die regionale Wirtschaft zu stärken und das Wachstum zu erhöhen. Wichtig sind Massnahmen zur Innovationsförderung, Bildungs- und Forschungs- sowie Steuerpolitik.

Neben dem Kanton Bern haben 18 weitere Kantone in den vergangenen Jahren ihre wirtschaftspolitischen Strategien als Teil der Legislaturziele oder als eigenständige Berichte erarbeitet. Die Kantone setzen mit jeweils individuellen Prioritäten bei den Verkehrsinfrastrukturen, bei der Bildung und Innovation sowie bei der Raumplanung an. Massnahmen umfassen auch Steuern, Standortpromotion, Dienstleistungsorientierung der Verwaltung sowie effiziente Verfahren und Vorschriften.

21 Raumkonzept Schweiz (Entwurf); Schweizerische Eidgenossenschaft, Konferenz der Kantonsregierungen, Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz, Schweizerischer Städteverband, Schweizerischer Gemeindeverband, Bern, Januar 2011



7. Analyse

7.1. Volkswirtschaftliche Zusammenhänge

Grundlage jeder Volkswirtschaft bilden die klassischen **Produktionsfaktoren** Boden, Arbeit und Kapital. In entwickelten Volkswirtschaften sind diese Faktoren weiter ausdifferenziert. Neben dem verfügbaren Boden beeinflussen raumplanerische und baurechtliche Vorschriften (z.B. Zonenpläne, Ausnützungsziffern) das Angebot an Wohn- und Arbeitsflächen. Der Faktor Arbeit bestimmt sich nicht nur anhand der geleisteten Arbeitsstunden, sondern auch anhand der Ausbildung und der Qualifikation der Erwerbstätigen (Wissen bzw. «Humankapital»). Beim Kapital unterscheidet sich das Finanzkapital (Geld, Kredite) vom Realkapital (z.B. Verkehrs- und Energieinfrastrukturen). Zudem wird auch das Realkapital «Natur» zunehmend als zentraler und limitierender Produktionsfaktor anerkannt²².

Die **Wirtschaftskraft** ist die zentrale Grösse für die Beurteilung einer Volkswirtschaft. Sie steht deshalb im Zentrum der Wirtschaftsstrategie 2025. Allerdings lässt sich die Wirtschaftskraft nicht direkt steuern, sondern nur über einen längeren Zeitraum entwickeln, indem auf Grössen Einfluss genommen wird, die ihrerseits die Wirtschaftskraft beeinflussen.

Die Wirtschaftskraft ist einerseits abhängig von der **Bevölkerungszahl, den Arbeitskräften** und der **Anzahl Unterneh-**

men (Quantität). Diese werden vor allem dadurch beeinflusst, welches Angebot an Wohnraum und Arbeitsflächen vorhanden ist. Über die Instrumente der Raumentwicklung kann die Quantität beeinflusst werden. Ohne Angebot an zusätzlichem Wohnraum kann zum Beispiel nicht erwartet werden, dass die Bevölkerungszahl zunimmt.

Andererseits ist die Wirtschaftskraft von der **Qualifikation** der Beschäftigten und dem **Know-how** (Technologie) der Unternehmen abhängig (Qualität). Eine gute Bildung führt zu höher qualifizierten Arbeitskräften. Dadurch werden Innovationen möglich und die Produktivität kann gesteigert werden, die Wertschöpfung steigt an. Ändert sich die Branchenstruktur hin zu wertschöpfungsstarken Unternehmen, steigt die Wirtschaftskraft ebenfalls an.

Der Kanton selber trägt ebenfalls zur Wirtschaftskraft bei: Er ist ein wichtiger Arbeitgeber und ein wichtiger Auftraggeber mit seinen Investitionen im Infrastrukturbereich.

Unternehmen bzw. Arbeitsplätze und Bevölkerungszahl sind voneinander abhängig. Grundsätzlich steigt die Wirtschaftskraft bei steigender Bevölkerungszahl nur, wenn auch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. In der Wirklichkeit wird der Zusammenhang durch Pendlerbewegungen über die Kantonsgrenzen hinaus abgeschwächt.

²² Siehe zum Beispiel das Kapitalstockmodell, wie es bei der Weltbank von einer Gruppe um Ismail Serageldin entwickelt wurde (Mauch Consulting AG, Infrac, Basler und Partner AG, Zürich April 2001: Politik der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven, S. 65 ff.).

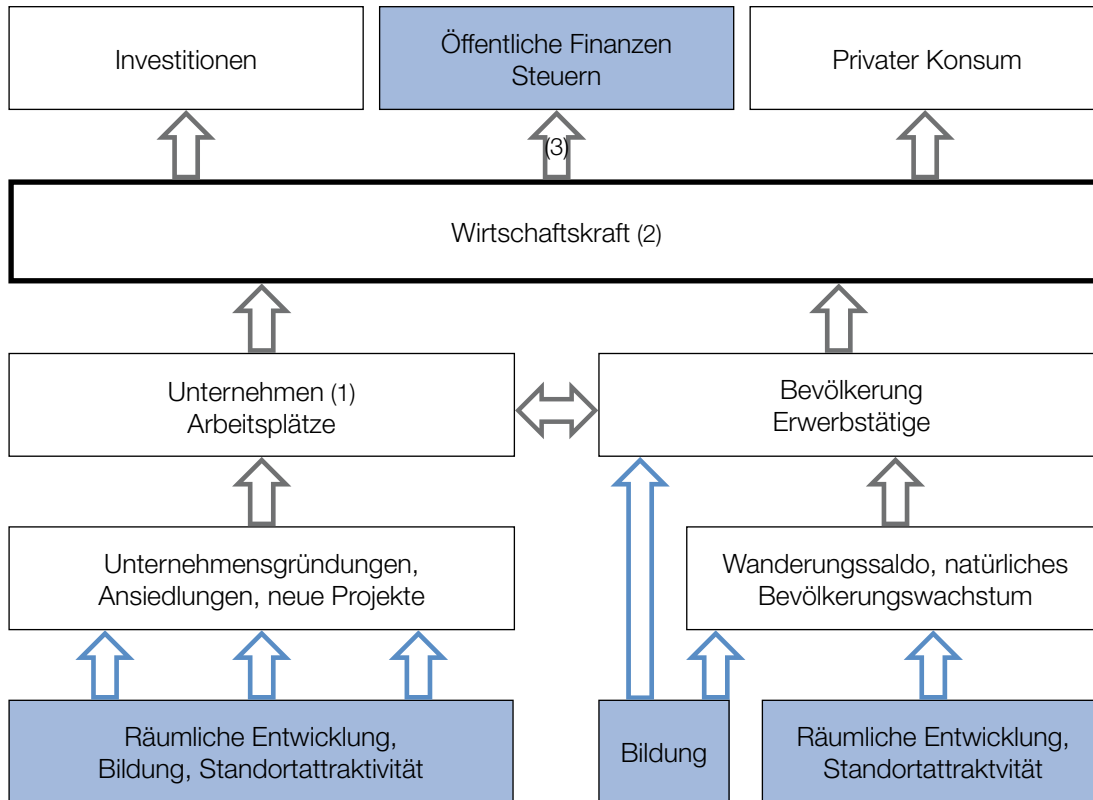
Die Entwicklung eines Wirtschaftsstandorts wird von weiteren Standortfaktoren beeinflusst:

- Für einen Standort sind gute **Infrastrukturen** nötig, beispielsweise für den Verkehr, die Energieversorgung oder die Kommunikation. Auf dem Schienen- und Strassennetz müssen für die Wirtschaft und die Bevölkerung ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen.
- Nicht nur die Bildung, sondern auch die **Forschung** und der **Wissenstransfer** tragen zur Qualität von Unternehmen und Arbeitsplätzen und damit zur Wertschöpfung bei.
- Die **Branchenstruktur** beeinflusst einerseits direkt die Wirtschaftskraft. Andererseits ist sie auch ein Element der Attraktivität eines Standorts. Gibt es bereits viele Unternehmen einer bestimmten Branche, kann dies weitere Unternehmen anziehen (Cluster).
- Effiziente und bürgerfreundliche **Verfahren und Vorschriften** erlauben es, neue Vorhaben rasch umzusetzen und tragen zu tieferen Gebühren und Abgaben bei.
- Eine gute **Gesundheitsversorgung** ist wichtig für das Wohlbefinden der Bevölkerung. Ist die Versorgung kostengünstig, steigt das verfügbare Einkommen an. Der Gesundheitssektor ist zudem ein wichtiger Arbeitgeber. Im Kanton Bern bildet die Medizintechnik einer der Cluster in der Standortpromotion (vgl. Abschnitt 7.3.2).
- Das Thema **Sicherheit** umfasst die öffentliche Sicherheit, ein zuverlässiges Rechtssystem sowie die soziale Sicherheit. Im internationalen Standortwettbewerb ist Sicherheit bzw. die Stabilität eines Landes ein wichtiger Faktor. Innerhalb der Schweiz sind die Unterschiede gering. Viele Elemente sind in der Zuständigkeit des Bundes. Die Gewährung der öffentlichen Sicherheit gehört hingegen zu den kantonalen Aufgaben. Vor allem in grossen Kantonen steigen die Anforderungen an die Polizei, weil nicht mehr tolerierbare Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit zunehmen.
- Die **Steuern** sind Grundlage der öffentlichen Finanzen, die wiederum das Angebot der staatlichen Leistungen bestimmen. Gleichzeitig sind die Steuern ein Standortfaktor, der in die Entscheide von Unternehmen und Privatpersonen einfließt, wo sie sich niederlassen. So beeinflussen Steuern längerfristig wiederum die Wirtschaftskraft.
- Nicht zu unterschätzen sind nicht messbare, weiche Faktoren, die zu einer guten **Lebensqualität** und damit zu einem attraktiven Standort beitragen (z.B. Kultur- und Freizeitangebote, familienexterne Kinderbetreuung, Natur und Umgebung usw.).

Die Wirtschaftskraft ist Basis der öffentlichen Finanzen, d.h. der Steuereinnahmen und damit der staatlichen Leistungen. Steigt die Wirtschaftskraft, stehen mehr Mittel für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben zur Verfügung oder die Steuerbelastung kann bei gleichbleibender Leistung

gesenkt werden. Ohne Erhöhung der Wirtschaftskraft lassen sich umgekehrt zusätzliche staatliche Leistungen nur über eine höhere Abschöpfung finanzieren bzw. eine tiefere Abschöpfung bleibt nicht ohne Einfluss auf die staatlichen Leistungen.

Die folgende Grafik zeigt die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und die Einflussmöglichkeiten. In der Darstellung nicht berücksichtigt sind die Rückkoppelungen unter den verschiedenen Faktoren. Die Einflussmöglichkeiten einer Wirtschaftsstrategie sind blau eingefärbt.



Quelle: eigene Darstellung

Mess- bzw. Beurteilungsgrößen:

- 1: Branchenstruktur, Betriebszählung
- 2: Bruttoinlandprodukt und Ressourcenpotenzial
- 3: Steueraus schöpfungsinde x

7.2. Wirtschaftspolitische Einflussmöglichkeiten

Der föderalistische Staatsaufbau bringt es mit sich, dass es neben Bundes- und Kantonsaufgaben auch Aufgaben gibt, bei denen sowohl der Bund als auch die Kantone eigenständig handeln können (beispielsweise bei den Steuern). Viele Aufgaben können nicht entweder dem Bund oder den Kantonen zugeordnet werden. Bei der Raumplanung beispielsweise re-

gelt der Bund mit dem Raumplanungsgesetz Zuständigkeiten und Aufgaben. In der konkreten Ausgestaltung bleibt aber den Kantonen und Gemeinden ein grosser Spielraum. In der Arbeitslosenversicherung, die Teil des Arbeitsmarkts ist, vollziehen die Kantone Bundesrecht ohne eigenen Gestaltungsspielraum.

Bund	Bund und Kanton	Kanton
Geld, Währung		
Wettbewerb		
Aussenwirtschaft		
	Raumplanung	
	Arbeitsmarkt	
Nationalstrassen, Fernverkehr	Regionalverkehr	Kantonal-, Kommunalstrassen, Ortsverkehr
Technische Hochschulen	Berufsbildung, Hochschulen Mittelschulen	Volksschulen
Steuern		Steuern
	Gesundheitswesen	
	Regionalpolitik	
Standortpromotion		Standortpromotion
Wirtschaftspolizeiliche Vorschriften		Wirtschaftspolizeiliche Vorschriften
Verfahren		Verfahren

Quelle: eigene Darstellung

7.2.1. Vorbemerkungen zu den folgenden Abschnitten

Der Kanton Bern ist der zweitgrösste Kanton der Schweiz in Bezug auf Fläche, Bevölkerung, Anzahl Arbeitsplätze und Betriebe. Sein Anteil an gesamtschweizerischen Kennzahlen beträgt jeweils zwischen zehn und fünfzehn Prozent. In den folgenden Abschnitten werden in erster Linie Kennzahlen kommentiert, die davon deutlich abweichen.

Referenz für den Kanton Bern sind, neben der Schweiz, diejenigen Kantone, welche in Bezug auf Grösse, Bevölkerungszahl und Arbeitsplätze vergleichbar sind, nicht aber Stadtkantone oder flächen- und bevölkerungsmässig kleine Kantone. Deshalb

wird Bern jeweils mit der Schweiz und den Kantonen Aargau, St. Gallen, Waadt und Zürich verglichen (Referenzkantone).

Aussagen zum Wert je Kopf der Bevölkerung sind aussagekräftiger, weil Vergleiche zwischen unterschiedlich grossen Einheiten möglich werden. Bei einer Zeitreihe misst die Veränderung des absoluten Werts zudem oft vor allem die Entwicklung der Bevölkerungszahl (eine Erhöhung des Bruttoinlandprodukts zum Beispiel ist nur dann eine Verbesserung, wenn sie grösser ist als das Bevölkerungswachstum). Deshalb stehen in der folgenden Analyse die Werte pro Kopf der Bevölkerung im Vordergrund.

Die Abschnitte sind folgendermassen aufgebaut:

- Die Kernaussagen fassen die wichtigsten Erkenntnisse aus der Analyse zusammen. Zusammen mit der Analyse wird jeweils dargestellt, wie der Kanton Bern die Entwicklung beeinflussen kann.
- Die Grafik gewichtet die volkswirtschaftliche Bedeutung und vergleicht den Kanton Bern mit der Schweiz. Die Gewichtung stützt sich auf statistische Daten, ergänzt mit plausibilisierten Einschätzungen. Die einzelnen Grafiken weisen die Bedeutung der Kernaussagen pro Bereich aus. Ein direkter Vergleich zwischen den verschiedenen Grafiken ist dagegen nicht möglich.
- Unter «Hintergrund» werden die wichtigsten Kennzahlen dargestellt, die den Kernaussagen zu Grunde liegen. Diese Zahlen sind jeweils gerundet. Wo sinnvoll, wird auch ein Vergleich mit den Referenzkantonen erstellt.

Ausführlichere Angaben zu volkswirtschaftlichen Kennzahlen finden sich im Bericht zur Wirtschaftslage 2011 oder unter www.be.ch/wirtschaftsdaten.

Die Analyse geht zuerst auf die volkswirtschaftliche Struktur des Kantons ein (Ab-

schnitte 7.3.1 bis 7.3.4). Diese wird zusätzlich nach regionalen Gesichtspunkten betrachtet (Abschnitt 7.4). In Abschnitt 7.6 wird das Image des Kantons dargestellt. Anschliessend werden wichtige staatliche Leistungen und die Strukturen analysiert (Abschnitte 7.7.1 bis 7.7.5).

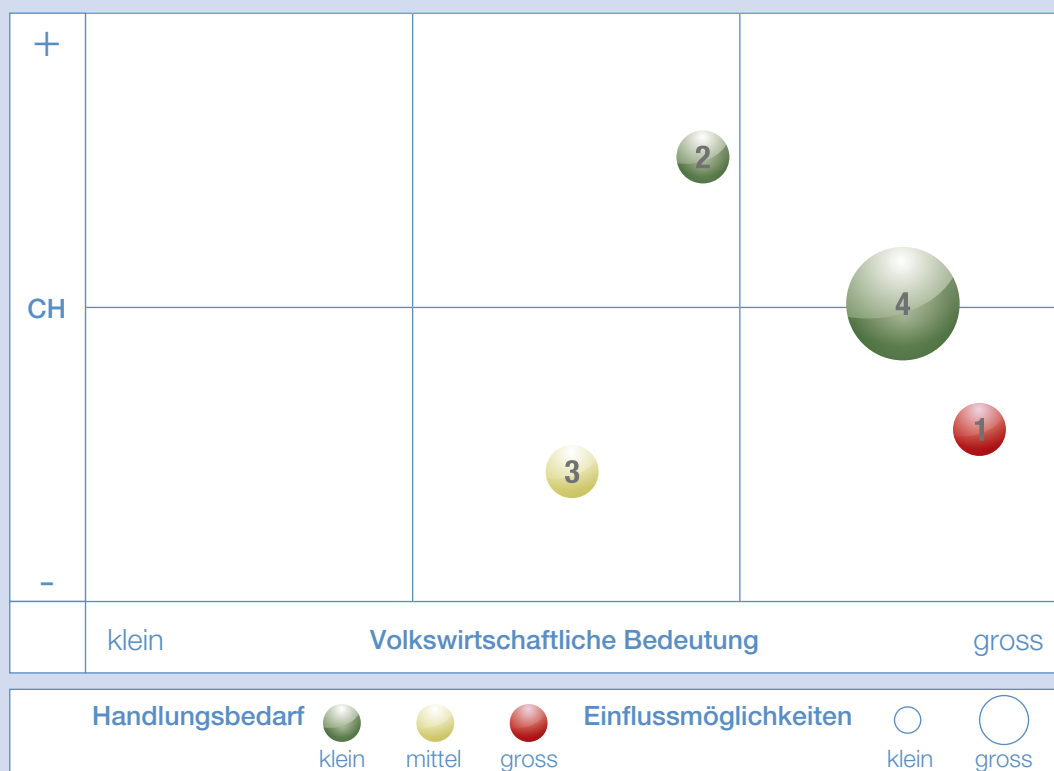
7.3. Volkswirtschaftliche Struktur des Kantons

7.3.1. Bruttoinlandprodukt und verfügbares Einkommen

Kernaussagen

- ① Das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf bzw. pro Beschäftigtem ist unterdurchschnittlich.
- ② Die Entwicklung des BIP pro Kopf bzw. pro Beschäftigtem ist überdurchschnittlich.
- ③ Das Wachstum des absoluten BIP ist unterdurchschnittlich.
- ④ Das frei verfügbare Einkommen²³ liegt im Durchschnitt.

Kernaussagen im Vergleich



Einflussmöglichkeiten

Die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts lässt sich nur indirekt beeinflussen. Die Einflussmöglichkeiten werden bei den entsprechenden Faktoren dargestellt.

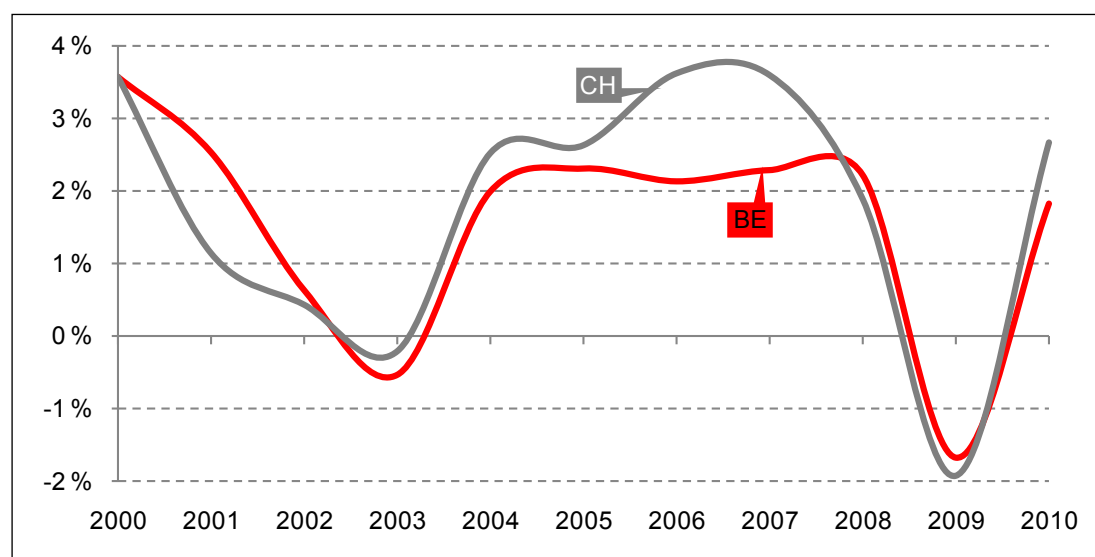
²³ Das frei verfügbare Einkommen berücksichtigt neben der Steuerbelastung die Wohnkosten, die Sozialversicherungsabgaben und die Krankenkassenprämien. Weitere Ausführungen am Ende dieses Abschnitts.

Das **Bruttoinlandprodukt (BIP)**²⁴ des Kantons Bern belief sich im Jahr 2010 auf 57 Milliarden Franken. Beim **BIP pro Kopf**²⁵ der Bevölkerung liegt der Kanton Bern mit 58'100 Franken unter dem Schweizer Mittel von 62'900 Franken. Von den Referenzkantonen liegt einzig Zürich vor Bern – sowohl absolut als auch pro Kopf.

Ein Vergleich des **jährlichen Wachstums** zeigt, dass der Kanton Bern weniger dynamisch reagiert als die Schweiz. Das

Wachstum der Berner Wirtschaft ist im konjunkturellen Aufschwung geringer als der Schweizer Durchschnitt. In Krisensituationen reagiert die Berner Wirtschaft meist etwas verzögert, aber nicht grundsätzlich anders als die Schweiz. Über einen gesamten Konjunkturzyklus hinweg resultiert deshalb ein geringeres Wachstum als im Schweizer Durchschnitt. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung liegt in der Branchenstruktur des Kantons.

Hintergrund



BIP-Wachstum

Quelle: BAKBASEL

Das **durchschnittliche jährliche Wachstum** zwischen 2000 und 2010 lag mit 1.4 Prozent unter demjenigen der Schweiz (1.6 %). Die Kantone Waadt und Aargau lagen über dem bernischen Wert, St. Gallen und Zürich darunter. Zürich litt stark unter der Wirtschaftskrise 2001-2003 sowie unter der Finanzkrise 2008/2009. Eine Betrachtung des durchschnittlichen Wachstums über die vergangenen 30 Jahre zeigt ähnliche Resultate. Der Kanton Bern wuchs um 1.5 Prozent (CH: 1.6 %). St.

Gallen wuchs gleich wie der Kanton Bern, die Waadt lag im Schweizer Durchschnitt, Aargau und Zürich lagen darüber (1.7 %).

Das **durchschnittliche Wachstum pro Kopf der Bevölkerung** lag 2000 bis 2010 mit 1.0 Prozent deutlich über dem der Schweiz (0.7 %) und der Referenzkantonen. Dies ist jedoch nicht auf ein überdurchschnittliches Wachstum des BIP zurückzuführen, sondern eine Folge des unterdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums.

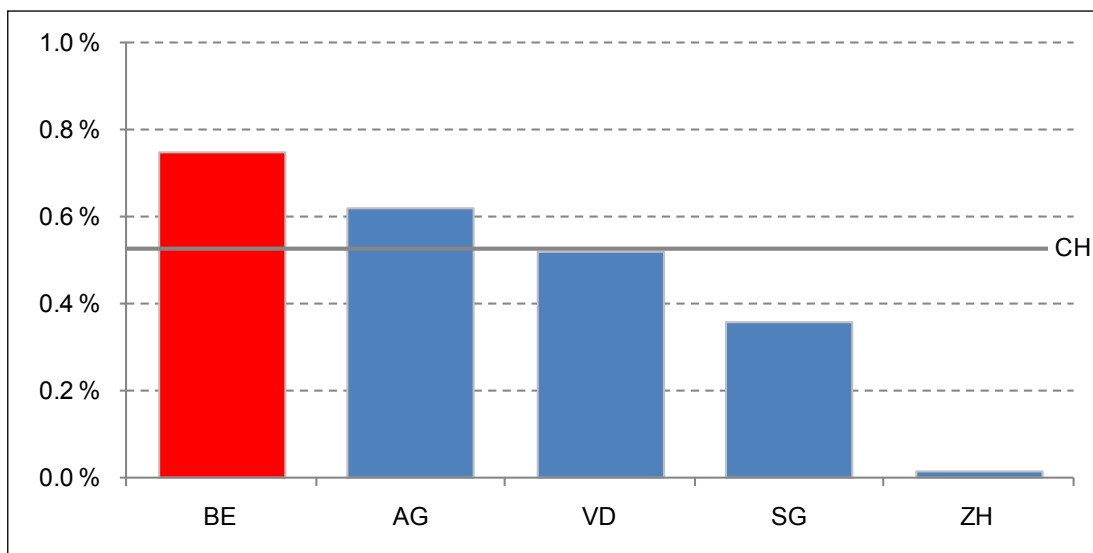
24 Bei den in der Wirtschaftsstrategie ausgewiesenen Grössen handelt es sich jeweils um reale (d.h. inflationsbereinigte) Grössen.

25 Grössere Aussagekraft erlangt das BIP, wenn es ins Verhältnis zur Bevölkerung gesetzt wird. Das BIP pro Kopf der Bevölkerung ist ein Mass für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts. Es wächst, wenn die Zahl der Erwerbstätigen stärker zunimmt als die Gesamtbevölkerung oder wenn pro Erwerbstätigem eine höhere Wertschöpfung generiert wird, das heisst die vorhandene Arbeit produktiver eingesetzt wird.

Das **BIP pro Erwerbstätigem**²⁶ im Kanton Bern ist mit 98'500 Franken geringer als im schweizerischen Durchschnitt (CH: 109'100 Franken). Das ist ein Hinweis auf eine eher wertschöpfungsschwache Branchenstruktur im Kanton Bern. Von den Referenzkantonen liegt nur St. Gallen

leicht hinter dem Kanton Bern. Die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren zeigt aber, dass der Strukturwandel hin zu wertschöpfungsstärkeren Aktivitäten im Kanton Bern ausgeprägter war als im Schweizer Durchschnitt.

Entwicklung BIP pro Erwerbstätigem

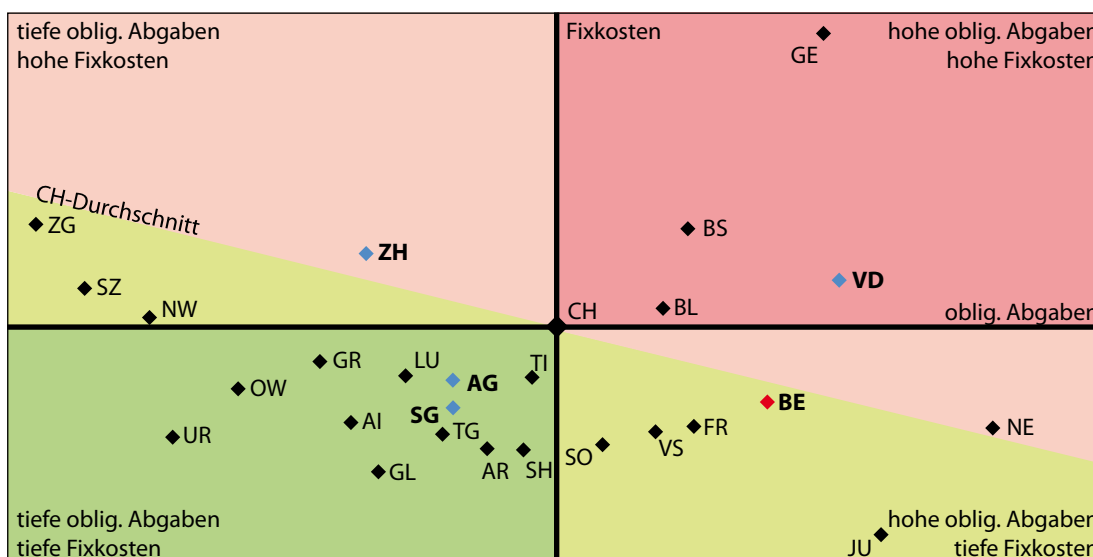


Quelle: BAKBASEL

Für die Beurteilung des Wohlstands ist das **frei verfügbare Einkommen**²⁷ von Bedeutung. Dieses berücksichtigt nicht nur die Steuerbelastung, sondern alle gebundenen Ausgaben. Das frei verfügbare Einkommen im Kanton Bern entspricht dem Schweizer Durchschnitt. Die obligatorischen Abgaben

sind deutlich überdurchschnittlich, dagegen fallen die Fixkosten unterdurchschnittlich aus. Beim frei verfügbaren Einkommen schneiden Stadtkantone und Kantone mit starker Zentrumsfunktion schlechter ab als die übrigen Kantone. Zürich und Waadt liegen hinter, St. Gallen und Aargau vor Bern.

Verfügbares Einkommen nach Ausgabenkomponenten, 2011



Quelle: Credit Suisse Economic Research, eigene Darstellung

Obligatorische Abgaben: Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialabgaben, Krankenversicherungsprämien
 Fixkosten: Wohnkosten, Nebenkosten, Gebühren für Wasser, Abwasser und Abfall

26 Das BIP pro Erwerbstätigem ist ein Indikator für die Produktivität. Eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung ermöglicht Rückschlüsse auf die Wertschöpfungsstärke bzw. Produktivität der Branchenstruktur. Aussagen zu Produktivitätsunterschieden innerhalb bestimmter Branchen sind nicht möglich.
 27 Frei verfügbares Einkommen nach der Definition von Credit Suisse: Bruttoeinkommen abzüglich Steuern, Sozialabgaben, BVG, Krankenkasse, Wohnkosten inkl. Nebenkosten und Pendlerkosten.

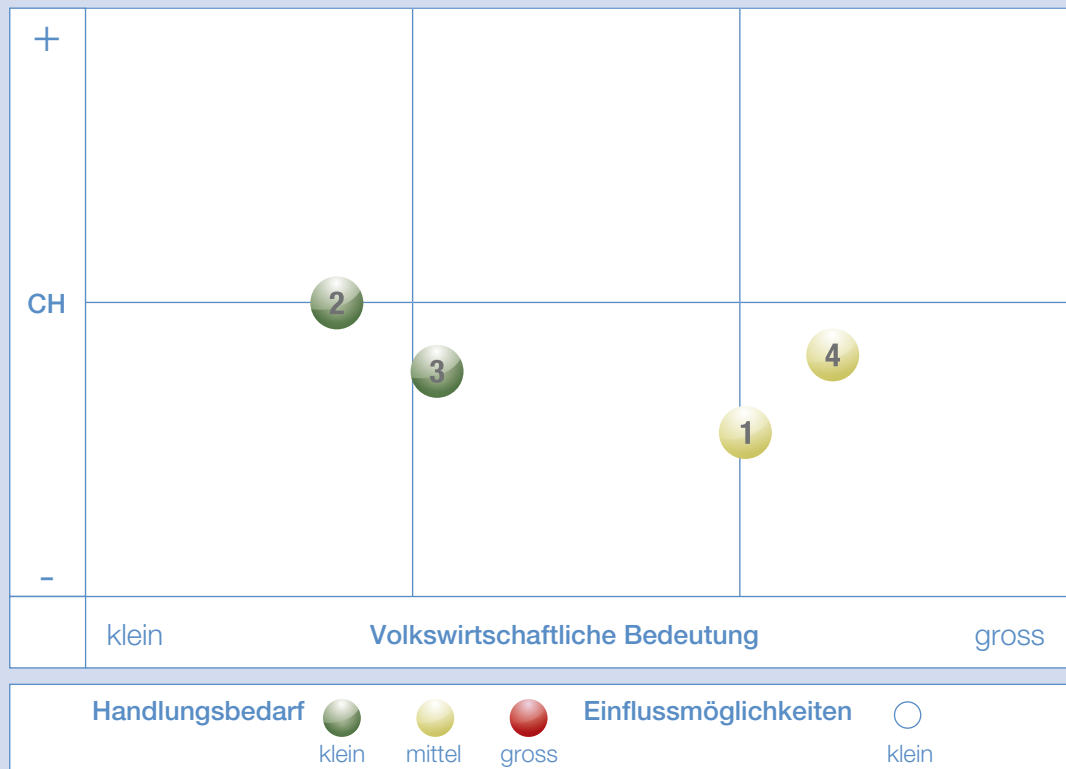


7.3.2. Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur

Kernaussagen

- 1 Der Kanton Bern ist bezüglich Unternehmensgründungen weniger dynamisch als die Schweiz.
- 2 Die Gröszenstruktur der Unternehmen entspricht derjenigen der Schweiz.
- 3 Kapitalgesellschaften sind unterdurchschnittlich vertreten.
- 4 Die Branchenstruktur ist insgesamt eher wertschöpfungsschwach.

Kernaussagen im Vergleich



Einflussmöglichkeiten

Die Anzahl Unternehmen ist davon abhängig, ob der erforderliche Raum zur Verfügung steht und ob der Wirtschaftsstandort attraktiv ist.

Die Branchenstruktur kann nur längerfristig beeinflusst werden, indem für wertschöpfungsstarke Branchen gute Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Ein ausgebautes Bildungsangebot, Wissenstransfer und Innovationsförderung sowie die Standortpromotion beeinflussen die Standortwahl der Unternehmen.

2008 hatten 35'133 **Unternehmen** des 2. und 3. Sektors ihren Sitz im Kanton Bern²⁸. Zwischen 2001 und 2008 verringerte sich ihre Anzahl um rund 1'800 bzw. 5 Prozent, wobei der stärkste Rückgang in der ersten Hälfte des Jahrzehnts erfolgte, gleich wie in der Schweiz und den Referenzkantonen. Während zwischen 2005 und 2008 die Anzahl der Unternehmen in der Schweiz und in den Referenzkantonen wieder zunahm, stagnierte sie im Kanton Bern. Dies ist ein Indiz für die unterdurchschnittliche Dynamik der Unternehmensentwicklung.

Die **Grössenstruktur der Unternehmen** (gemessen an der Anzahl Beschäftigten) ist im Kanton Bern nahezu identisch mit der schweizerischen Struktur. Im internationalen Vergleich ist die Schweizer Unternehmenslandschaft klein strukturiert. Es gibt nur sehr wenig sehr grosse Produktions- und Dienstleistungsstandorte. 99.6 Prozent der Unternehmen gehören zur Kategorie der Klein- und Mittelunternehmen (KMU). 86 Prozent der Unternehmen im Kanton Bern fallen in die Kategorie Mikrounternehmen mit weniger als zehn Vollzeitstellen. Grosse, exportorientierte Produktions- und Dienstleistungsunternehmen mit internationaler Ausstrahlung sind im Kanton Bern untervertreten.

Bei der **Rechtsform der Unternehmen** unterscheidet sich der Kanton Bern deutlich von der Schweiz. Personenbezogene Unternehmen²⁹ machen 43 Prozent aller Unternehmen aus (CH: 34 %). Kapital-

gesellschaften sind demgegenüber weniger vertreten. 29 Prozent sind Aktiengesellschaften (CH: 35 %). Der Anteil der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) ist ebenfalls leicht niedriger als in der Schweiz. Diese Struktur ist ein Indiz für eine binnenorientierte Ausrichtung vieler Berner Unternehmen, die weniger Wachstumspotenzial aufweist als eine Exportorientierung.

Die **Sektoralstruktur** der Berner Wirtschaft unterscheidet sich – mit Ausnahme der überdurchschnittlich vertretenen Landwirtschaft – kaum von derjenigen der Schweiz.

20 Prozent aller Beschäftigten in der Schweizer **Landwirtschaft** arbeiten im Kanton Bern. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat seit 2001 zu einem – unterdurchschnittlichen – Rückgang der Beschäftigten um 14.9 Prozent auf 36'700 geführt (CH: -17.4 %). Auch die Nutzfläche pro Betrieb ist unterdurchschnittlich.

Im **Industriesektor** sind 133'300 Personen tätig. Der Kanton Bern hat in absoluten Zahlen die meisten Beschäftigten in der industriellen Produktion aller Kantone (89'000 Personen). Die Zunahme der Beschäftigung seit 2001 betrug 2.8 Prozent, deutlich weniger als in der Schweiz (4.9 %).

Der **Dienstleistungssektor** beschäftigt 372'300 Personen. Der Zuwachs war mit 7.0 Prozent seit 2001 geringer als in der Schweiz (10.6 %).

Hintergrund

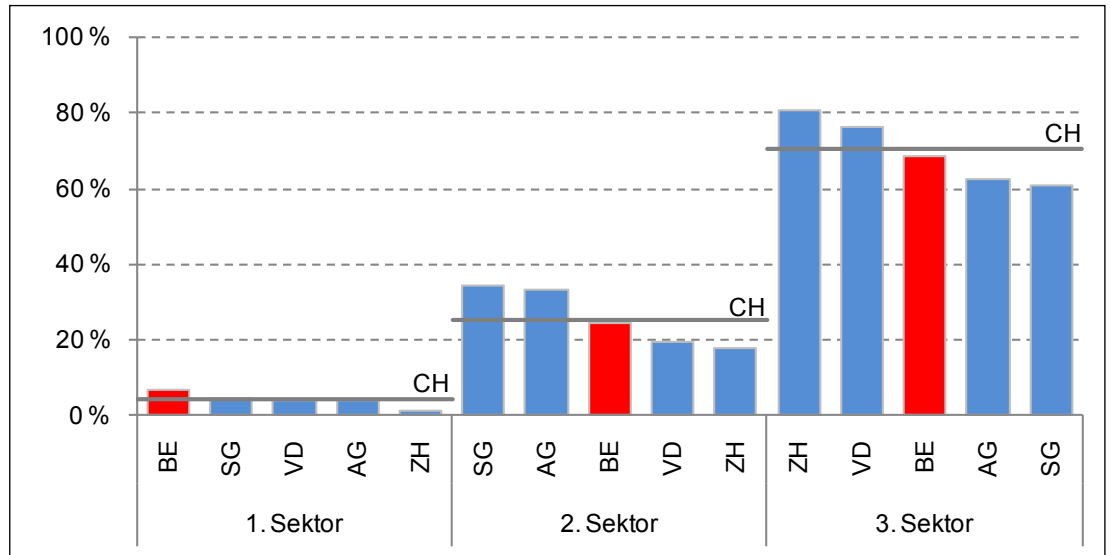
28 Bundesamt für Statistik, Eidgenössische Betriebszählung 2008

29 Personenbezogene Rechtsformen: Einzelfirma, Genossenschaft und Kollektivgesellschaft. (Vereine werden hier nicht berücksichtigt, da sie meist keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgen.)

Kapitalbezogene Rechtsform: Aktiengesellschaft.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine Mischform.

Beschäftigtenanteile in den drei Wirtschaftssektoren



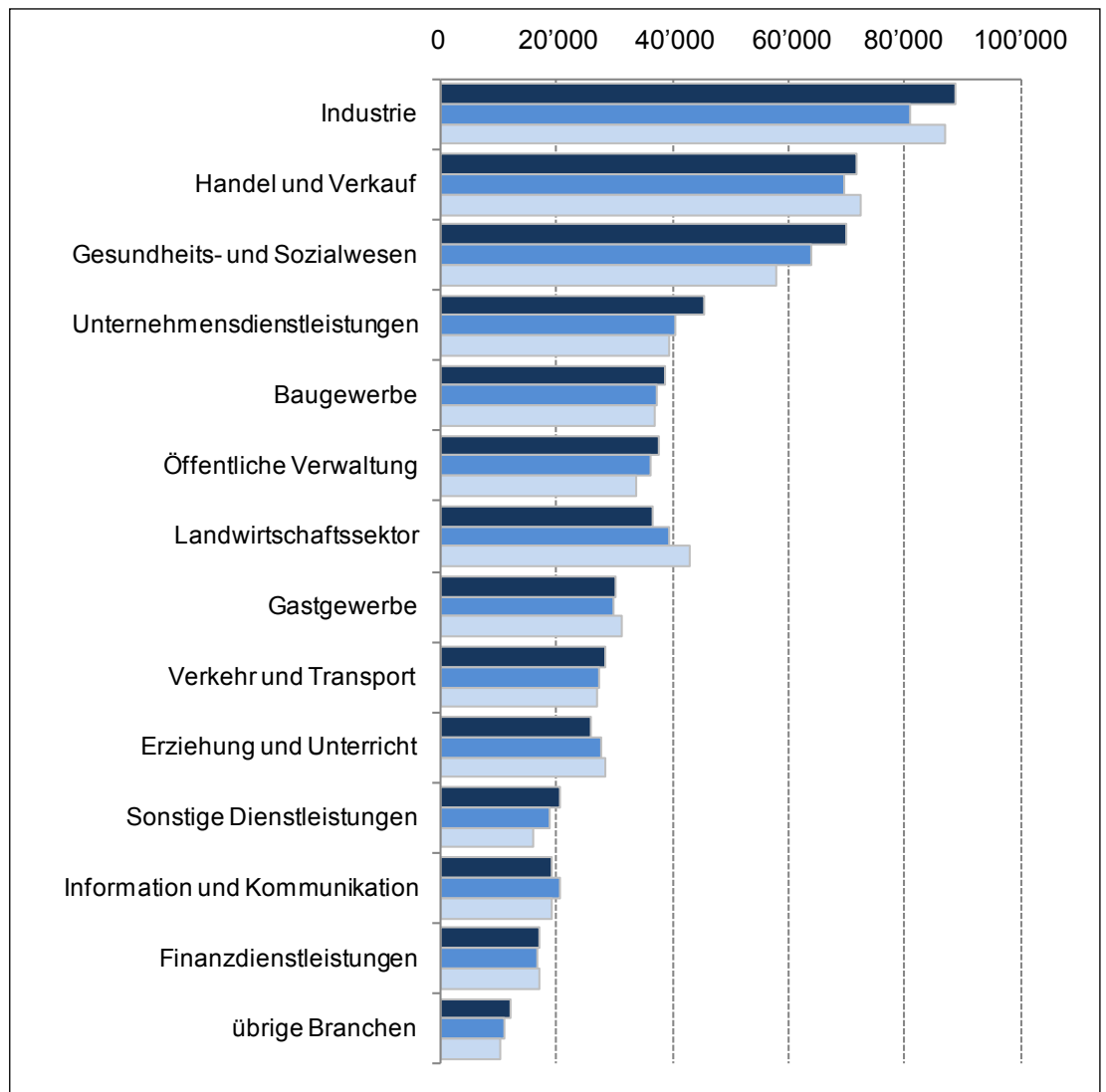
Quelle: BFS Betriebszählung 2008 (Stand: 29.3.2010)

Die Betrachtung einzelner Branchen über die vergangenen Jahre zeigt konjunkturelle und strukturelle Entwicklungen auf. Das grösste Beschäftigungswachstum zwischen 2001 und 2008 verzeichnete das

Gesundheits- und Sozialwesen (sowohl in der Schweiz als auch im Kanton Bern). Insgesamt ist aus den Zahlen eine Entwicklung in Richtung wertschöpfungsstärkerer Branchen festzustellen.

Beschäftigung einzelner Branchen

- 2008
- 2005
- 2001

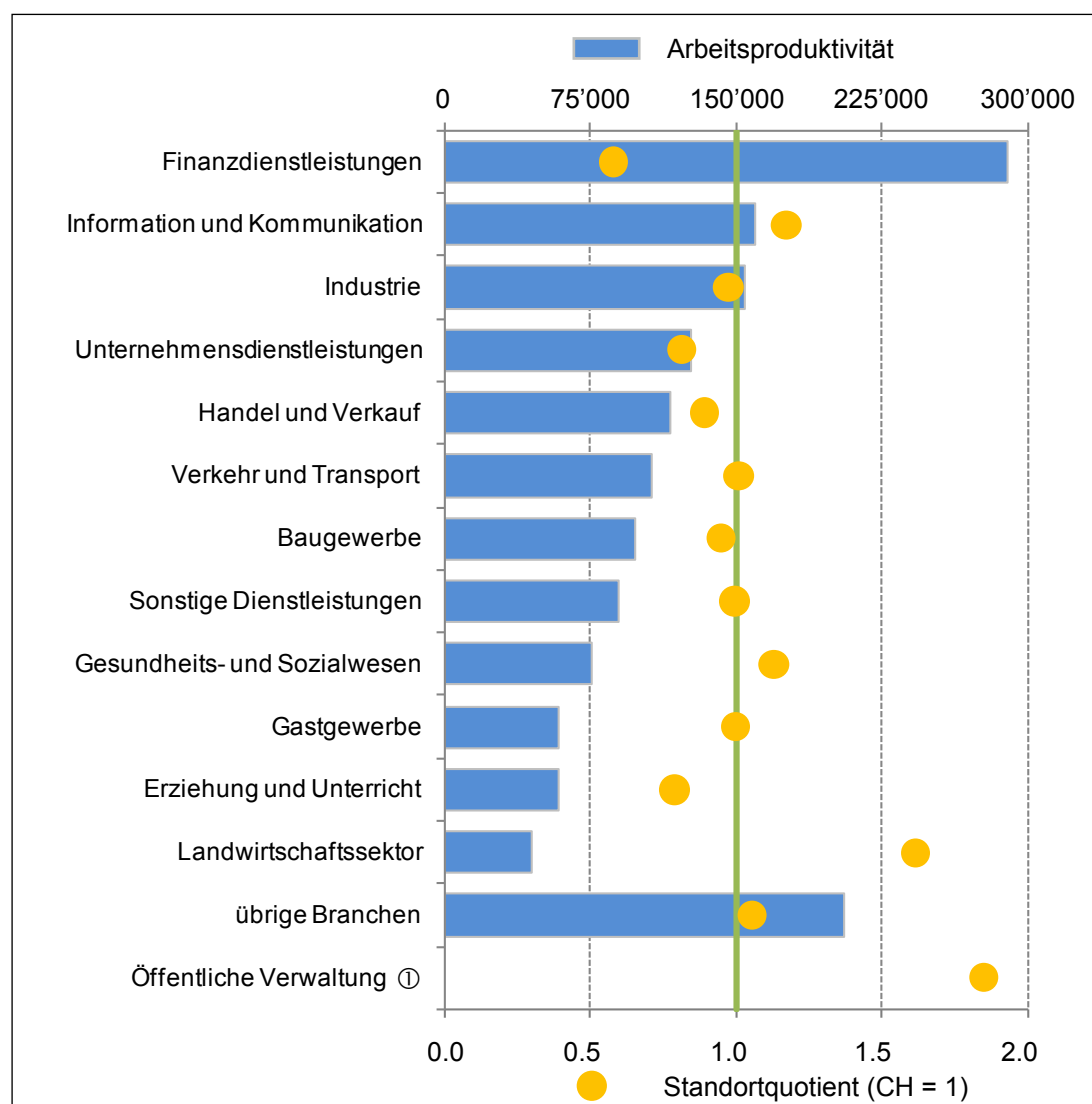


Quelle: BFS Betriebszählung 2008 (Stand: 29.3.2010)

Die **Branchenstruktur** lässt sich anhand des Standortquotienten³⁰ besser beurteilen als nur anhand der absoluten Beschäftigungszahlen. Im Kanton Bern deutlich übervertreten sind die «Öffentliche Verwaltung» (wegen der Bundesverwaltung), die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Branchen und der Bereich «Information und Kommunikation» (hier spielen die Hauptsitze der Post und Swisscom eine wesentliche Rolle). Die «Finanzdienstleistungen» sowie «Erziehung und Unter-

richt» weisen einen klar unterdurchschnittlichen Standortquotienten auf.

Innerhalb der in der folgenden Abbildung ausgewiesenen Branchen gibt es Teilbranchen mit überdurchschnittlichen («Maschinenbau», «Metallindustrie») bzw. unterdurchschnittlichen Anteilen («Chemie/Pharmazie», «Grosshandel», «Elektronik/Optik/Uhren» und «Beratung/Ingenieurwesen/F+E/Werbung»).



Arbeitsproduktivität und Standortquotient einzelner Branchen

Quelle: BFS Betriebszählung 2008 (Stand: 29.3.2010)

Arbeitsproduktivität: in Franken pro Vollzeitstelle

① Die Arbeitsproduktivität der öffentlichen Verwaltung ist statistisch schwierig zu erheben, da keine Marktpreise für die staatlichen Leistungen existieren. Das BFS weist deshalb keine Werte aus. Aufgrund der grossen Bedeutung der öffentlichen Verwaltung für den Kanton Bern, ist die Höhe der gesamten durchschnittlichen Produktivität stark von der Schätzung der Produktivität der öffentlichen Verwaltung abhängig.

30 Der Standortquotient weist die Konzentration einer Branche im Kanton Bern im Vergleich zur Schweiz aus. Dazu werden die jeweiligen Anteile der Branche an der Gesamtaktivität berechnet. Der Quotient der beiden Grössen ist der Standortquotient. Ein Wert kleiner als 1 gibt an, dass die Branche unterproportional vertreten ist.

Die Branchenstruktur, die einen hohen Anteil an konjunkturunabhängigen Branchen wie der öffentlichen Verwaltung, der Landwirtschaft und dem Gesundheits- und Sozialwesen aufweist, führt im Kanton Bern zu einer weniger dynamischen Wirtschaftsentwicklung als in der Schweiz. Die mit diesen Branchen verbundene Stabilität hat aber den Vorteil einer geringeren Arbeitslosigkeit (vgl. Abschnitt 7.3.4). In der Branchenstruktur liegt ebenfalls der Hauptgrund für die insgesamt tiefere durchschnittliche Wertschöpfung bzw. Arbeitsproduktivität im Vergleich zur Schweiz. Branchen mit einer hohen Wertschöpfung (Arbeitsproduktivität) – insbesondere die Finanzdienstleistungen und produktive Industrien wie die Chemie – sind deutlich untervertreten. Demgegenüber sind die Landwirtschaft und das Gesundheits- und Sozialwesen sehr beschäftigungsintensiv, weisen jedoch eine unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität auf. In der Tourismusregion Oberland ist das Gastgewerbe, das ebenfalls eine geringe Arbeitsproduktivität aufweist, überdurchschnittlich stark vertreten. Die einzelnen Branchen im Kanton Bern unterscheiden sich dagegen bezüglich der Arbeitsproduktivität grundsätzlich nicht von der Schweiz.

Der Kanton Bern ist ein bedeutender **Tourismuskanton** zusammen mit den Kantonen Graubünden und Wallis. Er verzeichnet

jährlich insgesamt 4.9 Millionen Übernachtungen in Hotel- und Kurbetrieben. Gemessen an diesen Übernachtungen steht er an zweiter Stelle mit einem Anteil von 14 Prozent an den gesamtschweizerischen Übernachtungen (Graubünden 16 %, Wallis 12 %). 75 Prozent der Übernachtungen entfallen auf das Berner Oberland.

Die **Hauptstadtfunktion** von Bern begründet die starke Bedeutung der öffentlichen Verwaltung. 64 Prozent aller Beschäftigten in der Bundesverwaltung arbeiten im Kanton Bern. Die öffentliche Verwaltung ist eine wichtige Auftraggeberin, insbesondere für Dienstleistungsunternehmen. Die Nähe zum politischen Entscheidungszentrum zieht weitere Unternehmen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen (NGO) an.

Der Kanton Bern konzentriert sich mit seiner Wirtschaftsförderung auf wertschöpfungsstarke Branchen. Im Rahmen der Standortpromotion fördert er seit 1998 vor allem folgende **Cluster**³¹.

26 Prozent der Berner Unternehmen sind einem der Cluster «Medizinalbranche» (inkl. «Medizintechnik» und «Gesundheits- und Sozialwesen»), «Präzisionsindustrie», «Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT)» und «Wirtschaftsberatung» zuzuordnen. 2008 arbeiteten 33 Prozent der Beschäftigten in den vier Clustern.

Beschäftigte in den Clustern

Cluster	Beschäftigte	Anteil an der Gesamtbeschäftigung
Medizinalbranche (Medizintechnik, Pharma, Gesundheits-/Sozialwesen)	75'000	13.8 %
Medizintechnik	3'300	0.6 %
Präzisionsindustrie	52'000	9.6 %
Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT)	24'000	4.5 %
Wirtschaftsberatung	36'000	6.6 %
Total (bei Zuordnung zu mehreren Clustern nur einmal gezählt)	178'000	32.8 %

Quelle: BFS Betriebszählung 2008 (Stand: 29.3.2010)

31 Informations- und Kommunikationstechnologie, Medizinalbranche, Präzisionsindustrie, Dienstleistungen, Design und Umwelttechnologie. Die beiden letzten definieren sich funktional und nicht nach Branchenzugehörigkeit gemäss NOGA-Klassifikation. Deshalb können auf der Basis der Betriebszählung zu ihnen keine Aussagen gemacht werden.

Von den Referenzkantonen weisen Waadt in der «Medizinalbranche», Aargau und St. Gallen in der «Präzisionsindustrie» und Zürich in den «ICT» und der «Wirtschaftsberatung» höhere Beschäftigtenanteile auf als Bern.

Bei den **Exporten** belegt der Kanton Bern mit 12.2 Milliarden Franken den 5. Rang

unter den Kantonen. Sein Anteil an den gesamten schweizerischen Exporten beträgt 6 Prozent³². 54 Prozent der bernischen Exporte gehen in die EU, allein 25 Prozent nach Deutschland.

In der Exportstatistik nicht erfasst ist der Tourismus, der seine Dienstleistungen an ausländische Gäste «exportiert».

Warengruppen	BE	CH
Maschinen, Apparate, Elektronik	32.0 %	17.9 %
Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie	27.6 %	18.2 %
Chemikalien und verwandte Erzeugnisse	14.2 %	37.3 %
Metalle	7.0 %	6.3 %
Land- und forstwirtschaftliche Produkte, Fischerei	5.9 %	4.2 %
übrige Warengruppen	13.3 %	16.1 %

Provisorische Zahlen

Exporte 2010

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung

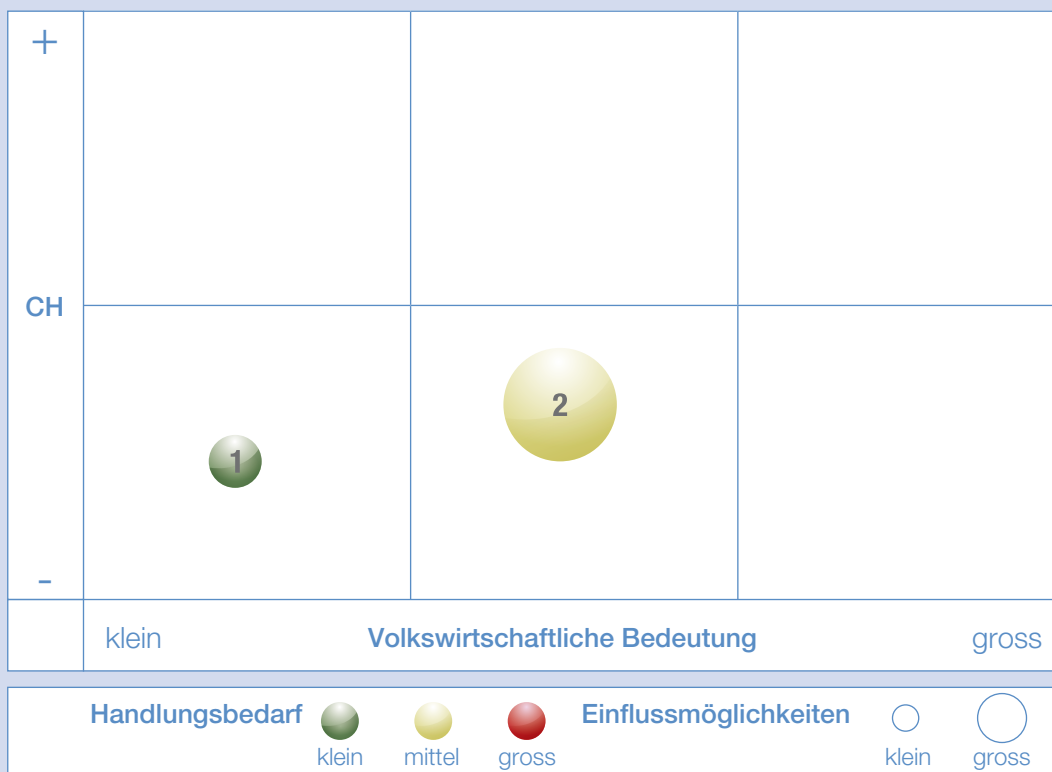
³² Die Exportstatistik knüpft nicht an den Produktionsort, sondern an den Versandort an. Die Exporte des Kantons Bern dürften in der Wirklichkeit höher sein, weil verschiedene grosse exportorientierte Firmen nicht aus dem Kanton Bern versenden.

7.3.3. Bevölkerung

Kernaussagen³³

- 1 Das Bevölkerungswachstum ist stark unterdurchschnittlich.
- 2 Der Kanton Bern weist einen negativen interkantonalen Wanderungssaldo und eine geringe Zuwanderung erwerbstätiger Personen auf. Deshalb ist der Anteil der über 64-jährigen Personen an der Gesamtbevölkerung hoch.

Kernaussagen im Vergleich



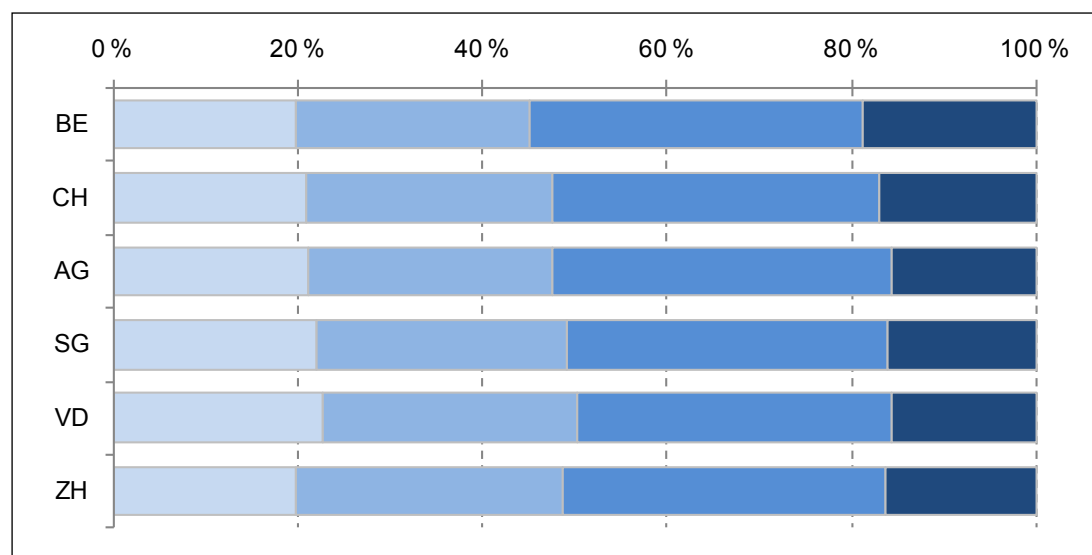
Einflussmöglichkeiten

Die demografische Entwicklung lässt sich nur mittelfristig und nur über die Zuwanderung beeinflussen. Die Zuwanderung ist abhängig vom Arbeits- und Wohnungsangebot.

Der Kanton Bern wies Ende 2010 eine **ständige Wohnbevölkerung** von 979'400 Personen auf. Der Kanton Bern weist im schweizerischen Vergleich einen unterdurchschnittlichen Anteil an jüngeren Personen auf. Gleichzeitig ist der Anteil der

über 65-jährigen Personen überdurchschnittlich. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung von 13.4 Prozent liegt deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt von 22.5 Prozent.

Hintergrund



Altersstruktur der Bevölkerung 2010

- 0-19 Jahre
- 20-39 Jahre
- 40-64 Jahre
- 65 und mehr Jahre

Quelle: BFS STATPOP

Das **Bevölkerungswachstum** über die vergangenen zehn Jahre lag mit 3.8 Prozent deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 9.2 Prozent. Einzig die internationale Zuwanderung war im Kanton Bern positiv, lag aber unter dem Schweizer

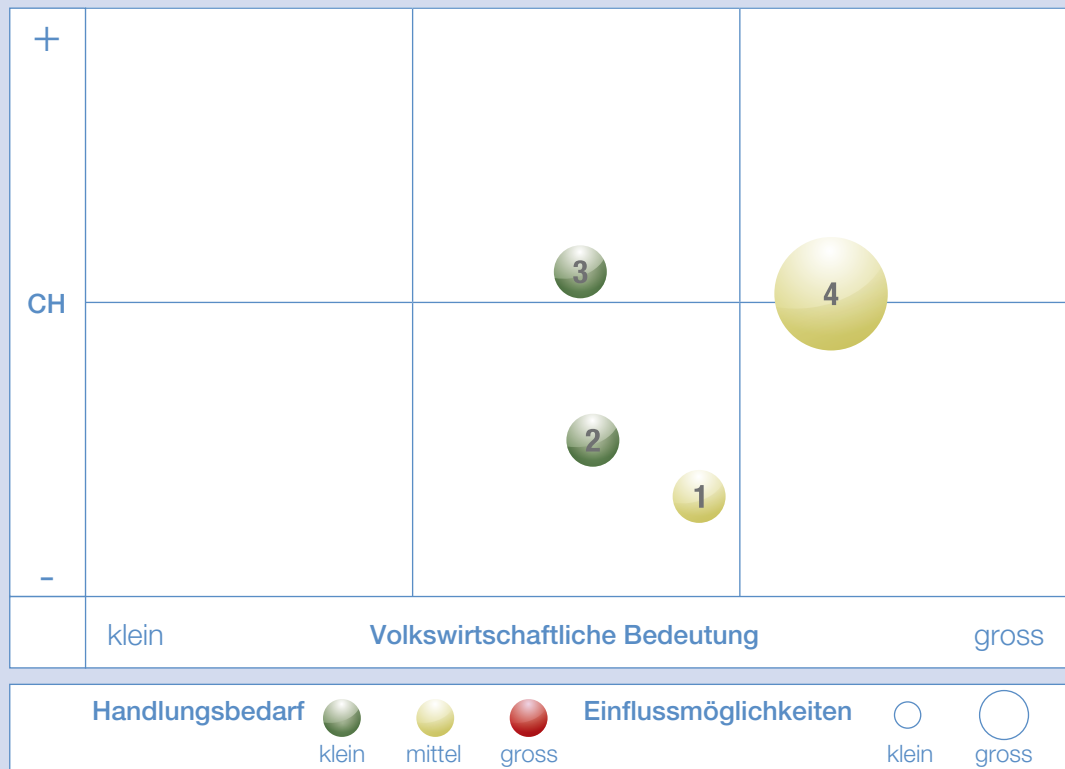
Durchschnitt. Dagegen war der interkantonale Wanderungssaldo negativ und der Kanton Bern verzeichnete insgesamt einen Sterbeüberschuss. Von den Referenzkantonen wies einzig St. Gallen ein leicht unterdurchschnittliches Wachstum auf (6.6 %).

7.3.4. Arbeitsmarkt

Kernaussagen

- ① Die Zahl der Erwerbstätigen und die Anzahl Arbeitsplätze wachsen unterdurchschnittlich
- ② Die Arbeitslosenquote ist tief.
- ③ Die Erwerbsquote ist leicht über dem hohen Schweizer Durchschnitt.
- ④ Der Bildungsstand der Bevölkerung liegt im Schweizer Durchschnitt.

Kernaussagen im Vergleich



Einflussmöglichkeiten

Die Zahl der Erwerbstätigen ist abhängig von der Bevölkerungsentwicklung, die Anzahl Arbeitsplätze von der Entwicklung der Unternehmen. Die Qualifikation der Erwerbstätigen wird durch Aus- und Weiterbildung beeinflusst.

Im Jahr 2010 betrug die Zahl der **Erwerbstätigen** im Kanton Bern 581'500 Personen. In den letzten zehn Jahren ist ihre Zahl um 6.3 Prozent oder 34'400 Personen gewachsen. In der Schweiz (+11.4 %) und den Referenzkantonen war die Zunahme höher. In Relation zur Bevölkerungsentwicklung weist der Kanton Bern die höchste Zuwachsrate der Referenzkantone auf.

Die **Arbeitslosenquote** im Kanton Bern ist im Vergleich zur Schweiz und zu den Referenzkantonen tief. Sie liegt jeweils zwischen 0.8 und 1.2 Prozentpunkten unter der schweizerischen Quote. Im Jahresdurchschnitt 2010 betrug sie 2.8 Prozent (CH 3.9 %). Die öffentliche Verwaltung, das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft haben einen stabilisierenden Einfluss, da die Beschäftigung in diesen Branchen kaum auf konjunkturelle Schwankungen reagiert. Ähnliches gilt für die öffentlichen Unternehmen im Kanton Bern.

Trotz der tiefen Arbeitslosenquote im Kanton Bern gibt es nach wie vor viele Menschen, die nur teilweise oder nicht am Erwerbsleben teilnehmen können. Ihre Situation wird in den regelmässig veröffentlichten Sozialberichten eingehend analysiert (vgl. Abschnitt 9.2.12).

Die **Erwerbsquote** beträgt 80.8 Prozent³⁴ und liegt damit über dem Schweizer Durchschnitt. Nur der Kanton Zürich weist eine höhere Quote aus, die anderen Referenzkantone liegen unter diesem Wert.

Das (Aus-) **Bildungsniveau** im Kanton Bern unterscheidet sich nicht von dem in der ganzen Schweiz. Nicht gedeckt werden kann der Bedarf an spezialisierten Fachkräften (insbesondere in technischen Bereichen). Weitere Aussagen zum Bildungsniveau finden sich im Abschnitt 7.7.2.

Hintergrund

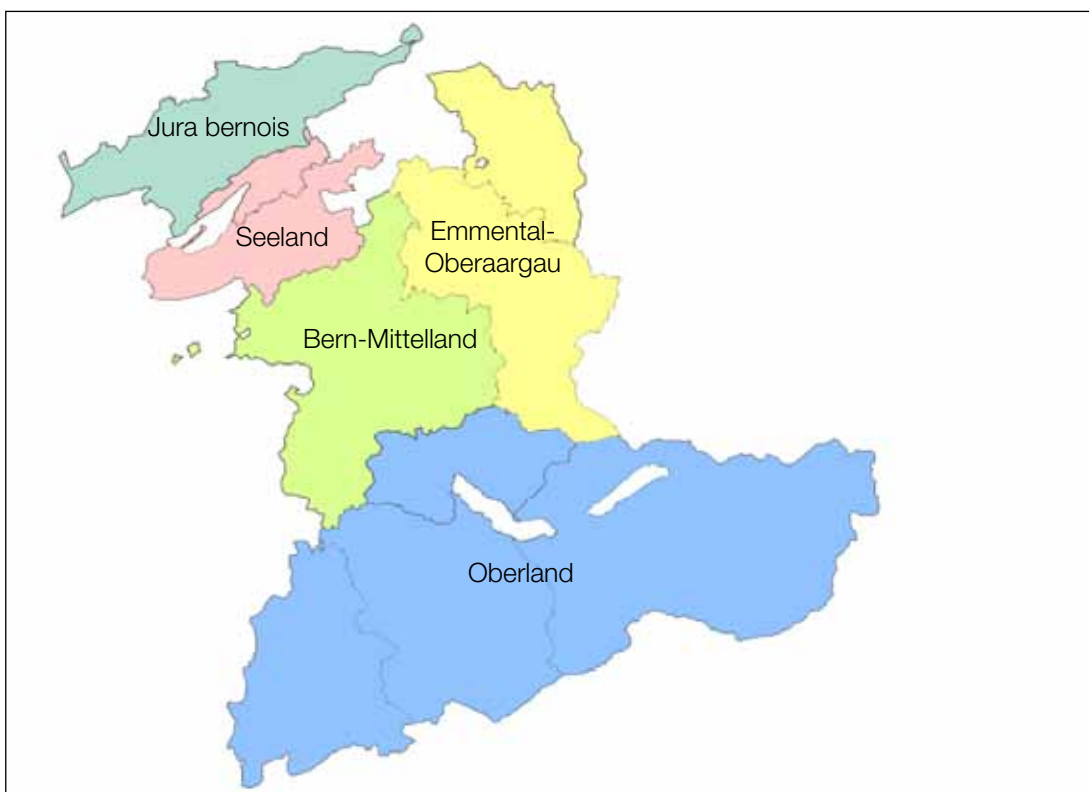
34 Nettoerwerbsquote: Anteil der Erwerbspersonen an der 15- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung (Volkszählung 2000).

7.4. Analyse der Regionen

Die verschiedenen Regionen des Kantons Bern unterscheiden sich stark voneinander. Eine Analyse des Kantons wäre deshalb unvollständig ohne einen differenzierten Blick auf die Regionen. Dagegen macht es keinen Sinn, Kernaussagen und

Einflussmöglichkeiten regional zu differenzieren. Seit der Umsetzung der Bezirksreform wird für die regionale Betrachtung der Volkswirtschaft auf die Verwaltungsregionen abgestellt.

Die fünf Verwaltungsregionen des Kantons Bern



Quelle: Kanton Bern

Wie die Kantone Waadt und Graubünden sind die Strukturen des Kantons Bern sehr heterogen. Dies zeigt sich unter anderem in der Studie der Credit Suisse, die eine kleinräumige Analyse der Standortqualität vorgenommen hat³⁵. Ein wesentlicher Grund für die Unterschiede ist die Geo-

grafie. Der Kanton Bern hat eine grosse Fläche mit vielen Geländekammern, die einzeln erschlossen werden müssen. Ein Indikator dafür (und den damit verbundenen Aufwand) ist das Strassennetz, das im Kanton Bern deutlich grösser ist als in anderen Kantonen:

Länge des Strassennetzes

Quelle: BFS (Stand: November 2010)

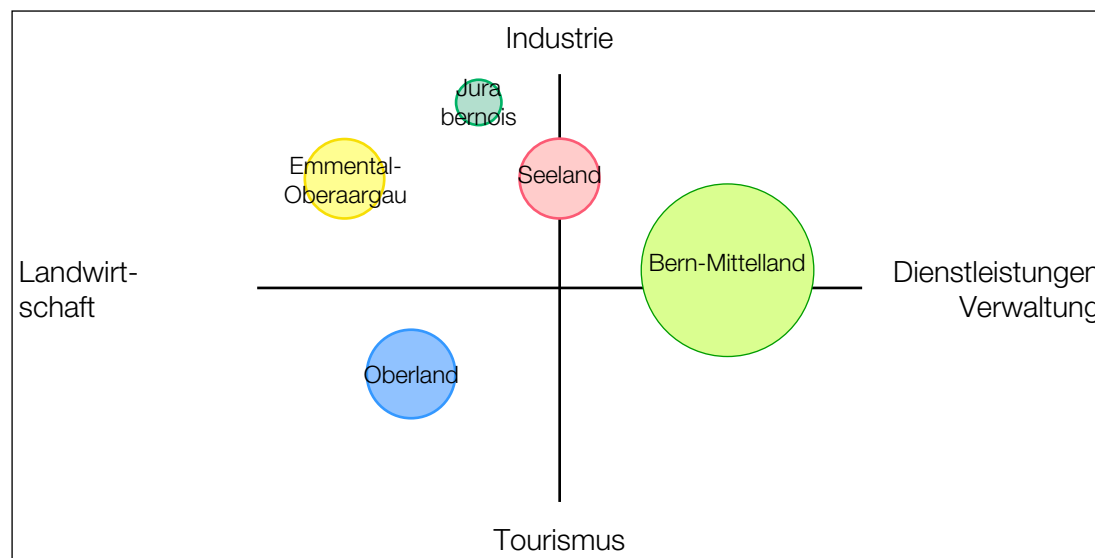
	BE	CH	AG	SG	VD	ZH
Strassenlänge (km)	11'922	71'454	5'593	2'969	7'698	7'377

National-, Kantons- und Gemeindestrassen per Ende 2009

Die Bevölkerungsentwicklung ist regional unterschiedlich. Die Verwaltungsregionen Seeland (5.7 %) und Oberland (4.0 %) wiesen ein Wachstum über dem kantonalen Durchschnitt auf, Bern-Mittelland (2.8 %), Emmental-Oberaargau (1.9 %) und der Jura bernois (1.1 %) liegen darunter³⁶. Kei-

ne Region ist im Vergleich mit der Schweiz überdurchschnittlich.

Anhand der Branchenstruktur und dem regionalen BIP lassen sich die fünf Regionen folgendermassen charakterisieren:



Charakterisierung der fünf Verwaltungsregionen

Quelle: BAKBASEL
(Stand: Februar 2011)
Eigene Darstellung

Die Kreisfläche entspricht dem BIP.
Die Positionierung basiert auf den entsprechenden Standortquotienten.

³⁶ Die aktuellsten Bevölkerungszahlen der Verwaltungsregionen beziehen sich auf das Jahr 2009. Die Entwicklung bezieht sich auf die Periode 1999–2009.

Die Verwaltungsregion **Bern-Mittelland** ist mit 49 Prozent der Arbeitsplätze im Kanton Bern das eigentliche Arbeits- und Wirtschaftszentrum. Branchen aus dem Dienstleistungssektor dominieren, insbesondere das Gesundheits- und Sozialwesen, die öffentliche Verwaltung sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen.

Die Verwaltungsregion **Oberland** ist geprägt vom Tourismus. 12 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Gastgewerbe (Kanton Bern: 6 %). 76 Prozent der Logiernächte entfallen auf diese Region. Aber auch im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten im kantonalen Vergleich überdurchschnittlich viele Personen.

Die Verwaltungsregion **Emmental-Oberaargau** ist einerseits Industriestandort und andererseits Landwirtschaftsregion. 32 Prozent der Erwerbstätigen sind im

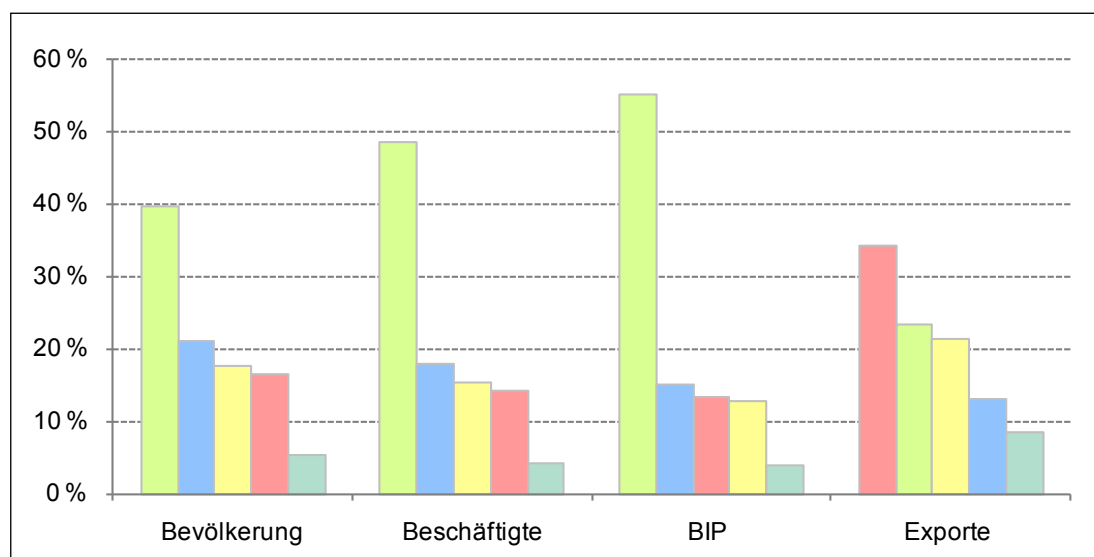
sekundären Sektor tätig, insbesondere in der Investitionsgüterindustrie. 11 Prozent arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft.

Die Verwaltungsregion **Seeland** ist durch eine starke Präsenz der Präzisionsindustrie (inkl. Uhren) gekennzeichnet. Es ist die exportstärkste Region im Kanton, 34 Prozent der kantonalen Exporte, d.h. 4.2 Milliarden Franken, stammen aus dieser Region.

Die Verwaltungsregion **Jura bernois** umfasst gut 5 Prozent der Bevölkerung und 4 Prozent der Erwerbstätigen. Der Berner Jura ist wie keine andere Region vom sekundären Sektor geprägt. Vor allem die Uhrenindustrie und die Metallindustrie sind deutlich überdurchschnittlich vertreten. Zusammen mit dem Jura-Südfuss ist der Berner Jura eine bedeutende Industrieregion.

Anteile der fünf Verwaltungsregionen am Total des Kantons Bern

- Bern-Mittelland
- Oberland
- Emmental-Oberaargau
- Seeland
- Jura bernois



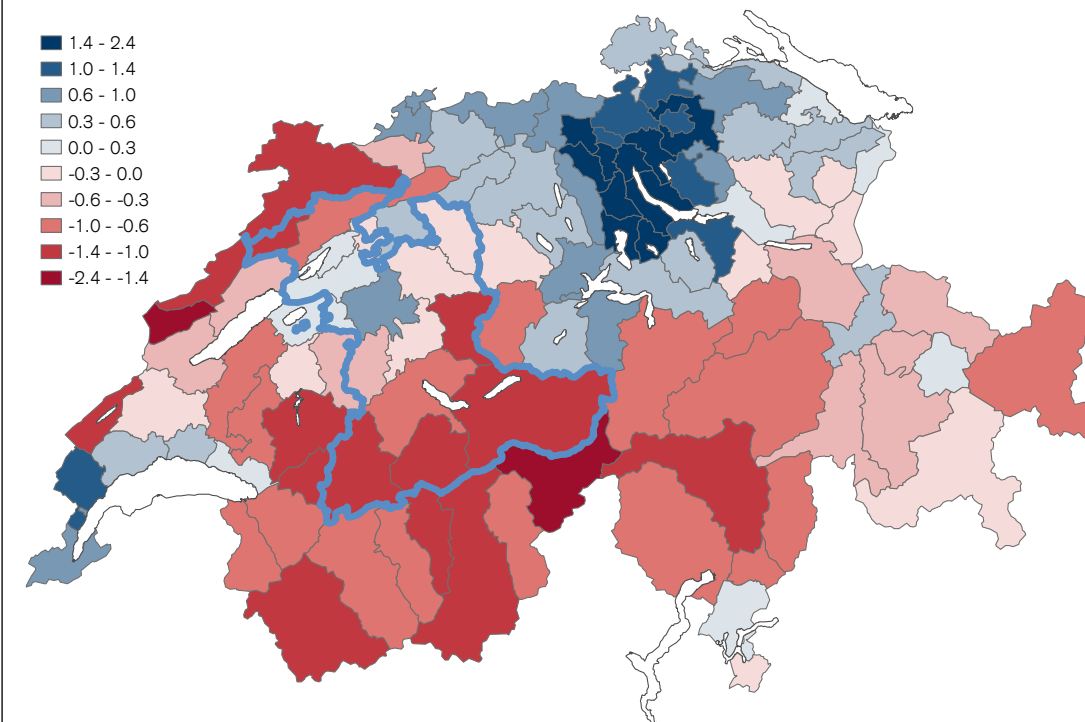
Quellen: BFS (Bevölkerung 2009, Beschäftigte: 2008), BAKBASEL (BIP: 2010p), Eidg. Zollverwaltung (Exporte: 2010p)

Einen differenzierten Blick auf die Regionen erlauben auch die Berechnungen der Credit Suisse zur **Standortattraktivität**. Diese wird kleinräumig auf der Ebene der 110 MS-Regionen³⁷ der Schweiz vorgenommen³⁸. Drei Regionen des Kantons Bern liegen dabei über dem Schweizer Durchschnitt: Bern (Rang 19), Biel/Seeland (47) und Er-

lach/Seeland (52). Das Beispiel der Region Bern zeigt, dass der Kanton Bern als Wirtschaftsstandort durchaus konkurrenzfähig ist: Mit Rang 19 befindet sich die Region Bern unter den besten 20 Prozent sämtlicher Wirtschaftsregionen der Schweiz. Sie ist damit vergleichbar mit Regionen im Raum Basel und dem Bassin Lémanique.

Standortqualität der Schweizer Wirtschaftsregionen 2011

Synthetischer Index, CH = 0



Standortqualität 2011

Quelle: Credit Suisse Economic Research

37 Die MS-Regionen (MS: mobilité spatiale) zeichnen sich durch eine gewisse räumliche Homogenität aus und gehorchen dem Prinzip von Kleinarbeitsmarktgebieten mit funktionaler Orientierung auf Zentren. Einzelne MS-Regionen sind kantonsübergreifend. (Quelle: BFS)

38 Die Credit Suisse berechnet anhand von fünf messbaren Erfolgsfaktoren den Standortqualitätsindikator (SQI). Berücksichtigt werden dabei die Steuerbelastung der natürlichen und juristischen Personen, der allgemeine Ausbildungsstand der Bevölkerung, die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften sowie die verkehrstechnische Erreichbarkeit.

7.5. Historische Zeitreihen

Nicht für alle volkswirtschaftlichen Indikatoren liegen langfristige Vergleichszahlen vor. Die Bevölkerungsentwicklung kann bis Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgt werden, Betriebe und Beschäftigte bis Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Zahlenreihen zeigen, dass die unterdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Bern kein neues Phänomen ist.

Angaben zur Wirtschaftskraft sind schwieriger zu machen. Aufgrund des Volkseinkommens und der verfügbaren Angaben zur Wehrsteuer kann gesagt werden, dass die Wirtschaftskraft des Kantons Bern im Vergleich zur Schweiz ungefähr auf dem gleichen Niveau liegt wie in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

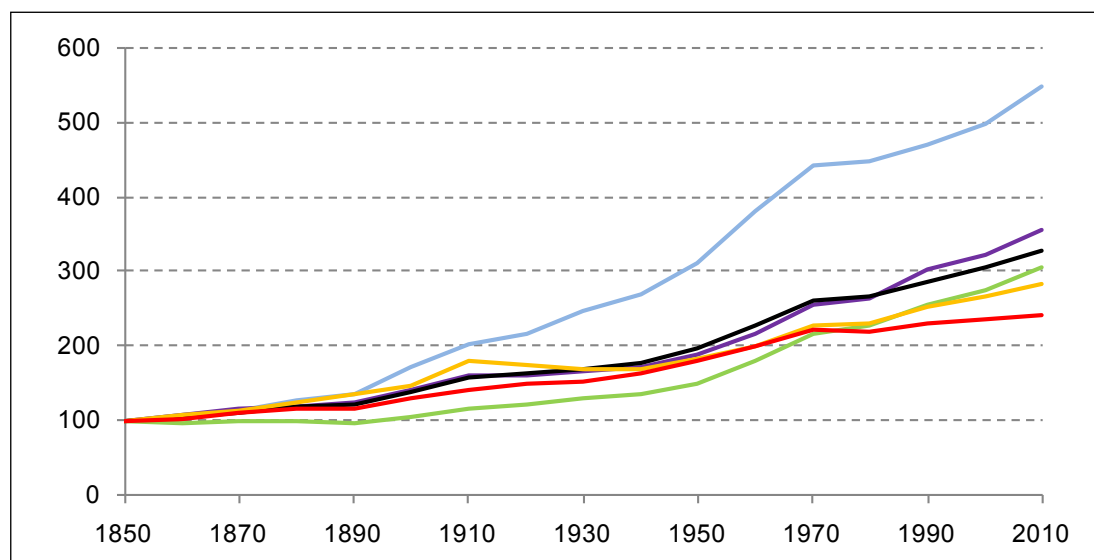
Aufgrund der historischen Wurzeln wichtiger Industrien lässt sich ebenfalls der

Schluss ziehen, dass die Grundlagen für die heutige Branchenstruktur schon sehr früh gelegt wurden: Die Uhrenindustrie kam mit der französischen Revolution in die Schweiz. Die chemische Industrie begann sich in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Basel anzusiedeln. Die Grundlagen für die Maschinenindustrie und den Finanzplatz Zürich wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts gelegt. Die Jungfraubahn wurde vor 100 Jahren von einem Zürcher Industriellen gebaut, das Kirchenfeldquartier in Bern von der englisch dominierten Berne Land Company entwickelt.

Die folgenden Grafiken lassen den Schluss zu, dass Entscheide im späten 19. Jahrhundert stark zur Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Bern beigetragen haben. Einen weiteren „Bruch“ scheint es in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts gegeben zu haben.

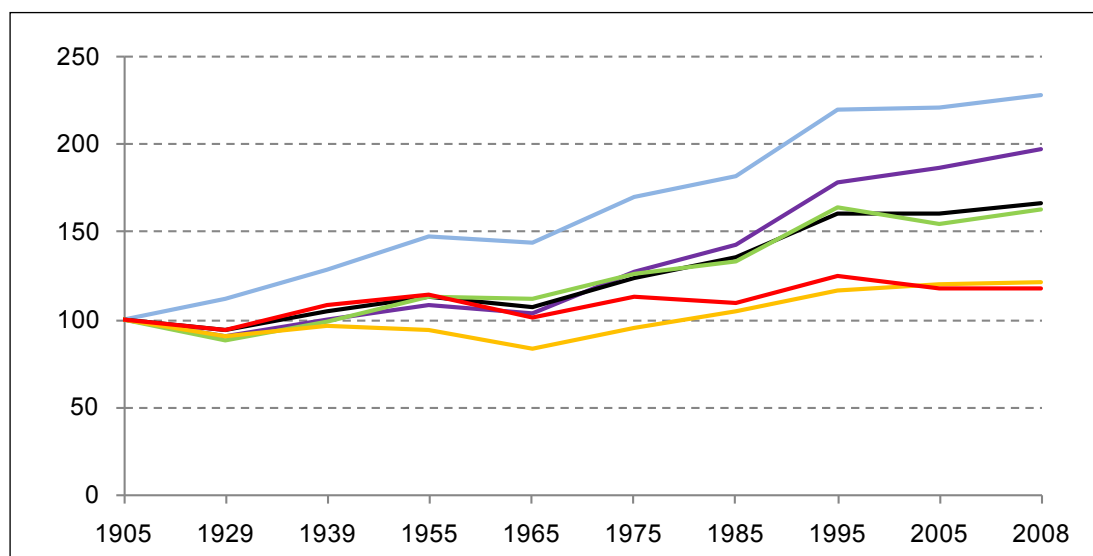
Bevölkerungsentwicklung 1850–2010

- BE *
- CH
- ZH
- VD
- SG
- AG



indexiert, 1850 = 100
 * heutiges Kantonsgebiet

Quelle: BFS Volkszählungen

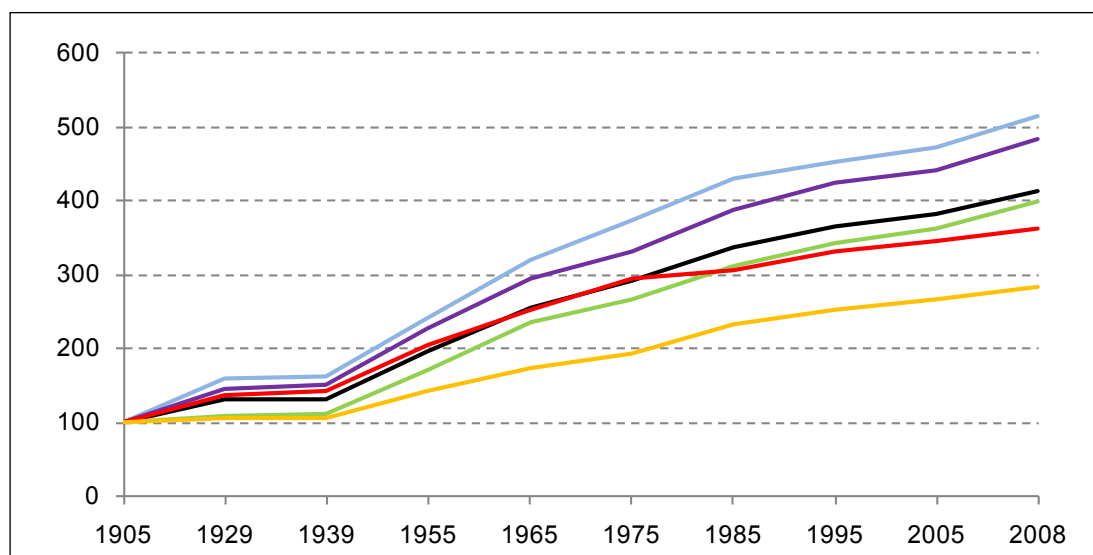


Betriebe im 2. und 3. Sektor 1905–2008

- BE *
- CH
- ZH
- VD
- SG
- AG

Quelle: BFS Betriebszählungen

indexiert, 1905 = 100
* heutiges Kantonsgebiet



Beschäftigte im 2. und 3. Sektor 1905–2008

- BE *
- CH
- ZH
- VD
- SG
- AG

Quelle: BFS Betriebszählungen

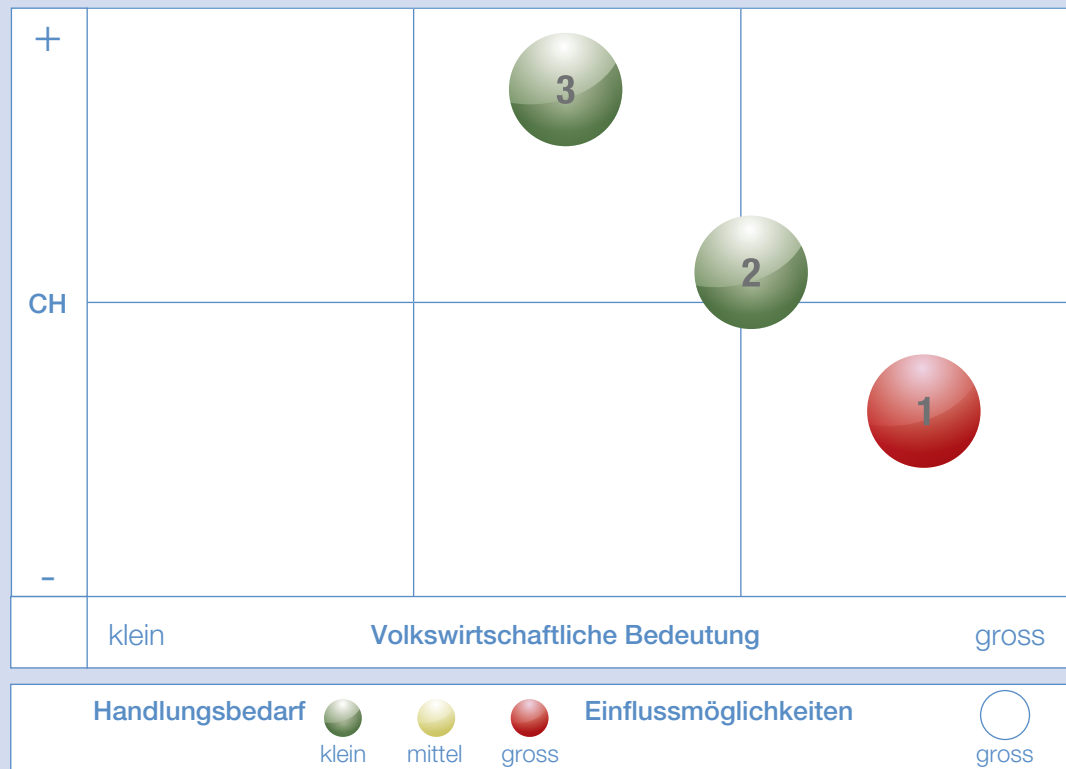
indexiert, 1905 = 100
* heutiges Kantonsgebiet

7.6. Image

Kernaussagen

- 1 Der Kanton Bern wird nicht als besonders attraktiver Wirtschaftsstandort eingeschätzt.
- 2 Der Kanton Bern ist ein beliebter Wohnkanton.
- 3 Der Kanton Bern wird als Ferienregion sehr positiv wahrgenommen.

Kernaussagen im Vergleich



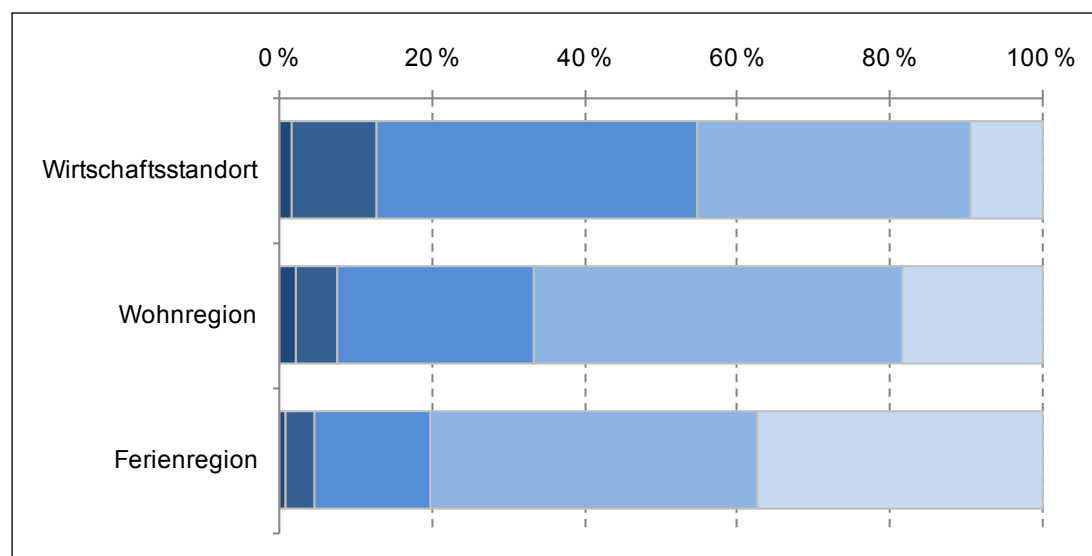
Einflussmöglichkeiten

Das Image des Kantons Bern wird von zahlreichen Faktoren geprägt. Geschichte, Strukturen und Kultur ändern sich nur sehr langfristig. Beeinflussen lässt sich das Image durch die staatlichen Leistungen und die Art wie diese erbracht werden sowie über die Kommunikation.

Im Rahmen der «wachstumsstrategie version 2007» hat der Kanton Bern untersucht, wie er von den verschiedenen Kreisen wahrgenommen wird³⁹. Zusammen-

gefasst zeigt es sich, dass Kommunikationsdefizite bestehen. Der Kanton Bern ist «besser als sein Ruf».

Hintergrund



Attraktivität des Kantons Bern

- sehr unattraktiv
- unattraktiv
- attraktiv
- sehr attraktiv

Quelle: Imageanalyse zum Kanton Bern, IMU Universität Bern, LINK Institut, 2008

Die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von 1'500 Personen zeigen für den Kanton Bern grundsätzlich positive Werte und einen hohen Sympathiewert⁴⁰. Drei Viertel der befragten Personen äussern sich positiv oder sehr positiv zum Image des Kantons. Sehr gute Noten erhält der Kanton Bern bezüglich der hohen Lebensqualität und der sympathischen, bescheidenen und freundlichen Bevölkerung. 80 Prozent schätzen Bern als Ferienregion und 68 Prozent als Wohnheimat. Die Studie ortet aber auch Handlungsbedarf, damit der Kanton Bern seine Position im Standortwettbewerb verbessern kann. Der Kanton Bern wird eher als Tourismus-, Verwaltungs- und Landwirtschaftskanton und weniger als Wirtschafts- und Industriestandort wahrgenommen.

Aus der Imageanalyse lassen sich die zentralen Stärken des Kantons Bern ableiten. So wird der Kanton Bern als sehr naturverbunden, freundlich, verantwortungsbewusst und ehrlich wahrgenommen. Vor allem die

landschaftliche Schönheit, die Mentalität der Berner und die Vielseitigkeit des Kantons (sowohl kulturell wie auch landschaftlich) werden erwähnt. Kurz, der Kanton Bern bietet eine hohe Lebensqualität.

Der Kanton Bern wird bei der Bevölkerung als etwas weniger innovativ, zukunftsorientiert, weltoffen und erfolgreich wahrgenommen. Verbesserungspotenzial sieht die Imageanalyse z.B. in einer stärkeren internationalen Ausrichtung und einer höheren Wirtschaftsfreundlichkeit.

Unternehmen und Meinungsführer sehen die Vielseitigkeit des Kantons sowie seine Brückenfunktion zwischen West- und Deutschschweiz als Stärke und weisen auf ein gewisses Understatement hin. So wird der Kanton Bern weniger als Wirtschaftsstandort wahrgenommen, obwohl die Wirtschaft gut positioniert ist und es international sehr erfolgreiche Unternehmen gibt. Die Wirtschaft ist zudem im Rahmen der Clusterpolitik gut vernetzt.

39 Imageanalyse des Instituts für Marketing und Unternehmensführung der Universität Bern (IMU, Prof. Dr. Harley Krohmer) 2008.

40 In die Befragung mittels Fragebogen einbezogen wurden Privatpersonen sowie Unternehmen und Meinungsführer. Bei den Privatpersonen wurde u.a. unterschieden nach der Bevölkerung im Kanton Bern, Wegpendler/-innen, Zupendler/-innen, Wegzügler/-innen, Expats und Studierenden. Die Unternehmen hatten Sitz im Kanton Bern oder ausserhalb des Kantons Bern. «Meinungsführer» waren Personen aus Politik, Verbänden, NGO, Medien sowie Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwälte. Unternehmen und Meinungsführer äussern sich über einen qualitativen Ansatz im Rahmen von Diskussionsgruppen.

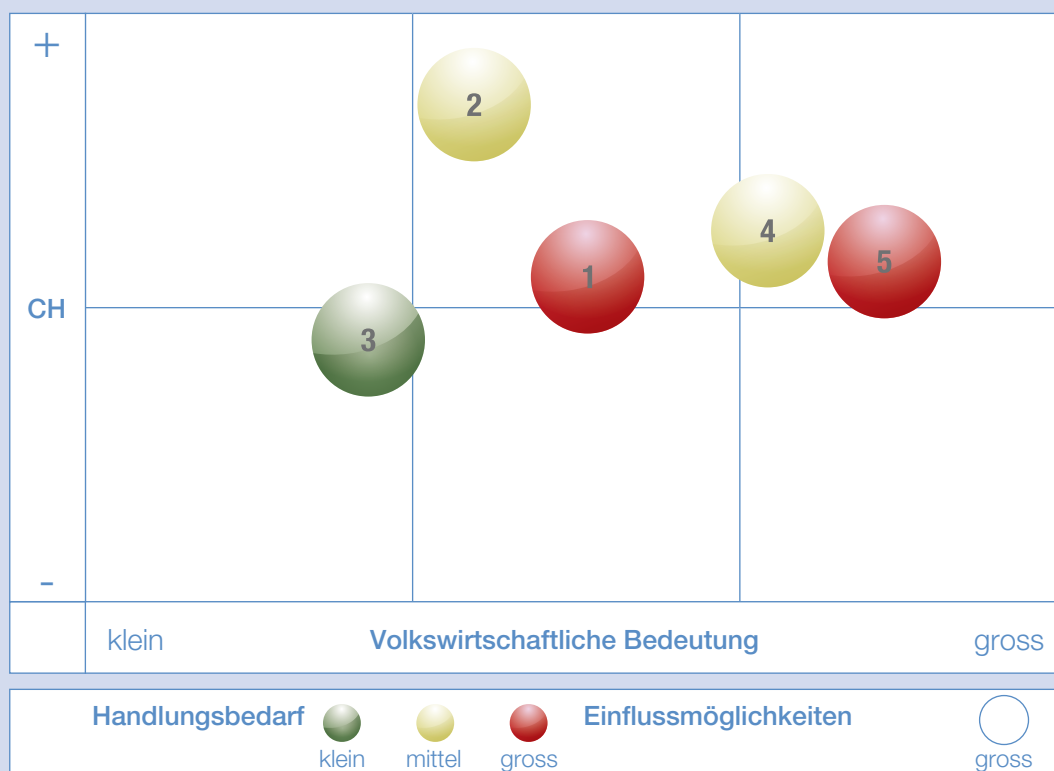
7.7. Staatliche Leistungen und Strukturen

7.7.1. Finanzen und Steuern

Kernaussagen

- 1 Die Rechnungsabschlüsse waren in den vergangenen zehn Jahren positiv. Ab 2012 führen – wie in anderen Kantonen auch – verschiedene Faktoren zu einer wesentlichen Verschlechterung.
- 2 Die Verschuldung ist trotz Schuldenabbau seit 2003 nach wie vor hoch.
- 3 Die öffentlichen Ausgaben von Kanton und Gemeinden pro Kopf sind unterdurchschnittlich.
- 4 Die Steuerbelastung für natürliche Personen liegt bei mittleren und hohen Einkommen über dem Schweizer Durchschnitt, bei tiefen Einkommen darunter.
- 5 Die Steuerbelastung für juristische Personen liegt im hinteren Mittelfeld.

Kernaussagen im Vergleich



Einflussmöglichkeiten

Die Wirtschaftskraft und der Umfang der Steuerabschöpfung bestimmen die Steuereinnahmen. Diese sind entscheidend dafür, welche Mittel zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zur Verfügung stehen.

Bei unveränderter Abschöpfung und Wirtschaftskraft können Steuern ohne Aufgabenverzicht verschoben, aber nicht gesenkt werden.

Von 1998 bis 2010 schloss die **laufende Rechnung** mit einem Überschuss ab. Im Durchschnitt betrug der Überschuss 170 Millionen Franken oder 2 Prozent der Bilanzsumme. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionsrechnung lag seit 1999 jeweils über 100 Prozent.

Der Kanton Bern weist mit 5.6 Milliarden Franken absolut betrachtet die vierthöchste **Verschuldung** (Bruttoschuld I⁴¹) aller Kantone auf (2009). Zwischen 2003 und 2010

konnten Schulden im Umfang von 2.2 Milliarden Franken abgebaut werden. Zusätzlich wurde 2005 der Anteil des Kantons aus dem Goldverkauf der Nationalbank ebenfalls zum Schuldenabbau verwendet (CHF 2.4 Mrd.). Mit 5'680 Franken liegt der Kanton Bern bei der **Verschuldung pro Kopf** unter dem Schweizer Durchschnitt. Die Referenzkantone St. Gallen, Aargau und Zürich stehen aber deutlich besser da. Nur die Waadt weist einen noch höheren Wert auf.

Hintergrund

	BE	CH*	AG	SG	VD	ZH
absolut (Mio. CHF)	5'564	52'556	2'435	1'207	6'085	6'407
pro Kopf (CHF)	5'680	6'737	4'081	2'544	8'632	4'687

* Summe der Kantone ohne Bund

Verschuldung 2009

Quellen: Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV), BFS ESPOP

Insbesondere aufgrund der KVG-Revision, der Senkung der Motorfahrzeugsteuer und den voraussichtlich deutlich geringeren Ausschüttungen der Nationalbank sind

die Prognosen düster. Der Kanton Bern rechnet mit einem erneuten Anstieg der Verschuldung ab 2012.

Die **öffentlichen Ausgaben pro Kopf** (Kanton und Gemeinden) liegen im Kanton Bern mit 12'600 Franken unter dem Schweizer Durchschnitt (CHF 13'700). Einzig St. Gallen weist von den Referenzkantonen einen geringeren Wert aus. Bei der Anzahl der Beschäftigten in der Verwaltung ist Bern im Durchschnitt. Ein anderes Bild ergibt sich

beim Einbezug der Bundesverwaltung, weil sich diese in der Agglomeration Bern konzentriert. Der hohe Anteil der Verwaltung an der Beschäftigung insgesamt zeigt somit die volkswirtschaftliche Bedeutung des öffentlichen Sektors für den Kanton Bern, nicht aber einen überdurchschnittlich grossen kantonalen Verwaltungsapparat.

	BE	CH	AG	SG	VD	ZH
Kanton	18'706	168'145	6'407	7'483	22'173	15'667
Bezirk	43	1'422	334	9	0	180
Gemeinde	21'301	151'588	13'977	10'651	9'240	35'244
Total	40'050	321'155	20'718	18'143	31'413	51'091
pro 1'000 Einwohner	41	42	35	39	45	38
Bund	24'643	38'349	999	676	2'122	2'052
Total (inkl. Bund)	64'693	359'504	21'717	18'819	33'535	53'143
pro 1'000 Einwohner	66	47	37	40	49	39

Beschäftigte in der Verwaltung

Quellen: BFS Betriebszählung 2008 (Stand: 29.3.2010), BFS ESPOP

41 Die Bruttoschuld I oder reale Verschuldung umfasst die laufenden Verpflichtungen (v. a. Kreditoren und Kontokorrente), die kurz-, mittel- und langfristigen Schulden sowie die Verpflichtungen für Sonderrechnungen.

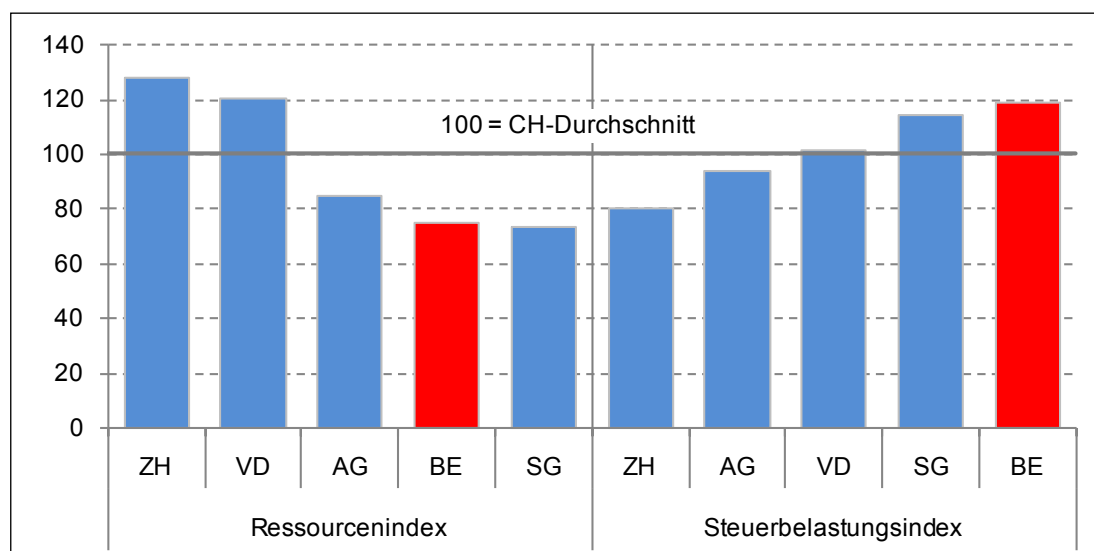
Der **Ressourcenindex**⁴² für den Kanton Bern beträgt für das Jahr 2011⁴³ 74.9 Punkte (CH = 100), was dem 16. Rang aller Kantone entspricht. Von den Referenzkantone hat nur St. Gallen einen geringeren Ressourcenindex. 2008 betrug der Ressourcenindex des Kantons Bern noch 77.1 Punkte. In dieser Zeit hat sich der Kanton Waadt stark, Zürich leicht verbessert. Aargau und St. Gallen wiesen einen noch stärkeren Rückgang auf als Bern.

Der **Steuerbelastungsindex**⁴⁴ nahm zwischen 2008 und 2011 von 114.8 auf 118.7 Punkte zu (CH = 100). Dies obwohl der Kanton Bern die Steuerbelastung leicht

senken und sich damit im kantonalen Vergleich zwei Ränge verbessern konnte (von Rang 23 auf Rang 21)⁴⁵. Alle Referenzkantone sind besser als der Kanton Bern und weisen teilweise einen deutlich geringeren Steuerbelastungsindex auf.

Bei der Steuerbelastung der juristischen Personen liegt der Kanton Bern im hinteren Mittelfeld. Er hat seinen früheren guten Platz eingebüsst, weil andere Kantone im interkantonalen Steuerwettbewerb ihre Unternehmenssteuern deutlich gesenkt haben. Bei den natürlichen Personen ist die Belastung für mittlere und höhere Einkommen deutlich überdurchschnittlich.

Ressourcen- und Steuerbelastungsindex 2011



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

42 Der Ressourcenindex dient seit 2008 als Grundlage für den Ressourcenausgleich. Er bildet das Ressourcenpotenzial der Kantone ab, d.h. die finanziellen Ressourcen, die besteuert werden können. Der Ressourcenindex gibt Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Kantons im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt.

Je höher der Ressourcenindex, desto grösser die Leistungsfähigkeit. Die Berechnung erfolgt über die Summe der steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen sowie die Summe der Gewinne der juristischen Personen.

43 Das Ressourcenpotenzial 2011 basiert auf den Bemessungsjahren 2005–2007 und widerspiegelt somit die damalige wirtschaftliche Situation der Kantone.

44 Der Steuerbelastungsindex ist ein Mischindex für juristische und natürliche Personen und wird seit 2008 anhand des Ressourcenpotenzials bemessen. Die Bemessungsjahre entsprechen denjenigen des Ressourcenindex.

45 Je höher der Steuerbelastungsindex, desto höher ist die Steuerausschöpfung des Ressourcenpotenzials, d.h. desto höher ist der durchschnittliche Steuersatz.

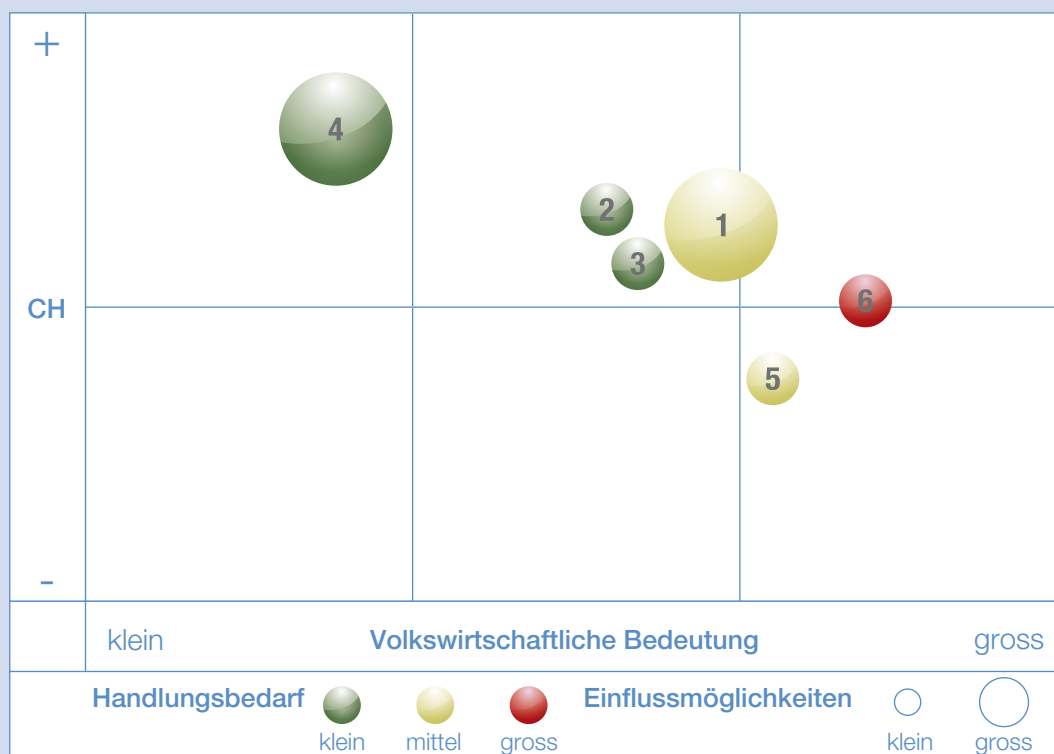


7.7.2. Bildung

Kernaussagen

- 1 Der Kanton Bern verfügt über ein breites, dezentrales Angebot auf der Sekundarstufe II (Berufsbildung, Mittelschulen).
- 2 Der Kanton Bern weist eine überdurchschnittlich hohe Abschlussquote auf der Sekundarstufe II auf.
- 3 Im Kanton Bern existiert ein gut ausgebautes Angebot in der höheren Berufsbildung.
- 4 Neben Zürich ist Bern der einzige Kanton mit eigener Universität, Fachhochschule und Pädagogischer Hochschule.
- 5 Der Kanton Bern ist nicht Standort einer technischen Hochschule (ETH), aber die beiden ETH in Zürich und Lausanne sind gut erreichbar.
- 6 Bildung und Arbeitsmarkt sind besser aufeinander abzustimmen.

Kernaussagen im Vergleich



Einflussmöglichkeiten

Im Bildungsbereich gibt es Vorgaben des Bundes und interkantonale Vereinbarungen. Innerhalb dieses Rahmens gestaltet der Kanton Bern sein Bildungsangebot.

Das **Bildungsangebot** ist im Kanton Bern gut ausgebaut. Die Volksschule und die Sekundarstufen I und II sind dezentral organisiert. Kindergarten und Volksschule haben Blockzeiten, Tagesschulangebote sind vorhanden oder im Aufbau. Das **Bildungsniveau** liegt im dem Schweizer Durchschnitt.

Die Berufswahl wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst. Nicht immer stimmen die individuelle Wahl und die Anforderungen des Arbeitsmarkts überein, es besteht beispielsweise ein Mangel an Fachkräften in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen (vgl. auch Abschnitt 6.1.6)

Sowohl für die Ausbildung von Fachkräften als auch für die Integration in den Arbeitsmarkt ist das schweizerische Duale System (**Berufslehre**) von grosser Bedeutung. Dieses System muss auf die künftigen beruflichen Anforderungen ausgerichtet werden. Die Organisationen der Arbeitswelt⁴⁶ bestimmen das Ausbildungsangebot. Der Kanton kann nur durch Rahmenbedingungen Anreize setzen, weshalb seine Einflussmöglichkeiten gering sind. Die Organisationen der Arbeitswelt können insbesondere bei der Weiterbildung auf die Integration in den Arbeitsmarkt Einfluss nehmen, indem sie bei einer Änderung der Wirtschaftssituation Personen in Berufe umschulen, bei denen ein Fachkräftemangel besteht.

Hintergrund

	BE	CH	AG	SG	VD	ZH
Abschluss Sekundarstufe II*	95 %	89.7 %	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Berufsmaturitätsquote	14.1 %	12.0 %	12.5 %	13.3 %	7.4 %	12.1 %
Gymnasiale Maturitätsquote	19.0 %	19.4 %	13.6 %	14.0 %	24.2 %	17.3 %
Fachhochschule / Pädagogische Hochschule	12.5 %	12.8 %	10.6 %	13.7 %	12.9 %	9.8 %
Universitätsabschluss	13.1 %	15.0 %	10.4 %	10.4 %	18.0 %	10.2 %

Abschlussquoten 2009

Quelle: BFS

* Berufsbildung (ohne Berufsmaturität), Berufsmaturität, Allgemeinbildung

Die **Universität Bern** hat acht Fakultäten und rund 160 Institute. Mit 14'500 Studierenden gehört sie zu den mittelgrossen Schweizer Universitäten. Die Universität Bern beteiligt sich an zahlreichen nationalen⁴⁷, und internationalen Forschungsprojekten, unter anderem in der Klimaforschung und der Weltraumforschung. 2009 hat die Universität 472 Forschungsk Kooperationen mit privaten Unternehmen durchgeführt. Die Medizinische Fakultät nimmt zusammen mit dem Inselspital in verschiedenen Fachbereichen eine Spitzenposition ein.

Die **Berner Fachhochschule** bietet in sechs Departementen⁴⁸ 27 Bachelorstudiengänge,

19 Masterstudiengänge sowie zahlreiche Weiterbildungsangebote an. Einige Studiengänge sind in der Deutschschweiz einzigartig, beispielsweise Sport, Agronomie, Holztechnik, Automobiltechnik.

Die **höhere Berufsbildung** (Tertiär B) umfasst die höheren Fachschulen, die Berufsprüfung und die höhere Fachprüfung (Meisterprüfung). Sie versorgt die Wirtschaft mit praxisnah ausgebildeten Fachkräften. Im Schuljahr 2009/2010 wurden im Kanton Bern insgesamt 148 Studiengänge angeboten. 2009 betrug die Zahl der Abschlüsse 27'500 (nur Zahlen für die Schweiz verfügbar).

46 Zu den Organisationen der Arbeitswelt zählen die Sozialpartner, die Verbände sowie öffentliche und private Anbieter von Lehrstellen und anderen Bildungsangeboten.

47 Die Universität Bern ist Standort der vier Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) «Klima», «Nord-Süd», «Trade Regulation» und «TransCure» (Membranbiologie). Zusätzlich teilt sie sich mit der ETH Zürich den NFS «MUST» (Experimentalphysik).

48 Technik und Informatik; Architektur, Holz und Bau; Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit, Soziale Arbeit; Hochschule der Künste Bern; Schweiz. Hochschule für Landwirtschaft (SHL); Eidg. Hochschule für Sport Magglingen (EHSM).

Die Hochschulen (Tertiär A: Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen) verzeichneten insgesamt 35'800 Abschlüsse.

Seit 1998 unterstützte die **Kommission für Technologie und Innovation (KTI)**⁴⁹ über 330 Kooperationen von Unternehmen mit Hochschulen im Kanton Bern. Damit belegt Bern den zweiten Rang hinter Zürich.

Die **Erwerbssituation der Hochschulabsolventinnen und -absolventen** ist gut.

Der grösste Teil der Absolventinnen und Absolventen findet eine passende Arbeitsstelle. Die ausgewiesenen Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit hängen jedoch stark von der konjunkturellen Lage ab. Bei der Befragung 2007 gab es bei den Berner Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen praktisch keine Erwerbslosigkeit, 2009 war der entsprechende Wert überdurchschnittlich.

Die Gründe für den Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit sind nicht erfasst.

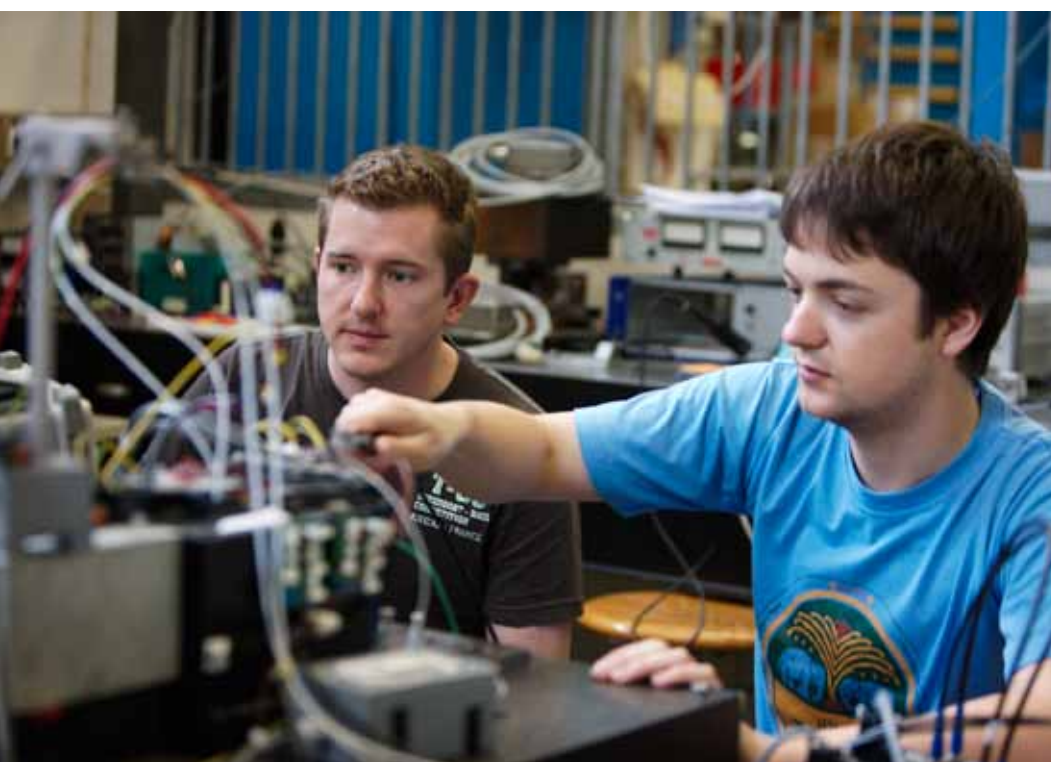
Hochschulabsolventen:
Erwerbsstatus fünf Jahre nach Abschluss, 2009

	erwerbstätig	erwerbslos	erwerbsverzicht
Total Universitäten CH*	95.9 %	2.3 %	1.8 %
Universität Bern*	96.1 %	1.5 %	2.4 %
Total Fachhochschulen CH	97.4 %	1.2 %	1.4 %
Berner Fachhochschule	96.2 %	2.7 %	1.1 %

Quelle: BFS

Master, Lizenziat, Diplom

49 Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) ist die Förderagentur für Innovation des Bundes. Sie unterstützt die marktorientierte Forschung und Entwicklung sowie die Gründung und den Aufbau von Jungunternehmen. Mit thematischen und regionalen Netzwerken und Plattformen hilft sie, den Wissens- und Technologietransfer (WTT) zu optimieren.

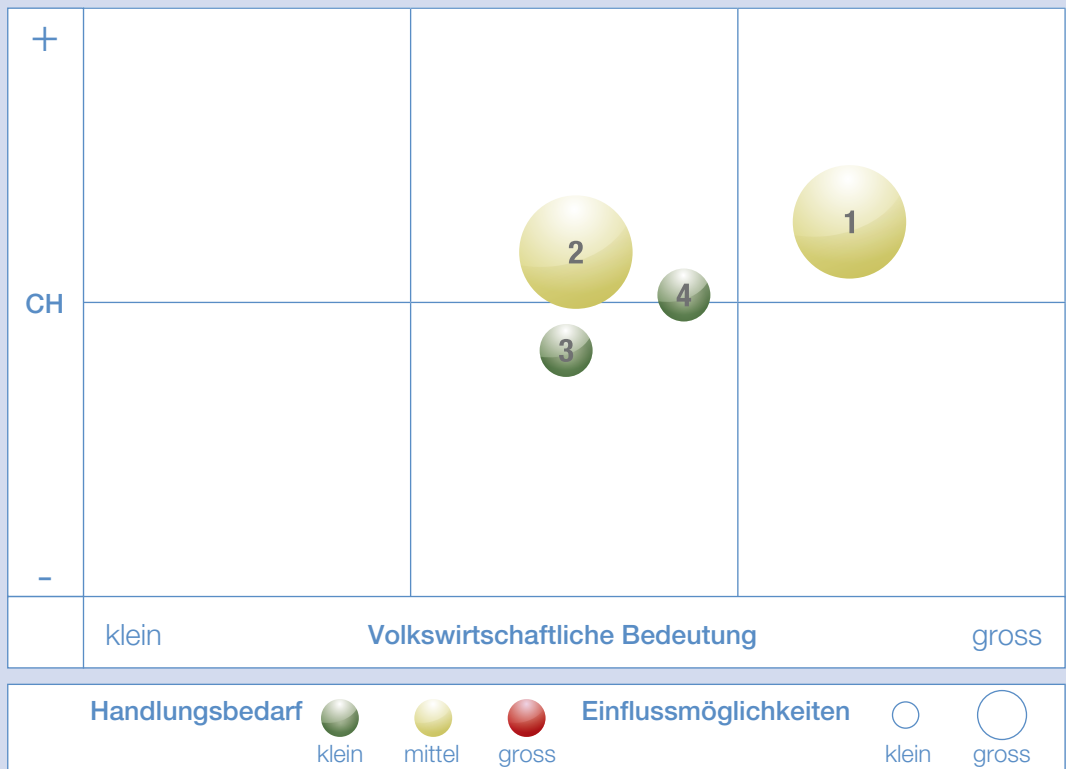


7.7.3. Infrastruktur

Kernaussagen

- 1 Der Kanton Bern verfügt über eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur (Strasse und Schiene). Diese stösst aber an Kapazitätsgrenzen.
- 2 Das ÖV-Angebot ist gut ausgebaut.
- 3 Die Flughäfen Zürich, Genf und Basel sind im internationalen Vergleich sehr gut erreichbar. Der Flugplatz Bern-Belp hat ein Grundangebot an Verbindungen in europäische Zentren.
- 4 Die Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen (Breitband, Mobilnetz) ist gut.

Kernaussagen im Vergleich



Einflussmöglichkeiten

Über die Abstimmung von Verkehrs- und Siedlungsentwicklung beeinflusst der Kanton die Nachfrage nach Verkehrsleistungen. Er erstellt und unterhält Kantonsstrassen und ist Besteller im Regionalverkehr. Gegenüber dem Bund nimmt er Einfluss auf den Bau von Nationalstrassen und Eisenbahninfrastrukturen.

Hintergrund

Die Verkehrsinfrastruktur ist gut ausgebaut. Die Erreichbarkeit auf **Strasse und Schiene** ist sowohl national wie auch international im Kanton Bern überdurchschnittlich. In den nächsten Jahren besteht die Gefahr, dass für die Weiterentwicklung dieser Infrastrukturen die finanziellen Mittel nicht mehr im benötigten Ausmass zur Verfügung stehen was sich negativ auf die Standortattraktivität auswirken würde.

Der Bahnhof Bern ist mit einer Tagesfrequenz von 245'000 Personen der zweitgrösste Bahnhof der Schweiz und spielt eine bedeutende Rolle auf der West-Ost- sowie der Nord-Süd-Achse. Bern ist an drei internationale HGV-Netze angeschlossen (TGV, ICE und Eurocity). Das ÖV-Angebot ist gut ausgebaut. Mehrere grosse Projekte im Agglomerationsverkehr werden in den kommenden Jahren fertiggestellt oder angegangen.

Der **Flugplatz** Bern-Belp leistet ebenfalls einen Beitrag zur Erschliessung des Kantons Bern, insbesondere für den Tourismus, die Bundesverwaltung und international tätige Unternehmen. Ein Grundangebot an

Linienverbindungen zu wichtigen europäischen Zentren ist vorhanden. Für weltweite Verbindungen profitiert der Kanton Bern dank seiner zentrale Lage vom Angebot aller Landesflughäfen. Im internationalen Vergleich ist die Reisezeit zu den Flughäfen Zürich, Basel und Genf nicht länger als die Reisezeit innerhalb einer Metropole.

Die Preise für Elektrizität sind von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, insgesamt liegen sie im Kanton Bern sowohl für Haushalte als auch für Gewerbe- und Industriebetriebe über dem Schweizer Durchschnitt. Die Versorgungssicherheit ist – wie in der ganzen Schweiz – hoch.

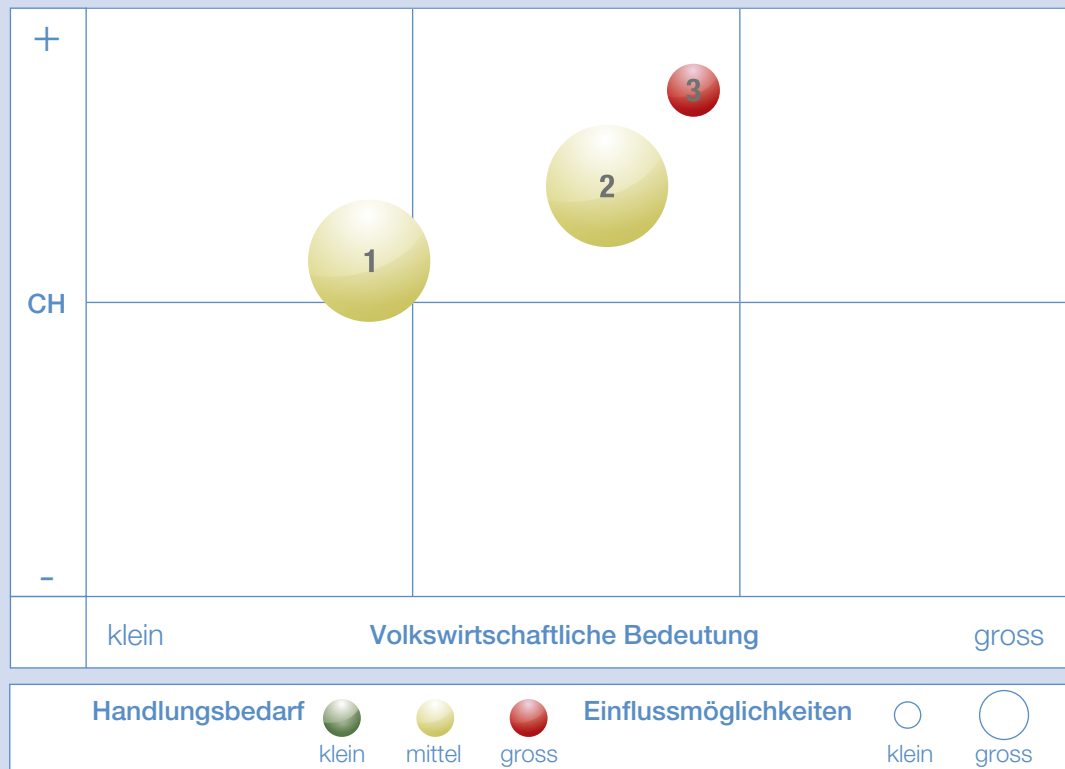
Die Erschliessung mit Telekommunikationsdiensten ist im Kanton Bern – genauso wie in der Schweiz – äusserst gut. Aktuell liegt die Herausforderung im Ausbau der hochleistungsfähigen Glasfaserverbindungen. Die unterschiedlich hohen Investitionskosten je nach Topografie und Siedlungsdichte führen voraussichtlich dazu, dass weniger dicht besiedelte Regionen erst langfristig erschlossen oder höhere Nutzungskosten zu tragen haben werden.

7.7.4. Gesundheitsversorgung

Kernaussagen

- 1 Die Spitalversorgung mit zahlreichen öffentlichen und privaten Anbietern mit dezentralen Standorten ist gut ausgebaut.
- 2 Das Inselspital ist das zweitgrösste (Universitäts-)Spital der Schweiz und ein Zentrum der Spitzenmedizin.
- 3 Die Kosten für Gesundheitsversorgung sind sowohl für den Kanton wie für die Prämienzahlenden hoch.

Kernaussagen im Vergleich



Einflussmöglichkeiten

Die Regulierung der sozialen Krankenversicherung ist Bundesaufgabe. Die Kantone haben den Auftrag, die Gesundheitsversorgung sicher zu stellen und das Gesundheitswesen zu organisieren. Die Kosten der Gesundheitsversorgung kann der Kanton Bern nur beschränkt steuern.

Die Stellung des Inselspitals ist für den Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung und kann vom Kanton beeinflusst, aber nicht umfassend gesteuert werden.

Gemessen an der Einwohnerzahl liegt die Anzahl der Spitäler im Kanton Bern unter dem Schweizer Durchschnitt, vergleichbar mit Aargau, St. Gallen und Zürich. Mit 33 öffentlichen und privaten Spitälern (2009) weist der Kanton Bern gemeinsam mit dem Kanton Waadt die zweitgrösste Anzahl auf – hinter Zürich (48). Gemessen an der Einwohnerzahl liegt die Anzahl der Spitalbetten im Kanton Bern (5.3 pro 1'000 Einwohner) über dem Schweizer Durchschnitt (5.1 pro 1'000 Einwohner) und über allen Referenzkantonen.

In der Gesundheitsversorgung arbeiten 62'000 Personen (Berner Spitäler: 25'000, Heime: 24'000, Arztpraxen, Spitex etc.: 13'000). Die Gesundheitsversorgung hat deshalb einen bedeutenden Einfluss auf den Arbeitsmarkt

Das **Inselspital** ist eines der fünf Schweizer Universitätsspitäler, ein überkantonales Zentrum für medizinische Leistungen, ein Forschungszentrum und ein Kompe-

tenzzentrum der Spitzenmedizin. Jährlich werden über 220'000 Patientinnen und Patienten behandelt. Das Inselspital ist mit 7'000 Mitarbeitenden einer der grössten Arbeitgeber im Kanton und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Die **Krankenkassenprämien** im Kanton Bern sind schweizweit die dritthöchsten. Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes und die Neuordnung der Pflegefinanzierung (beides Entscheide auf Bundesebene) belasten die Rechnung des Kantons Bern ab 2012 voraussichtlich mit 300 Millionen Franken pro Jahr.

In den nächsten fünfzehn Jahren wird der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung stark zunehmen, weshalb die Nachfrage nach Leistungen der Gesundheitsversorgung steigen wird. Dies wird zu einem Mangel an Fachkräften führen und neue Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung stellen.

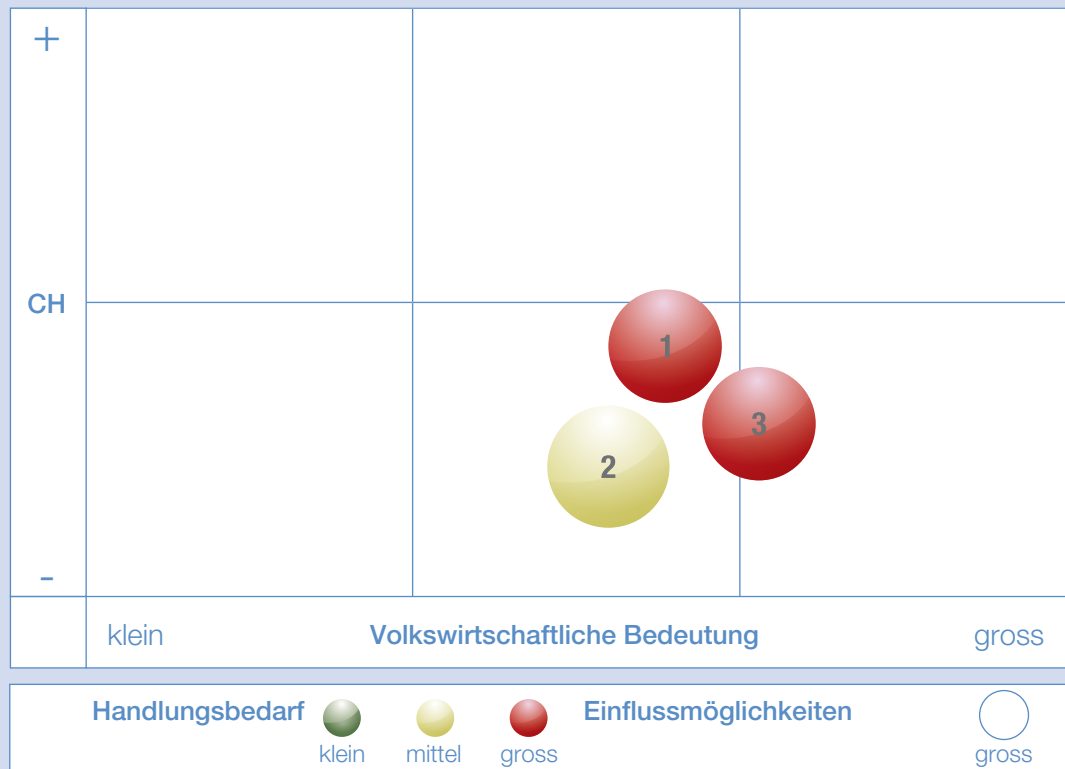
Hintergrund

7.7.5. Raumplanung und Gemeindestrukturen

Kernaussagen

- 1 Baulandreserven befinden sich teilweise an den falschen Standorten und sind nur begrenzt verfügbar.
- 2 Die kleinräumige Struktur und die hohe Autonomie der Gemeinden in der Nutzungsplanung erschweren eine übergeordnete Abstimmung.
- 3 Die kleinräumige Struktur führt zu Fehlanreizen bei den Steuern.

Kernaussagen im Vergleich



Einflussmöglichkeiten

Seine Strukturen und die Raumplanung kann der Kanton Bern selber gestalten, wobei er sich in der Raumplanung an die Vorgaben des eidgenössischen Raumplanungsrechts halten muss. Die öffentliche Hand kann zudem als Eigentümerin von Grundstücken die Entwicklung beeinflussen.

Der **Raumplanungsbericht '10**⁵⁰ zeigt auf, dass es im Kanton Bern insgesamt zwar genügend unbebaute Bauzonen gibt. Diese liegen jedoch teilweise am falschen Ort und es stehen zu wenig zusammenhängende grosse Flächen zur Verfügung. Zwischen 2005 und 2009 haben verfügbare Bauzonen an zentralen, gut erschlossenen Lagen abgenommen. Neueinzonungen fanden und finden oft politisch keine Mehrheit gerade in zentralen und strategisch wichtigen Lagen.

Die öffentliche Hand und die öffentliche Unternehmen sind bedeutende Grundeigentümer im Kanton Bern. An strategisch wichtigen Standorten, die für die wirtschaftliche Entwicklung gut geeignet sind, sind die SBB, die Post oder das VBS oft Eigentümer von grossen, unbebauten oder wenig genutzten Flächen.

Der Kanton Bern will Arbeitsplätze konzentriert an ausgesuchten Standorten

ansiedeln. Deshalb hat er das Programm der wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte (ESP Programm) gestartet. Damit werden der Wirtschaft attraktive Flächen bereitgestellt, die optimal mit allen Verkehrsmitteln erreichbar sind.

Der Kanton Bern ist trotz einzelner Gemeindefusionen nach wie vor sehr kleinräumig strukturiert. Bern ist die viertgrösste Stadt der Schweiz, Biel und Thun liegen auf den Rängen 10 und 11.

Grössere Gemeinden können Aufgaben grundsätzlich kostengünstiger und professioneller erfüllen. In grösseren Räumen lässt sich der Interessensausgleich besser verwirklichen. Gemeindegrenzen können die wirtschaftliche Entwicklung hemmen und in der Raumplanung wie auch bei der Standortwahl zu Fehlanreizen führen. Deshalb haben die Strukturen nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft.

Hintergrund

Einwohner	Gemeinden
< 500	117
500 – 2'000	149
2'000 – 5'000	84
5'000 – 10'000	19
10'000 – 20'000	10
20'000 – 100'000	3
> 100'000	1
Total	383

Anzahl Gemeinden nach Einwohnerzahl

Quelle: BFS, AGR
(Gemeinden: 1.1.2011,
Einwohnerzahl: 31.12.2009)

Der Kanton Bern fördert seit 2005 **Gemeindefusionen**. In den vergangenen Jahren waren verschiedene Projekte erfolgreich – mehrheitlich zwischen kleineren Gemeinden. Eine Evaluation⁵¹ des Gemeindefusionsgesetzes zeigt auf, dass Fusionen vermehrt angegangen werden, aber keine grosse Dynamik entstanden

ist. Andere Kantone haben in dieser Beziehung mehr erreicht (z.B. Glarus, Stadt Luzern, Tessin mit Lugano). Der Kanton Bern will deshalb seine Instrumente zur Förderung von Gemeindefusionen stärken, eine entsprechende Vorlage wird der Grosse Rat voraussichtlich in der Novembersession 2011 behandeln.

50 Regierungsrat des Kantons Bern: Raumplanungsbericht '10. August 2010

51 Evaluation Gemeindefusionsgesetz; Schlussbericht im Auftrag des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) des Kantons Bern, 18. Februar 2009

Anfang 2010 ist die Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung in Kraft getreten. An die Stelle der 26 Amtsbezirke traten fünf **Verwaltungsregionen** (mit insgesamt 10 Verwaltungskreisen): Bern Mittelland, Emmental-Oberaargau (Emmental und Oberaargau), Jura bernois, Oberland (Thun, Obersimmental-Saanen, Frutigen-Niedersimmental und Interlaken-Oberhasli) und Seeland (Biel-Bienne und Seeland).

Ein weiteres Element im Zusammenhang mit der strukturellen Erneuerung sind die **Regionalkonferenzen**. Der Kanton will die Zusammenarbeit der Gemeinden in wichtigen

regionalen Fragen (insbesondere Verkehr, Raumplanung und Kultur) vereinfachen sowie verbindlicher und demokratischer ausgestalten. Ziel ist es, die Agglomerationen als Wachstumsmotoren zu stärken, ohne den ländlichen Raum zu vernachlässigen. Die vorgesehenen sechs Regionalkonferenzen stellen sicher, dass die Gemeinden in wichtigen regionalen Fragen gemeinsam, rasch und verbindlich entscheiden können. Bis Ende 2010 haben bereits zwei Regionalkonferenzen ihre Arbeit aufgenommen. In weiteren Gebieten sind die Vorbereitungen stark fortgeschritten.

8. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, von der Wirtschaftsstrategie 2025 Kenntnis zu nehmen.

Bern, 22. Juni 2011

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: *Pulver*

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

9. Anhang

9.1. Laufende wirtschaftspolitische Massnahmen

9.1.1. Clusterpolitik der Wirtschaftsförderung und Förderung von KTI-Projekten

Direktion	Volkswirtschaftsdirektion (VOL)
Stand	Daueraufgabe
Beschreibung	<p>Im Jahr 2010 hat die Wirtschaftsförderung Kanton Bern (WFB) insgesamt 58 Projekte in der einen oder anderen Form unterstützt; darunter sind 39 Projekte bestehender Unternehmen, 6 Neugründungen und 13 Ansiedlungen. Diese Projekte werden gemäss den Angaben der Unternehmen voraussichtlich 1'340 neue Arbeitsplätze generieren und 622 Millionen Franken Investitionen auslösen. Gemäss der politischen Vorgabe der Volkswirtschaftsdirektion standen innovative Projekte in den Clustern im Fokus der Unterstützung. Insgesamt wurden 51 Projekte in den folgenden Clustern unterstützt: Präzisionsindustrie (22), Medizintechnik (12), ICT (8), Design/Luxusgüter (5), Energie- und Umwelttechnik (3) sowie Dienstleistungen (1). Die WFB hat zudem 12 Berner Unternehmen, die ein Projekt mit der Förderagentur für Innovation des Bundes (KTI) realisiert haben, mit einem Innovationsbeitrag unterstützt.</p> <p>Weitere Informationen: www.berneinvest.com</p>

9.1.2. Innovationspark in Biel/Bienne

Direktion	Volkswirtschaftsdirektion (VOL), Erziehungsdirektion (ERZ)
Stand	Machbarkeitsstudie liegt vor; Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz (FIFG) auf Bundesebene läuft
Beschreibung	<p>Der Verein Machbarkeit Stiftung Forschung Schweiz beabsichtigt die Schaffung eines nationalen Innovationsparks an mehreren Standorten, darunter in Biel/Bienne. In unmittelbarer Nähe zum Bahnhof sollen eine Kernzone und mehrere verschieden grosse Werkzonen mit unterschiedlichen Entwicklungshorizonten entstehen, die über das ganze Stadtgebiet verteilt sind. Der nationale Innovationspark in Biel/Bienne würde eine Plattform schaffen für gemeinsame Forschungs- und Innovationsaktivitäten von Schweizer und internationalen Unternehmen sowie Universitäten und Fachhochschulen. Er würde insbesondere nicht nur Angebote für Jungunternehmer bieten, sondern auch Angebote für KMU der Region sowie nationale und internationale Grossunternehmen. Dazu gehören Innovationszellen, also die Infrastruktur für Projektgruppen aus mittleren und grösseren Unternehmen, die für einen spezifischen Projektauftrag temporär zusammengestellt werden.</p> <p>Weitere Informationen: www.stiftung-forschung-schweiz.ch</p>

9.1.3. Hauptstadtregion Schweiz

Direktion	Volkswirtschaftsdirektion (VOL)
Stand	Daueraufgabe
Beschreibung	<p>Die Vertreter der fünf Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis sowie 17 Gemeinden und 3 regionalen Organisationen haben an der 2. Hauptstadtkonferenz vom 2. Dezember 2010 den Verein «Hauptstadtregion Schweiz» gegründet. Mit der Gründung des Vereins ist die Aufbauphase des im Juli 2009 von Stadt und Kanton Bern initiierten Vorhabens abgeschlossen. Mit gemeinsamen Projekten in den Bereichen Verkehr, Wirtschaft, Gesundheit, Hauptstadtfunktion und Bildung will der Verein dazu beitragen, dass die Hauptstadtregion Schweiz ihre Zusammengehörigkeit stärkt, das wirtschaftliche Profil schärft und sich auf Bundesebene durch die Vernetzung besser verankert.</p> <p>Weitere Informationen: www.hauptstadtregion.ch.</p>

9.1.4. Marktbearbeitung im Tourismus stärken und in Richtung eines integrierten Destinations- und Innovationsmarketings weiter entwickeln

Direktion	Volkswirtschaftsdirektion (VOL)
Stand	Änderung des Tourismusentwicklungsgesetzes gemeinsamer Antrag des Regierungsrat und der vorberatenden Kommission zuhanden des Grossen Rats verabschiedet
Beschreibung	<p>Mit einer gemeinsamen Aktiengesellschaft der touristischen Destinationen und des Kantons soll das Tourismusmarketing im Kanton Bern gestärkt werden. Dabei soll sie eng mit Schweiz Tourismus zusammenarbeiten. Für diese Aufgabe sind zusätzliche Mittel nötig, sowohl aus allgemeinen Steuermitteln als auch von der Branche über die Beherbergungsabgabe. Zudem wird sich der Kanton vermehrt um touristische Veranstaltungen mit einer internationalen Ausstrahlung bemühen.</p>

9.1.5. Überprüfung von Vorlagen auf ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft

Direktion	alle
Stand	Daueraufgabe
Beschreibung	<p>Seit 1997 werden Vorlagen des Grossen Rats und die wichtigen Vorlagen des Regierungsrats auf ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft geprüft (Beschäftigungswirkung, administrativer Zusatzaufwand etc.). Damit werden die Kostenfolgen für die Wirtschaft transparent gemacht und können im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden.</p>

9.2. Berichte und Strategien

9.2.1. Richtlinien der Regierungspolitik 2011–2014

Ende August 2010 hat der Regierungsrat seine Richtlinien der Regierungspolitik 2010-2014 (Richtlinienbericht 2010) publiziert (RRB 1144/2010 vom 18. August 2010). Die Stärkung der Nachhaltigen Entwicklung bildet die Grundmaxime für die Regierungsarbeit. Der Regierungsrat will in der neuen Legislatur positive Impulse geben für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die gesellschaftliche Solidarität und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Acht Schwerpunkte bilden die Leitlinie für das politische Handeln in den

nächsten vier Jahren. Für die wirtschaftliche Entwicklung besonders relevant sind die Schwerpunkte «Innovation und Wettbewerbsfähigkeit stärken», «stabile Finanzpolitik fortsetzen», «Bildung und Kultur stärken» sowie «Verkehr optimieren / Raumordnung fördern».

Der Grosse Rat hat die Richtlinien der Regierungspolitik am 22. November 2010 zur Kenntnis genommen. Ein neuer Richtlinienbericht wird im Jahr 2014 in Angriff genommen.

9.2.2. Alterspolitik

Im April 2005 hat der Grosse Rat den Bericht zur Umsetzung der Alterspolitik im Kanton Bern zustimmend zur Kenntnis genommen. Dieser bildet die konsequente Weiterführung des bereits 1993 erarbeiteten Leitbildes «Alterspolitik 2005».

Der Zwischenbericht vom April 2007 befasste sich mit der demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen. Die zwei grossen Herausforderungen in der Alterspolitik sind, ein ausreichendes und qualitativ gutes Angebot an stationären Pflegeplätzen zu gewährleisten und den Nachwuchs im Bereich des Pflegepersonals zu sichern, obwohl es mehr Pflegebedürftige gibt und die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger rückläufig ist.

Der Grosse Rat wird voraussichtlich in der September-Session 2011 den Altersbericht 2011 beraten.

Die Bildungsstrategie 2009 gibt die Leitlinien vor für die Entwicklung in den Bereichen Kindergarten und Volksschule, Mittelschule/Berufsbildung/Weiterbildung, Hochschulen und Kultur. Die wichtigsten Inhalte werden laufend umgesetzt und die notwendigen Anpassungen in den Rechtsgrundlagen vorgenommen.

Der Grosse Rat hat die Bildungsstrategie 2009 am 26. November 2009 zur Kenntnis genommen. Die nächste Aktualisierung erfolgt im Jahr 2013.

9.2.3. Bildungsstrategie

Die Bildungsstrategie definiert die strategischen Leitlinien der Bildungspolitik. Kernaussagen sind:

- Der Kanton Bern sichert seine Zukunft als Bildungskanton mit einem leistungsfähigen Bildungssystem.
- Er schafft ein zukunftsweisendes Bildungsangebot von hoher Qualität, um allen Bürgerinnen und Bürgern persönliche Entwicklungsperspektiven in Arbeitswelt und Gesellschaft zu bieten
- und für den Kanton im wirtschaftlichen Wettbewerb eine Spitzenposition zu erlangen.
- Dazu setzt er auf eigenverantwortlich geführte Bildungsinstitutionen mit gut ausgebildeten und motivierten Lehrpersonen.

- Er arbeitet mit diesen zusammen, kooperiert mit der Arbeitswelt, den Gemeinden, den Kantonen und Sprachregionen, dem Bund und im tertiären Bereich auch mit anderen Ländern.
- Er berücksichtigt die unterschiedlichen Gegebenheiten und Interessen der Sprachregionen und von Stadt und Land.

Die Bildungsstrategie 2009 gibt die Leitlinien vor für die Entwicklung in den Bereichen Kindergarten und Volksschule, Mittelschule/Berufsbildung/Weiterbildung, Hochschulen und Kultur. Die wichtigsten Inhalte werden laufend umgesetzt und die notwendigen Anpassungen in den Rechtsgrundlagen vorgenommen.

Der Grosse Rat hat die Bildungsstrategie 2009 am 26. November 2009 zur Kenntnis genommen. Die nächste Aktualisierung erfolgt im Jahr 2013.

9.2.4. Energiestrategie

Die Energiestrategie 2006 des Kantons Bern (RRB 1400 vom 5. Juli 2006) zeigt die langfristige Ausrichtung der Energiepolitik im Kanton Bern. Sie fokussiert sich auf die Erzeugung von Energie auf Kantonsgebiet und auf die stationäre Energienutzung.

acht strategische Ziele definiert. Sie zeigen, was bis im Jahr 2035 erreicht werden soll. Damit die Ziele erreicht werden können, werden unter Berücksichtigung der heutigen Situation sieben Bereichsstrategien definiert.

Auf dem Weg zur Verwirklichung der 2'000-Watt-Gesellschaft strebt der Kanton Bern bis ins Jahr 2035 die 4'000-Watt-Gesellschaft an. Beim Umsetzen der Energiestrategie lässt sich der Regierungsrat von sieben Grundsätzen leiten: Ausgehend von der Vision und den Grundsätzen werden

Der Grosse Rat hat die Energiestrategie 2006 des Kantons Bern am 22. November 2006 zur Kenntnis genommen. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat in der Novembersession 2011 einen Bericht zum Umsetzungsstand vorlegen.

9.2.5. E-Governmentstrategie 2010

Der Regierungsrat hat der Finanzdirektion den Auftrag erteilt, unter Einbezug der Direktionen und der Staatskanzlei einen Entwurf für eine neue E-Government-Strategie zu erarbeiten. Dabei hat sie insbesondere der E-Government-Strategie und -Rahmenvereinbarung des Bundes sowie der gestiegenen Nachfrage nach breitenwirk-

samen, interkantonal koordinierten und daher kostengünstigen E-Government-Lösungen Rechnung zu tragen (RRB 1609 vom 16. September 2009).

Die E-Governmentstrategie 2010 ist noch nicht verabschiedet.

9.2.6. Gesamtmobilitätsstrategie

Mit der Gesamtmobilitätsstrategie des Kantons Bern hat der Regierungsrat im Jahr 2008 (RRB 1337/2008 vom 13. August 2008) die Grundsätze für die langfristige Ausrichtung der Mobilitätspolitik im Kanton Bern festgelegt. Die Strategie ist für alle Planungen auf kantonaler Ebene verbindlich und zeigt die wichtigsten Trends und Herausforderungen in der Mobilitätspolitik auf. Sie ist auch Bestandteil der Vorgaben für die Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (RGSK). In der Gesamtmobilitätsstrategie sind die wichtigsten verkehrsplanerischen Lösungsansätze definiert, nämlich Verkehr vermeiden, verlagern und verträglich gestalten. Weiter gelten die zwei folgenden Punkte als Handlungsmaxime bei der Prüfung von Ausbauten: Nachfragebeeinflussung und Verkehrsmanagement vor Neubauten sowie Infrastruk-

turausbauten priorisieren – robuste und wirksame Massnahmen bevorzugen.

Die Gesamtmobilitätsstrategie ist Grundlage für die Tätigkeit der zuständigen Fachstellen und deren Planungen. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der ordentlichen Tätigkeit der zuständigen Fachstellen, insbesondere mit dem ordentlichen Planungs- und Finanzierungsinstrumentarium. Verantwortlich für die Koordination, die periodische Überprüfung und die Überarbeitung der Strategie ist die Fachstelle Gesamtmobilität im Generalsekretariat der BVE. Sie prüft alle vier Jahre deren Umsetzung.

Der Regierungsrat hat die Strategie im Jahr 2008 verabschiedet, Die Überprüfung erfolgt voraussichtlich 2012.

9.2.7. Gesundheitsbericht

Seit 1996 veröffentlicht die Gesundheits- und Fürsorgedirektion periodisch den Berner Gesundheitsbericht, der jeweils auf einer systematischen Auswertung von statistischen Grundlagen basiert. Der vierte Berner Gesundheitsbericht 2010 ist der Frage nachgegangen, wie stark sich soziale Determinanten wie Bildungsabschluss, Wohlstand und berufliche Stellung auf die

Gesundheit der Berner Bevölkerung auswirken. Der Bericht stellt fest, dass auch im Kanton Bern sind die Gesundheitschancen in der Bevölkerung nach sozialer Lage und Status klar unterschiedlich verteilt. Dies zeigt sich deutlich bei den Gesundheitsindikatoren, bei wichtigen Gesundheitsverhaltensweisen und auch bei der Sterblichkeit.

9.2.8. Kulturstrategie

Die Kulturstrategie des Regierungsrates bestimmt die Eckpunkte für die kantonale Kulturpolitik. Sie zielt auf eine Stärkung Berns als Kulturkanton ab. Das zentrale Ziel der Regierungsrichtlinien, die nachhaltige Entwicklung des Kantons Bern, setzt kulturelle Identität, Vielfalt, innovative Kraft und Selbstbewusstsein voraus. Ein gutes Kulturangebot trägt entscheidend zur Attraktivität des Kantons Bern bei und ist ein zentraler Faktor im Wettbewerb der

Wirtschaftsstandorte. Die Kulturstrategie definiert die kulturpolitischen Ziele des Regierungsrates, beschreibt die Akzente und Instrumente der kantonalen Kulturförderung sowie ein neues Modell zur Steuerung und Finanzierung der kulturellen Institutionen.

Der Grosse Rat hat die Kulturstrategie am 9. April 2009 zur Kenntnis genommen und durch Planungserklärungen ergänzt.

9.2.9. LANAT-Strategie

Die wichtigsten künftigen Herausforderungen in den Bereichen Landwirtschaft und Natur sind für alle Beteiligten anspruchsvoll. In der Landwirtschaft wird die Markttöffnung, die auf Bundesebene Schritt für Schritt erfolgen soll, das bestimmende Thema sein. Die weiter sinkenden Produktpreise, etwa bei der Milch oder beim Getreide, führen zu spürbaren Einkommensverlusten. Gleichzeitig bereitet der Bund eine Neugestaltung der Direktzahlungen vor. Damit werden in den kommenden Jahren die beiden wichtigsten Säulen der Landwirtschaftspolitik grundsätzlich überprüft. Im Bereich der Natur hält der zivilisatorische Druck auf die ökologischen Ressourcen unvermindert an, trotz wachsendem Bewusstsein für das fragile System Natur. Stichworte sind die steigenden Freizeitbedürfnisse und die intensive landwirtschaftliche Bodennutzung. Hinzu

kommt der anhaltende Landverbrauch bedingt durch das Wachstum der Siedlungen und den Ausbau der Infrastrukturen.

Der Kanton Bern hat diese Politik mit verschiedenen Massnahmen entlang folgender zwei Oberziele konkretisiert:

- Förderung einer produzierenden, konkurrenzfähigen, nachhaltigen Landwirtschaft
- Sicherstellen der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und Förderung der Biodiversität

Die LANAT-Strategie 2014 wurde von der Volkswirtschaftsdirektion im Dezember 2009 beschlossen. Eine Überarbeitung ist 2014 geplant.

9.2.10. Öffentlicher Verkehr

Bund, Kantone und Gemeinden finanzieren die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs. Sie legen deshalb das Angebot fest und finanzieren die Infrastruktur. Die Regionalen Verkehrskonferenzen bzw. Regionalkonferenzen, in denen die Gemeinden vertreten sind, wirken bei der Planung des Angebots mit. Auf der Basis der regionalen Angebotskonzepte erarbeitet das Amt für öffentlichen Verkehr (AöV) den Entwurf des kantonalen Angebotskonzepts. Das AöV setzt die Prioritäten aufgrund kantonalen Planungen und übergeordneter Vorgaben. Das kantonale Angebotskonzept dient als Grundlage für den Angebotsbeschluss des Grossen Rates. Gleichzeitig mit dem Angebotsbeschluss verabschiedet der Grosse Rat den Investitionsrahmenkredit. Aus dem Investitionsrahmenkredit werden primär Infrastrukturprojekte unterstützt.

Der Grosse Rat hat den Beschluss über das Angebot im öffentlichen Verkehr für die Fahrplanperiode 2010-2012 (Angebotsbeschluss, RRB 2098 vom 10. Dezember 2008) und den Rahmenkredit (Investitionsbeiträge an den öffentlichen Verkehr, Rahmenkredit 2010-2014, RRB 2099 vom 10. Dezember 2008) am 1. April 2009 genehmigt.

Der Angebotsbeschluss und der Investitionsrahmenkredit werden für die Fahrplanperiode 2014-2017 dem Grosse Rat neu vorgelegt.

9.2.11. Personalleitbild

Das Personalleitbild Kanton Bern (RRB 2245/2006 vom 20. Dezember 2006) bildet die Richtschnur für die Personalpolitik. Es hält fest, worauf der Kanton Bern

als Arbeitgeber grossen Wert legt, wofür die Mitarbeitenden einstehen und was die Führungskräfte auszeichnet.

9.2.12. Sozialbericht

Die Sozialberichterstattung des Kantons Bern vermittelt ein ganzheitliches Bild der Themen Armut, Existenzsicherung und Sozialhilfe im Kanton Bern. Im ersten Band wird jeweils anhand von Fakten, Zahlen und Analysen zum einen die wirtschaftliche Situation der Berner Kantonsbevölkerung beschrieben und zum anderen die institutionelle Ausgestaltung des Systems der sozialen Sicherheit aufgezeigt und analysiert. Im zweiten Band stehen armutsbetroffene Menschen im Vordergrund, die

über ihren Alltag, der geprägt ist von prekären finanziellen Möglichkeiten, erzählen. In ihren unterschiedlichen Ansätzen setzen sich beide Bände zu einem Gesamtbild zusammen, das eine Annäherung an die soziale Realität des Kantons Bern erlaubt und aufzeigt, dass Existenzsicherungspolitik ein Querschnittsthema ist, welches mit anderen Politikbereichen wie Wirtschafts-, Bildungs-, Familien-, Gesundheits-, Migrations- oder Steuerpolitik verknüpft ist.

9.2.13. Richtplan, Raumplanungsbericht

Der kantonale Richtplan ist eines der Führungsinstrumente der Regierung. Mit ihm wird die räumliche Dimension in die strategischen Entscheide der Regierung eingebracht. Er wird abgestimmt mit der politischen Gesamtplanung, den Richtlinien der Regierungspolitik und der Finanzplanung.

Der Richtplan ist ein selbständiges Instrument. Er setzt den Rahmen für konsolidierte Sachplanungen, Leitbilder und Konzepte des Kantons, ersetzt diese jedoch nicht. Wo solche mit dem Bund und den Nachbarkantonen abgestimmt werden müssen, werden die abstimmungsbedürftigen Inhalte im Richtplan dargestellt. Wegen des strategischen Charakters des Instruments ist der Richtplan nicht themen- und flächendeckend. Er enthält mehr richtungweisende Festlegungen (Spielre-

geln, Grundsätze) als Abstimmungsanweisungen (räumlich konkrete Aussagen). Er setzt bei denjenigen Massnahmen Prioritäten, bei denen Handlungsspielräume bestehen und die grosse Wirkung erzielen können.

Die Umsetzung der Massnahmen im kantonalen Richtplan wird alle zwei Jahre mit einem Leistungscontrolling überprüft. Alle vier Jahre erfolgt ein Wirkungscontrolling auf der Ebene der Strategien und Hauptziele. Dessen Ergebnisse werden im Raumplanungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat festgehalten. Der Regierungsrat hat am 25. August 2010 den Raumplanungsbericht '10 verabschiedet (RRB 1229/2010). Das nächste Leistungscontrolling erfolgt 2012, das nächste Wirkungscontrolling 2014.

9.2.14. Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ)

Das Regionalkonferenzmodell ist das Kernstück der Strategie für Agglomerationen und Regionale Zusammenarbeit (SARZ). Mit der Umsetzung der Strategie will der Kanton die Zusammenarbeit der Gemeinden in wichtigen regionalen Fragen (insbesondere Verkehr, Raumplanung und Kultur) vereinfachen, verbindlicher und demokratischer ausgestalten. Ziel ist es, die Agglomerationen als Wachstumsmotoren zu stärken, ohne den ländlichen Raum zu vernachlässigen. Die vorgesehenen sechs Regionalkonferenzen stellen sicher, dass

die Gemeinden in wichtigen regionalen Fragen gemeinsam, rasch und verbindlich entscheiden können. Bis Ende 2010 haben zwei Regionalkonferenzen ihre Arbeit aufgenommen: Oberland-Ost und Bern-Mittelland. Die Einführung der Regionalkonferenz Thun Oberland-West wurde Mitte 2010 in einer regionalen Volksabstimmung abgelehnt. Die Gründung der übrigen Regionalkonferenzen (Biel/Bienne-Seeland-Jura, Emmental, Oberaargau) ist im Gange.

9.2.15. Strassenbauprogramm / Strassennetzplan

Der Regierungsrat legte bisher dem Grossen Rat alle zwei Jahre ein Vierjahresprogramm mit den geplanten Strassenbauvorhaben zur Kenntnisnahme vor. In Zukunft wird die Strassenplanung auf Basis des Strassennetzplans und von Investitionsrahmenkrediten erfolgen. Mit dem neuen Instrumentarium ist sichergestellt, dass die Strassenplanung mit langfristigerer Optik, verkehrsträgerübergreifend und in besse-

rer Koordination mit der Siedlungsentwicklung vorgenommen wird.

Im August 2010 wurde das letzte Strassenbauprogramm 2011-2013 beschlossen (RRB 1216/2010) und vom Grossen Rat in der Novembersession 2010 zur Kenntnis genommen. Der erste Strassennetzplan wird Ende 2012 durch den Grossen Rat zur Kenntnis genommen werden.

9.2.16. Versorgungsplanung gemäss Spitalgesetz

Die Versorgungsplanung ist für den Kanton das zentrale Steuerungsinstrument in der Spitalversorgung und im Rettungswesen. Sie wird alle vier Jahre erstellt, aktuell für 2011-2014. Ihr Hauptanliegen ist die Gewährleistung einer qualitativ guten, bedarfsgerechten, allgemein zugänglichen und wirtschaftlich tragbaren Versorgung mit stationären Spitalleistungen für die Bevölkerung.

sorgung der bernischen Bevölkerung fest und stellt Trends dar. Sie bestimmt indes nicht, wo welche Leistungen erbracht werden sollen. Dies ist Aufgabe der Spitalliste. Die Versorgungsplanung äussert sich zur somatischen Akutversorgung, zur Rehabilitation und Psychiatrie, zum Rettungswesen sowie zu den Gesundheitsberufen.

Die Versorgungsplanung stellt den Bedarf an Leistungen für die medizinische Ver-

Der Regierungsrat wird im Laufe des Jahres 2011 die Spitalliste erlassen, ebenso die Versorgungsplanung 2011 bis 2014.

9.2.17. Wasserstrategie

Der Kanton Bern hat eine einheitliche Strategie für alle Fragen erarbeitet, die mit der Nutzung des Wassers durch den Menschen zusammenhängen (Wasserstrategie des Kantons Bern, RRB 1811/2010 vom 15. Dezember 2010).

wo der Schutz Vorrang hat. Die kantonale Wasserstrategie gliedert sich in drei Teile, die sich mit der Wasserversorgung, der Wassernutzung und der Siedlungsentwässerung befassen. Sie bezeichnet die strategischen Ziele, die Stossrichtungen und die Massnahmen für die Umsetzung.

Die Strategie hat zum Ziel, die verschiedenen Ansprüche, die an das Wasser gestellt werden, bestmöglich aufeinander abzustimmen. Sie zeigt auf, wo sinn- und massvolle Nutzungen möglich sind und

Der Grosse Rat hat die Wasserstrategie in der März-Session 2011 zur Kenntnis genommen. Eine Aktualisierung ist für 2015 geplant.

9.2.18. wachstumsstrategie version 2007

Der Kanton Bern hat mit der «wachstumsstrategie version 2007» ein umfassendes Massnahmenprogramm zur Stärkung der Berner Wirtschaft umgesetzt. In den vier Handlungsfeldern wurde Folgendes erreicht:

Bildung, Innovation und Wirtschaft: Der Kanton Bern hat sein Bildungsangebot auf allen Stufen konsequent auf die Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft ausgerichtet. Die Integration in der Schule und im Arbeitsmarkt wird unterstützt und gefördert. Mit dem deutlichen Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Weitergeführt und ausgebaut wird ebenfalls der Wissens- und Technologietransfer.

Finanzen und Leistungen: Positive Rechnungsabschlüsse in den Jahren 2004 bis 2008, ein substanzieller Schuldenabbau und Steuerentlastungen für Familien und den Mittelstand prägten die Finanz- und Steuerpolitik der vergangenen Jahre. Trotz der raschen Verschlechterung der Finanzlage im Jahr 2009 als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die erhöhte Investitionstätigkeit, soweit finanzpolitisch möglich, weitergeführt.

Raumentwicklung und Gesamtmobilität: Mit den Agglomerationsprogrammen sind

die Grundlagen geschaffen worden für die notwendige Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Mobilität. Die vom Regierungsrat verabschiedete Gesamtmobilitätsstrategie definiert die Leitplanken für ein gut funktionierendes, umweltverträgliches Mobilitätssystem. Grosse Infrastrukturvorhaben wurden realisiert oder befinden sich im Bau. Im Rahmen der Umsetzung des neuen Strassengesetzes wird das Strassenbauprogramm durch den neuen Strassenetzplan abgelöst. Das neue langfristige Planungsinstrument wird eine bessere auf die Raumentwicklung abgestimmte Planung der Strasseninfrastruktur ermöglichen. Mit den neuen Regionalkonferenzen wurden Strukturen geschaffen, um interkommunale Aufgaben künftig gemeinsam und verbindlich zu lösen.

«Marke Kanton Bern»: Die Bernerinnen und Berner stellen ihre Stärken nicht gerne in den Vordergrund. Grosse Veranstaltungen wie die EURO 08, aber auch gezielte Aktivitäten zur Positionierung des Wirtschafts-, Wohn- und Kulturstandorts Kanton Bern leisteten einen Beitrag für eine bessere Profilierung.

Der Grosse Rat hat vom Controllingbericht in der März-Session 2010 Kenntnis genommen. Damit wurden die bisherigen Strategien abgeschlossen.

9.3. Verwendete Unterlagen

- avenir suisse: Globalisierung: Wie die Schweiz gewinnt. Die Chancen und Risiken der weltweiten Zusammenarbeit in Wirtschaft und Politik. Zürich, 2008.
- avenir suisse: Kantonsmonitoring: Raumplanung zwischen Vorgabe und Vollzug. Inventar der kantonalen Instrumente zur Siedlungsentwicklung. Zürich, Juni 2010.
- avenir suisse: Die Zukunft der Lehre. Die Berufsbildung in einer neuen Wirklichkeit. Zürich, 2010.
- BAKBASEL: International Benchmarking Report 2009. Basel, 2009.
- BAKBASEL: CH-Plus. Analysen und Prognosen für die Schweizer Wirtschaft. Diverse Ausgaben.
- Berenberg Bank, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI): Strategie 2030 – Wissen. Hamburg, Dezember 2007.
- Berenberg Bank, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI): Strategie 2030 – Mobilität. Hamburg, November 2009.
- Berner KMU, Wirtschaftsprogramm 2010-2014 vom 28. April 2010
- Credit Suisse Economic Research: Megatrends – Chancen und Risiken für KMU. Studie 2010: Forum Zukunft KMU 2007. Zürich, Juni 2007.
- Credit Suisse Economic Research: Megatrends – Chancen und Risiken für KMU. Studie 2010: Forum Zukunft KMU 2009. Zürich, April 2009.
- Credit Suisse Economic Research: Megatrends – Chancen und Risiken für KMU. Studie 2010: Schwerpunkt Globalisierung. Zürich, Mai 2010.
- Credit Suisse Economic Research: Wo lebt sich's am günstigsten? Das verfügbare Einkommen in der Schweiz. Zürich, 2008.
- Credit Suisse Economic Research: Standortqualität 2011: Im Zeichen der Stabilität. Zürich, April 2011.
- Credit Suisse Economic Research: Swiss Issues Regionen: Standortqualität: Welche Region ist die attraktivste? Zürich, August 2009.
- Credit Suisse Economic Research: Swiss Issues Branchen. Die Struktur der Schweizer Wirtschaft 1998-2020. Zürich, Juli 2010.
- Deloitte: Wirtschaftsstandort Schweiz: Was bringt die Zukunft? 18 Initiativen für mehr Wachstum. Zürich, 2009.
- Der Wirtschaftsrat: Zukunftsstrategien für den Kanton Bern. Analyse, Beurteilung und Gestaltungsempfehlungen für Finanzhaushalt, Bildungspolitik und Kommunikation. Bern, September 2001.
- Economiesuisse: Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2005. Zürich, 2005.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Wachstumspolitik 2008-2011, Massnahmen zur weiteren Stärkung des Schweizer Wirtschaftswachstums, Bericht des Bundesrates vom 2. April 2008
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Eidgenössisches Departement des Innern: Wissens- und Technologietransfer verbessern. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Loepfe 07.3832 vom 20. Dezember 2007. Bern, Juni 2010.

- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation: Masterplan Cleantech Schweiz. Bern, Oktober 2010
- Gewerkschaftsbund Kanton Bern: Wahlplattform vom 8. März 2010
- Handels- und Industrieverein (HIV) des Kantons Bern: Wahlplattform und Halbzeitbilanz 2009 betreffend politische Schwerpunkte für den Kanton Bern 2006 bis 2012 vom 13. Mai 2009
- ICTSwitzerland und Economiesuisse: Digitale Agenda 2020: Auf dem Weg an die Weltspitze. Zürich, März 2011.
- IMD Lausanne: World Competitiveness Yearbook 2011
- KOF Konjunkturforschungsstelle, ETH Zürich: KOF Analysen. Diverse Ausgaben.
- Lou Hagbarth (Hrsg.): Structural Change in Europe 6. Innovative City and Business Regions. Bollschweil, September 2009.
- Mauch Consulting AG, Infrac, Ernst Basler+Partner AG: Politik der nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven. Zürich, April 2001.
- Masterplan Cleantech Schweiz; Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD und Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation UVEK, Bern, Oktober 2010
- OECD: OECD Reviews of Innovation Policy: Switzerland. 2006.
- OECD: OECD Economic Surveys: Switzerland. 2006.
- Perspektivstab der Bundesverwaltung: Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern 2007.
- Perspektivstab der Bundesverwaltung: Perspektiven 2025: Lage- und Umfeldanalyse sowie Herausforderungen für die Bundespolitik. Bern, 2011
- Raumkonzept Schweiz (Entwurf); Schweizerische Eidgenossenschaft, Konferenz der Kantonsregierungen, Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz, Schweizerischer Städteverband, Schweizerischer Gemeindeverband, Bern, Januar 2011
- Regiosuisse: Die regionalwirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz. Monitoringbericht 2009. Bern, 2010.
- Schweizerischer Bundesrat: Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz: Bericht des Bundesrates vom 18. Juni 2010 in Erfüllung des Postulates 08.3969, Darbellay vom 19. Dezember 2008. Bern, Juni 2010.
- Schweizerische Eidgenossenschaft, Konferenz der Kantonsregierungen, Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz, Schweizerischer Städteverband, Schweizerischer Gemeindeverband: Raumkonzept Schweiz: für eine gemeinsame Vision der Raumentwicklung. Bern, Januar 2011
- Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und BAK Basel Economics AG: International Benchmark Report Arc jurassien Suisse. Basel, Mai 2007
- Stephan, Gunter et al.: Vom Kosten- zum Standort- zum Wirtschaftsfaktor. Tertiäre Bildung im Kanton Bern. Bern, Oktober 2002.

- Stocker, Paul und Risch, Paul: Einkommenslage und Wirtschaftsstruktur des Kantons Bern. Wachstumspolitische Lageanalyse und Skizze eines Förderungsprogramms. Bern, 1968.
- Strahm, Rudolf: Warum wir so reich sind. Wirtschaftsbuch Schweiz. Bern, 2008.
- Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK): Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz: Ansätze einer Metroplitanpolitik, Bericht und Empfehlungen der TAK vom 25. Juni 2010
- Volkswirtschaftskommission des Kantons Bern VWK, Legislaturprogramm 2010-2013, Version vom 9. März 2010

Statistische Grundlagen: BAK Basel Economics AG (BAKBASEL), Bundesamt für Statistik (BFS), Credit Suisse, Eidgenössisches Amt für das Handelsregister (EHRA), Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD), Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV), Eidgenössische Zollverwaltung, Fondation interjurassienne pour la statistique, Forum de l'Observatoire statistique transfrontalier de l'Arc jurassien (OSTAJ), Kanton Bern, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

Zudem laufende Auswertung der wirtschaftspolitischen Aussagen der im Grossen Rat vertretenen Parteien und der wirtschaftspolitischen Strategien anderer Kantone.

